# Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien

## Büro für Auslandsbeziehungen

Im zweiten Arbeitsjahr des Büros für Auslandsbeziehungen als Bestandteil der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen konnte dieses die 1995 in Angriff genommenen Aufgabenstellungen erfolgreich weiterführen. Ein besonderer Schwerpunkt wurde auf die Verbesserung des internationalen Images der Stadt Wien gelegt. Dies konnte einerseits durch verstärkte und koordinierte Bemühungen im Bereich der Wien-Präsentationen im Ausland sichergestellt werden, andererseits wurde durch eine gezielte Ansiedlungspolitik die Präsenz internationaler Organisationen und Institutionen in Wien gestärkt. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die aktive Öffentlichkeitsarbeit, um in der Wiener Bevölkerung einen Bewußtseinsbildungsprozeß zum Thema „internationales Wien" zu initiieren. Als Stabstelle für Auslandsbeziehungen innerhalb des Ressorts stellte das Büro für Auslandsbeziehungen darüber hinaus die inhaltliche, administrative und koordinative Betreuung von Stadtrat Dr. Swoboda in diesem Bereich sicher.

Die Neubildung der Wiener Stadtregierung im Herbst 1996 hatte auch unmittelbare Auswirkungen auf die auswärtigen Beziehungen der Stadt Wien. Der bis November 1996 für Außenbeziehungen der Stadt Wien zuständige Stadtrat Dr. Hannes Swoboda stellte sich als Kandidat für die Wahl zum Europäischen Parlament zur Verfügung. Die politische Umbildung zog auch einschneidende organisatorische Veränderungen im Rahmen der Verwaltungsstrukturen mit sich, das Büro für Auslandsbeziehungen wurde per Ende des Jahres zu einer Dienststelle der Magistratsdirektion, MD-Internationale Beziehungen, umgewandelt.

### Ansiedlung internationaler Organisationen

Wien konnte schon bisher als UNO-Stadt und als Sitz vieler auf den zentraleuropäischen Raum spezialisierter Organisationen, aber auch als bewährter Partner, speziell in aktuellen sicherheitspolitischen Fragen, seine Kompetenz auf internationaler Ebene beweisen. Der weitere Ausbau Wiens als Sitz internationaler Organisationen konnte 1996 dank der vereinten Bemühungen des Bundes und der Stadt Wien gesichert werden: Die Ansiedlung der CTBTO, der Organisation zur Überwachung des Vertrages über ein umfassendes Atomtestverbot, konnte Ende 1996 erfolgreich abgeschlossen werden. Das Büro für Auslandsbeziehungen konnte dabei in der Vorbereitungsphase insbesondere durch eine große Wien-Präsentation vor internationalen Vertretern in Genf und durch die entsprechende Mitarbeit in der Verhandlungsphase einen wertvollen Beitrag leisten. Die Teilnehmer des im Juli 1996 gegründeten Wassenaar Arrangements, eines multilateralen Export-Kontroll-Arrangements für konventionelle Waffen und doppelverwendungsfähige Güter und Technologien, einigten sich ebenfalls auf Wien als Sitz des Sekretariats. Ergänzt wird die Reihe der Neuansiedlungen in Wien durch das Internationale Sekretariat des Donauschutzübereinkommens, des von Österreich im Jahre 1996 ratifizierten Übereinkommens über die Zusammenarbeit zum Schutz und zur verträglichen Nutzung der Donau.

### Wien-Präsentationen im Ausland

Als Beispiel der zahlreichen unter Mitwirkung des Büros für Auslandsbeziehungen organisierten internationalen Präsentationen kann die MIPIM '96 angeführt werden: Die „MIPIM" (Marché International des Professionnels Immobiliers) gilt als das Schlüsselevent in Sachen Standortkonkurrenz und entwickelt sich immer mehr auch zu einer Plattform für Vertreter von Städten und Regionen. Auf der vom 14. bis 17. März 1996 in Cannes abgehaltenen größten internationalen Immobilien- und Investorenmesse präsentierte sich Wien erstmals gemeinsam mit NÖ und dem Burgenland sowie einer Reihe von Wiener Unternehmen als Wirtschaftsstandort sowie Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „Vienna Region" im Herzen Europas. Als zentraleuropäische Drehscheibe, Verkehrsknotenpunkt, Dienstleistungszentrum, aber auch generell als lebenswerter Wirtschaftsstandort konnte Wien Beratung über rechtliche und finanzielle Aspekte der Vienna Region sowie des angrenzenden südosteuropäischen Raumes anbieten. Neben Gesprächen mit führenden Investoren und Multiplikatoren gab es im Rahmen des Konferenzprogrammes einen Vortrag zum Thema Stadterneuerung in Wien sowie eine Wirtschaftspräsentation der drei Ansiedlungsgesellschaften WWFF, Eco Plus (NÖ) und Wibag (Bgld.).

Eine weitere bedeutende Wien-Präsentation wurde anläßlich der HABITAT II der Vereinten Nationen vom Büro für Auslandsbeziehungen mitbetreut: diese war die größte Veranstaltung, an der die Stadt Wien aktiv mitwirkte und fand vom 3. bis 14. Juni 1996 in Istanbul statt. Wien beteiligte sich nicht nur an der Erstellung des Nationalberichtes und der „Best Practice"-Initiative, sondern auch aktiv am Vorbereitungsprozeß der HABITAT II-Agenda. Im Rahmen der „Best Practice"-Initiative von UNCHS legte Wien fünf Projekte bzw. Programme aus unterschiedlichen Themenbereichen (Umwelt, Soziales, Wohnbau/Städtebau und Frauenpolitik) vor, um den umfassenden

Anspruch nachhaltiger Entwicklung zu dokumentieren. Die Bilanz der Teilnahme an der HABITAT II war positiv, es konnten einige konkrete Ergebnisse für Wien verzeichnet werden. So bot sich Wien als europäischer „Hub" für den Informationsaustausch an.

In Fortsetzung des im Rahmen der UN-Konferenz HABITAT II in Istanbul von der Stadt Wien initiierten Städteseminars mit Delegierten aus Beirut, Sarajevo, Gaza City und Tirana veranstaltete das Büro für Auslandsbeziehungen am 2. und 3. Dezember 1996 das Vienna Workshop on Urban Development and Infrastructure, zu dem neben Teilnehmern aus den vier genannten Städten auch Vertreter der UNIDO geladen waren. Die Zielsetzung bestand zunächst in der weiteren Vertiefung des in Istanbul begründeten Städtedialogs mit Blickpunkt auf Hilfe zur Selbsthilfe für den wirtschaftlichen (Wieder)Aufbau der vier genannten Städte. Als Follow-up ist ein Treffen der Städtevertreter in Beirut geplant.

### Europaforum Wien

Das 1995 auf Initiative der Stadt Wien gegründete Europaforum Wien wurde in seinem ersten Arbeitsjahr schwerpunktmäßig durch das Büro für Auslandsbeziehungen betreut. Ziel dieser neuen Institution ist es, die Stadt und andere Institutionen bei der fachlichen Zusammenarbeit und im politischen Dialog mit der Europäischen Union und den westeuropäischen Städten, besonders aber mit den Städten in den Transitionsländern Mittel- und Osteuropas zu unterstützen.

Das Europaforum Wien wendet sich insbesondere an PolitikerInnen, Verwaltungsfachleute, Wirtschaftsunternehmen, Interessensvertretungen, Universitäten sowie Forschungseinrichtungen innerhalb und außerhalb Österreichs – mit dem Zweck, im wahrsten Sinne des Wortes interdisziplinäre Dialoge zu europäischen Themen mit urbanen Schwerpunkten zu führen und entsprechende Projekte der Zusammenarbeit und gegenseitigen Information zu entwickeln.

Das Europaforum Wien übernimmt bei Aufgaben und Projekten der Wiener Stadtinnen- und -außenpolitik mit europäischer bzw. internationaler Dimension spezifische inhaltliche und organisatorische Funktionen, die es im Vorjahr vorwiegend im Auftrag des Büros für Auslandsbeziehungen umsetzte. Die verschiedenen Informationsaktivitäten, Recherchen und internationalen Dialoge werden gemeinsam mit den für Stadtaußenpolitik, Stadtentwicklung, Stadtwirtschaft und EU politisch und administrativ Verantwortlichen in Wien formuliert und gestaltet. Das Europaforum Wien agiert dabei inhaltlich nach dem Grundsatz „Europa näher bringen – Europa weiter denken – Europa mitgestalten".

### „Wiener Internationaler Frühling 1996"

Die vom Europaforum Wien in Permanenz hauptsächlich auf fachlicher Ebene abgedeckte Öffentlichkeitsarbeit wurde im Frühjahr 1996 durch eine konzentrierte Veranstaltungsreihe, den „Wiener Internationalen Frühling 1996" ergänzt: Wien genießt als Stätte des Dialogs, als Sitz internationaler Organisationen und als kompetenter Partner in der Städtekooperation einen hervorragenden Ruf. In Wien selbst wird allerdings Wiens Rolle im internationalen Geschehen oft unterschätzt. Mit dem „Internationalen Frühling 1996" sollte den Wienerinnen und Wienern anschaulich demonstriert werden, wie wichtig eine aktive Rolle der Stadt im internationalen Geschehen ist und wie jeder einzelne davon profitiert. In einer dichten Folge von Ausstellungen, Festivals, Diskussionsveranstaltungen, Rundfahrten und Führungen durch das internationale Wien sowie bei multikulturellen Festen wurde den Bürgern Gelegenheit gegeben, sich über internationale Einrichtungen, Kongresse und Wirtschaftsaktivitäten zu informieren und gleichzeitig auch die Rolle Wiens in der internationalen Politik besser kennenzulernen.

Durch die permanente Information, Kommunikation und Bewußtseinsarbeit wurde der Wiener Bevölkerung die Bedeutung der stadtaußenpolitischen Aktivitäten für die wirtschaftliche, soziale und politische Sicherung Wiens näher gebracht. Das breite Spektrum an Aktivitäten wurde um vier Themenkreise gegliedert: Wiens Rolle in der Europäischen Union stand im Mittelpunkt der „Europafestwochen" am Karlsplatz, „Freunde aus Süd und Ost" veranschaulichte die Rolle unserer ost- und südosteuropäischen Nachbarn im Wiener Stadtgefüge, „Diplomatie zum Anfassen" ermöglichte einen Blick hinter die Kulissen der internationalen Diplomatie in Wien, und die große Wanderausstellung „Wien international" faßte all diese Themen und vieles mehr anschaulich aufbereitet zusammen.

### Konferenz der Bürgermeister der südosteuropäischen Hauptstädte

Die organisatorische und koordinative Betreuung dieser Konferenz oblag ebenfalls dem Büro für Auslandsbeziehungen: Die Initiative der griechischen Hauptstadt Athen, die im Herbst 1995 das erste Treffen der Bürgermeister von 15 südosteuropäischen Hauptstädten (nämlich Athen, Belgrad, Preßburg, Budapest, Kiew, Kischinew, Laibach, Nikosia, Podgoriza, Sarajevo, Skopje, Sofia, Tirana, Wien und Zagreb) organisierte, fand auf Einladung von Stadtrat Swoboda im September 1996 in Wien ihre Fortsetzung. Repräsentanten aller beteiligten Städte – zumeist die Bürgermeister selbst bzw. hochrangige Vertreter – diskutierten zum Konferenzhauptthema „Nachhaltige Stadtentwicklung". Ergebnis dieser Beratungen ist das „Wiener Papier über nachhaltige Stadtentwicklung", das vor allem die Verantwortung und Herausforderung für die Städte hinsichtlich einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik betont. Darüber hinaus vereinbarten die südosteuropäischen Hauptstädte engere Kooperation und die Errichtung von Informations-

netzwerken in den Themenbereichen Tourismus, Kultur und Bildung. Die großen Erwartungen, die die südosteuropäischen Städte in Wien und Athen als Vermittler gegenüber der EU setzen, kamen anläßlich dieser Konferenz deutlich von neuem zum Ausdruck.

## Stadtentwicklung und Stadtplanung

Die Ausarbeitung des Stadtentwicklungsplanes 1994 war durch radikale und eher plötzlich auftretende externe Einflüsse (Öffnung der Ostgrenzen usw.) letztlich sehr dringend veranlaßt worden. Bereits zwei Jahre später mußten neuerlich wesentliche Änderungen festgestellt werden, die eine Anpassung der Zielsetzungen notwendig machten. Ein verringertes Bevölkerungswachstum und beschränkte finanzielle Ressourcen waren neben anderen wichtigen Faktoren Grundlagen für die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes 1996 (STEP-Bericht 96).

Im Gefolge der Regierungsbildung nach den Wahlen im Herbst des Jahres wurden in Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Geschäftsgruppe „Planung und Zukunft" auch Zuständigkeiten der Abteilung geändert. Mit Wirksamkeit vom 29. November 1996 wurde aus der ehemaligen MA 20, die „Technisch-wissenschaftliche Bibliothek" der Abteilung zugeordnet, ebenso das Wissenschaftsreferat aus der MA 7. Damit ist die Abteilung unter anderem auch für die Wiener Vorlesungen verantwortlich, eine traditionsreiche Plattform zur Begegnung zwischen Wissenschaft und Stadt, für die immer wieder bedeutende Persönlichkeiten zu Auseinandersetzungen mit aktuellen Fragen gewonnen werden konnten. Zum Aufgabenbereich zählt nunmehr aber auch die „Förderung von Forschung und Wissenschaft". Durch die Möglichkeiten der Förderung wird die schon bisher durch die Planungsabteilung geübte enge Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere den Universitäten, um einen wesentlichen Aspekt erweitert, die nun weit über die bisher eher fachbezogene Grundlagenforschung hinausgeht. Die Abteilung soll damit einen Beitrag zur Stärkung Wiens als Zentrum von Wissenschaft und Forschung und zur Schaffung eines generell wissenschaftsfreundlichen Klimas leisten.

Auf internationaler Ebene ist Österreich in der Gruppe für städtische Angelegenheiten bei der OECD (OECD – Territorial Development Service – Group on Urban Affairs) durch einen Mitarbeiter der Abteilung vertreten. Die Projektgruppe „Die ökologische Stadt" hat ihre Arbeit beendet, der Bericht wurde im März 1996 bei der OECD-Konferenz „Nachhaltige Stadtentwicklung" in Berlin präsentiert und auf der Konferenz der Vereinten Nationen „Habitat II" in Istanbul als Beitrag der OECD eingebracht. Eine neue Projektgruppe widmet sich dem Thema „Städtische bzw. städtebauliche Problemgebiete" (Urban Distressed Areas). Mit diesem Projekt sollen Maßnahmen der unterschiedlichen Stadtpolitiken in den OECD-Ländern aufgezeigt werden, die zur Lösung bzw. weitgehenden Minderung der Probleme in den ausgewählten Stadtgebieten (sozial schwache Bevölkerung, hoher Anteil an Ausländern und Arbeitslosen) führen könnten. Als Beitrag Österreichs wird ein nationaler Überblick in diese Arbeitsgruppe eingebracht.

Die Interessenvertretung Wiens in der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) wird von Mitarbeitern der Planungsabteilung maßgeblich mitbestimmt. Aktuelle Themen des abgelaufenen Jahres waren einerseits die Diskussion um die künftige EU-Strukturfondspolitik, in der auch die Bedürfnisse von Großstädten in Zukunft mehr als bisher berücksichtigt werden sollten. Der ständige Unterausschuß andererseits befaßte sich mit der Positionierung Wiens in Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung.

Richtlinienentwürfe der Europäischen Gemeinschaft waren Beratungsgegenstand im Rahmen der Zusammenarbeit der Länder, hier sind Mitarbeiter der Abteilung bemüht, den Standpunkt und die Interessen Wiens in geeigneter Form einzubringen. Beispiele dafür sind die Richtlinie zu einer „Strategischen Umweltverträglichkeitserklärung" und Fragen der Bedrohung der traditionellen Formen des Einzelhandels durch Großformen unterschiedlichster Ausprägungen – ein Thema, dem auch das Wirtschaftsministerium besondere Aufmerksamkeit widmet.

Die Aufgaben der Planungsgemeinschaft Ost (PGO), einer gemeinsamen Organisation der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien zur Vorbereitung und Koordinierung raumrelevanter Aktivitäten, konzentrierten sich auf die Weiterführung der bereits 1995 eingeleiteten Arbeiten zu einem regionalen Verkehrskonzept. Für den Südraum liegen umfangreiche Vorschläge für Verbesserungen vor, die in Zusammenhang mit den Planungen und Untersuchungen zur B 301 (Südumfahrung Wien) ausgearbeitet wurden. Diese sollen helfen, die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu korrigieren. Die Umsetzung einiger Maßnahmen ist bereits – wenn auch nicht immer in wünschenswerter Konsequenz – erfolgt. Demgegenüber ergab eine Analyse der Auswirkungen der räumlichen Entwicklung auf die Verkehrsnetze und -systeme im Norden und Nordosten, daß hier noch mehr Steuerungsmöglichkeiten gegeben sind. Eine Konzentration der Siedlungsentwicklung auf die sogenannten Entwicklungszentren (Stockerau, Tulln, Mistelbach, Hollabrunn, Gänserndorf, Bruck/Leitha) gemäß dem siedlungspolitischen Konzept der PGO soll das flächenhafte Wachstum um Wien verringern. Dazu gilt es aber auch, das Angebot im öffentlichen Verkehr zu verbessern: Im Herbst des Jahres wurde daher gemeinsam mit den ÖBB und dem Verkehrsverbund Ostregion (VOR) eine Zählung des Bahn- und Busverkehrs im Kordon Wien durchgeführt, um die im Verhältnis zu den Kosten wirksamsten Maßnahmen an den Anfang zu stellen. Dazu zählt die fahrplanmäßige Verknüpfung regionaler Eilzüge mit dem Wiener U-Bahn-Netz.

Zu einem wesentlichen Teil wird das Verkehrsaufkommen im Nordostraum auch von den Nachbarländern Tschechei, Slowakei und Ungarn mitbestimmt. Da die wirtschaftliche Entwicklung in den osteuropäischen Ländern

langsamer vor sich geht, als noch vor wenigen Jahren angenommen, hat der grenzüberschreitende Verkehr bisher nicht im befürchteten Ausmaß zugenommen, die Einbindung der östlichen Nachbarn in die Planungen ist aber jedenfalls erforderlich. Dafür werden von der Europäischen Union im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II auch finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.

Im Berichtsjahr wurde mit den Grundlagenerhebungen zum Landschaftskonzept Region Wien-Umland Süd begonnen. Daraus wurden für das Gebiet, das im wesentlichen von der Südautobahn, der Donauuferbahn, dem Flußraum Schwechat – Triesting im Osten und dem Breitengrad von Laxenburg im Süden begrenzt ist, eine Analyse des Landschaftspotentials erstellt. Das Leitbild mit einem landschaftsräumlichen Grundgerüst der Nutzungen (Grünraum, Kulturlandschaft) soll als nächster Schritt folgen.

Wien hat im Berichtsjahr die Bemühungen um eine Neuorganisation der PGO intensiviert, die die Wirksamkeit der Zusammenarbeit der Länder erhöhen soll. Eine Regionalkonferenz, wie sie auch von den drei Landtagen anläßlich der Beschlußfassung über das siedlungspolitische Konzept gefordert wurde, sowie insbesondere die Einbindung der Umlandgemeinden in die regionale Zusammenarbeit, stehen zur Diskussion.

Im gültigen Stadtentwicklungsplan, der im Jahr 1992 begonnen und 1994 beschlossen wurde (STEP '94) ebenso wie im Wiener Verkehrskonzept spiegeln sich jene Rahmenbedingungen wider, die sich aus der Ostöffnung und einer forcierten Stadterweiterung – oft als „neue Gründerzeit" bezeichnet – ergeben haben. Diese Rahmenbedingungen haben sich in gewisser Weise verändert, und deren Neueinschätzung zwingt in einigen Fällen zu Modifikationen der vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen: Die unterschiedliche Entwicklung in Osteuropa – die angrenzenden Länder schneller, die ferneren langsamer – führt zu einer weniger starken Verkehrsentwicklung als angenommen. Der Anteil des Ostverkehrs an dem die Stadtgrenze querenden Verkehr betrug 1995 nur 4 Prozent.

Der EU-Beitritt Österreichs, die damit zusammenhängende Entwicklung transeuropäischer Verkehrsnetze sowie die Wirtschafts- und Währungspolitik eröffnen einerseits neue Positions- und Spezialisierungsmöglichkeiten in der europäischen Städtekonkurrenz, engen aber auch andererseits den investiven Spielraum des Staates und der Stadt ein.

Das Stadtwachstum findet auf Grund der mittlerweile stagnierenden Bevölkerungsentwicklung Wiens und der – durch Regelungen des Staates erreichten – moderaten Zuwanderung langsamer und in geringerem Umfang als erwartet statt.

Im STEP-Bericht 1996 wurden daher diesen veränderten Rahmenbedingungen Rechnung getragen und die erforderlichen Anpassungen vorgeschlagen. Diese Änderungen haben auf das dem STEP '94 zugrundegelegte Stadtmodell zwar in erster Linie nur zeitliche Auswirkungen, das Modell der Stadtentwicklungsachsen ist jedoch (wie jede andere Zielvorstellung auch) darauf angewiesen, daß es konsequent und kontinuierlich verfolgt wird.

Bei der Stadterweiterung der letzten Jahre war dies weitgehend der Fall. Bereits gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossene Gebiete, wie etwa entlang der Brünner Straße, wurden vorrangig besiedelt. Nach einigen Jahren reger Siedlungstätigkeit in den Stadterweiterungsgebieten hat sich der Schwerpunkt der Stadtentwicklung in die Ergänzung des bereits bebauten Stadtgebietes verlagert. Ausgehend von der angestrebten jährlichen Wohnbauleistung von 8.000 bis 10.000 Wohnungen erfolgte die Widmung des dafür notwendigen Baulandes in den letzten Jahren überwiegend im bereits bebauten Gebiet, wo die notwendige Infrastrukur (ÖV, Straßen, Schulen, usw.) günstiger als in Stadterweiterungsgebieten bereitgestellt werden kann.

In den gründerzeitlichen Problemgebieten kam es, bedingt durch die Zuwanderung, trotz intensiver Stadterneuerungs-Maßnahmen in einigen Vierteln zu einer Erhöhung des Wohnungsbelages und zur Verschlechterung der Wohnsituation. Es werden daher künftig zu den in den 80er Jahren an und für sich sehr erfolgreich entwickelten Strategien der „sanften Stadterneuerung" auch Konzepte und Impulse zur Ausländerintegration entwickelt werden müssen.

Die Mitgliedschaft bei der Europäischen Gemeinschaft, ebenso wie der kontinuierliche Strukturwandel stellen auch für die Wiener Wirtschaft eine Herausforderung dar. Das Vorhandensein eines qualitativ hochwertigen Arbeitskräftepotentials bietet die Chance eines international vergleichbar attraktiven Standortes. Die Wiener Wirtschaft besteht überwiegend aus Klein- und Mittelbetrieben. Der Aufbau internationaler Produktions- und Verkaufsketten im Sinne einer offensiven Eroberung der Märkte in der EU ist für Unternehmen dieser Größe im allgemeinen nicht möglich. Wien braucht daher als Ergänzung der ansässigen Unternehmen starke Partner, um die angestrebte Rolle als Handels-, Know-how-Vermittlungs- und Steuerungs- und Entscheidungszentrum zwischen Ost und West übernehmen zu können. Vorteilhaft dabei ist, daß schon derzeit 200 der 500 größten europäischen Unternehmen eine Niederlassung in Wien haben. Bereits rund 300 Dienstleistungsfirmen haben sich auf die Bearbeitung osteuropäischer Märkte spezialisiert.

Die Bedeutung des produzierenden Sektors in den Städten geht zurück, die des Dienstleistungssektors wächst. Selbst innerhalb des produzierenden Bereiches wächst der Anteil der tertiären Tätigkeiten. Standard- und Massenproduktionen verlassen die Kernstädte und verlagern bestenfalls an die Peripherie der Region, häufiger jedoch ins Ausland. Die Verlagerung der Beschäftigung an die Peripherie der Verdichtungsräume ist inzwischen auch im Dienstleistungsbereich festzustellen und somit generell eine Veränderung räumlicher Strukturen in der Stadt. Dazu wurde gemeinsam mit vier Städten der Deutschen Bundesrepublik eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die an Hand der Situation der einzelnen Städte Handlungskonzepte erarbeiten soll.

Für das tägliche Leben der Bewohner in der Stadt spielen aber Erreichbarkeit, Angebotsvielfalt und Preise von Handelseinrichtungen ebenso eine wesentliche Rolle. Dieses Thema war daher Gegenstand mehrerer Untersuchungen, die einerseits die zu erwartenden Auswirkungen des auch in Wien merkbaren Trends zu Einkaufs- und Fach-

marktzentren analysierten und andererseits die sich verändernde Rolle der Zentren und Hauptgeschäftsstraßen aufzeigen. Die differenzierte Kenntnis der unterschiedlichen Einflußfaktoren für diese Entwicklungen (Mobilität, Bedürfnisstrukturen usw.) ermöglichen Maßnahmenvorschläge, um negativen Entwicklungen gegensteuern zu können.

Die subjektiven Wertvorstellungen der Bevölkerung hinsichtlich attraktiver Wohnformen verändern sich ebenso wie die Vorschläge der Architekten, wie diesen entgegenzukommen ist. Beiden steht aber oftmals der nicht nur ökologisch bedingte Zwang zum sparsamen Grundverbrauch entgegen. In Fortführung zweier früherer Untersuchungen wurden daher aktuelle Wiener Beispiele von Bebauungsformen hinsichtlich ihrer Dichte und Wohnqualität analysiert. In diesem Zusammenhang ist auch eine Auswertung jüngster internationaler Literatur zur Frage „Wohnen im Hochhaus" zu sehen, als deren Ergebnis – trotz einiger weniger Gegenbeispiele – die bisherige Meinung ihre Gültigkeit behält: Hochhäuser stellen für Familien mit Kindern keine optimale Wohnform dar.

Die Tätigkeit der Stadtforschung wurde durch mehrere Schwerpunkte bestimmt: Dazu zählen die Grundlagenbearbeitung zur Fortschreibung des STEP, die Erforschung der Einflüsse und Möglichkeiten der Telematik und die Weiterführung der soziologischen Untersuchungen. Die Kontinuität beziehungsweise regelmäßige Wiederholung von Erhebungen ermöglicht das Aufzeigen von Veränderungen und läßt plausible Schlüsse über die tatsächlich wirksamen Mechanismen zu. Erst dadurch werden Prognosen, aber ebenso sinnvolle Gegenstrategien im Falle von ungünstigen Entwicklungen möglich.

Einige Ergebnisse aus diesem Tätigkeitsfeld sind im folgenden kurz dargestellt:

Im Zuge der Untersuchung von Veränderungstendenzen in der Stadt wurden nach mehreren Jahren auch wieder die Geschäftsstraßen und Einkaufszentren Wiens näher untersucht. Als Ergebnis wurde festgestellt, daß die Wiener Hauptgeschäftsstraßen ihre Position in den letzten 10 Jahren behaupten konnten. Sie erwirtschafteten 1995 einen Umsatz von 41,5 Milliarden Schilling und binden damit ein Drittel der einzelhandelsorientierten Wiener Kaufkraft. Die Innere Stadt (9,7 Milliarden Schilling Umsatz) und die innere Mariahilfer Straße (5,7 Milliarden Schilling Umsatz) haben mit insgesamt 37 Prozent den Löwenanteil am Gesamtumsatz der Wiener Hauptgeschäftsbereiche. Zurückzuführen ist die fast ausnahmslos positive Entwicklung der Wiener Hauptgeschäftsbereiche nicht zuletzt auf die Umgestaltungsmaßnahmen bzw. Attraktivierungen in Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau (Mariahilfer Straße, Meidlinger Hauptstraße, Landstraßer Hauptstraße).

Ein weiteres Thema betrifft die aktuelle Entwicklung des Wiener Büromarktes. Aus dem Vergleich mit früheren Ergebnissen und der Einbindung von Expertenmeinungen ergab sich folgendes Ergebnis: Nach dem Bauboom der Jahre 1990 bis 1992 und ein seither wachsendes Flächenangebot hat sich nunmehr eine Marktsättigung und eine Leerstandsrate von rund 3 Prozent eingestellt. Damit liegt Wien wesentlich günstiger als andere Großstädte (z. B. London, Paris, Frankfurt), in denen eine vergleichbare Entwicklung teilweise schon früher stattfand. In den vergangenen 5 Jahren wurden fast 700.000 m² Büroflächen neu errichtet und etwa 200.000 m² revitalisiert, somit stehen nunmehr rund 8 Millionen m² zur Verfügung. Entsprechend den bekannten Absichten sollten bis zum Jahr 2000 weitere 400.000 m², vor allem in den Innenbezirken, hinzukommen.

Weiters erfolgte eine intensive Beschäftigung mit den Ergebnissen der Großstudie „Leben in Wien". Im Rahmen eines Arbeitskreises aller an der Studie beteiligten Magistratsdienststellen wurden durch Mitarbeiter der Abteilung grundlegende sozialwissenschaftliche Auswertungs- und Bearbeitungskonzepte für die Analyse des Datenmaterials entwickelt. Diese beinhalteten einerseits zentrale sozioökonomische und haushaltsstrukturelle Bearbeitungsvariablen (Gliederung nach Berufsschicht, Haushalts- und Pro-Kopf-Einkommen, Haushaltstypen, Phasen des Familienlebens usw.) andererseits regionale, stadt- und wohnungsstrukturelle Gliederungskonzepte (wie Gebietstypen, Bezirksteile, Wohnungs- und Wohnversorgungstypen). Ferner lieferte eine Statistikauswertung zum Themenbereich „Freizeit" erste wichtige Orientierungswerte zum Gesamtausmaß der verfügbaren Freizeit und zu deren Verwendung für sportliche und kulturelle Aktivitäten durch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Weiters wurde die subjektive Bedeutung und die Zufriedenheit mit verschiedensten Freizeiteinrichtungen analysiert. Dabei wird vor allem die Diskrepanz zwischen der mangelhaften wohnungsnahen Stadtteilausstattung mit Grün- und Freizeiteinrichtungen einerseits und den Angeboten ausgedehnter Grün- und Erholungsräume in bestimmten Stadtbereichen und am Stadtrand andererseits deutlich sichtbar.

Vom 17. bis 23. Februar 1996 fand im Rathaus zum zweiten Mal die „Global Village", diesmal unter dem Titel „Leben im Zeitalter der Telekommunikation" statt. In einer Ausstellung in der Volkshalle wurde die breite Palette der Telematik-Anwendungen präsentiert, unter anderem digitale (Stadt) Informationssysteme, Telekommunikation für Menschen mit Behinderungen, der Einsatz in Medizin, Bankwesen, Landvermessung und vieles andere. In einem parallelen Workshop wurden zahlreiche einschlägige Themen theoretisch behandelt und nach einem international ausgeschriebenen Wettbewerb für Studenten deren Vorstellungen einer Stadt der Zukunft aufgezeigt.

Die Global Village war Anlaß für die Eröffnung des „Telezentrums Autokaderstraße" im 21. Bezirk. Dieses, ein Gemeinschaftsprojekt von Wirtschaftsförderungsinstitut Wien, Firma Siemens und Stadtplanung Wien, ist nicht nur als Telearbeitszentrum sondern gleichermaßen als Schulungs- und Informationszentrum eingerichtet. Hier werden nicht nur Tele-Arbeitsplätze vermietet, sondern auch Schulungen für Computer (Internet, Software), für Sprachen sowie verschiedene andere EDV-unterstützte Ausbildungsprogramme und nicht zuletzt auch Informationsdienste angeboten. Obwohl der Standort mitten in einem Gewerbegebiet nicht optimal gewählt werden konnte, zeigt sich diese Einrichtung als Erfolg.

Im Rahmen des 4. Rahmenprogrammes für „Forschung und technologische Entwicklung" hat die Wiener Stadtplanung schon 1995 ihre Teilnahme an Telematik-Projekten zugesagt und ist nunmehr nach der Entscheidung der EG an vier Pilotprojekten aus diesem Bereich gemeinsam mit anderen europäischen Partnerstädten beteiligt. Diese wurden über Wunsch von Stadtrat Dr. Swoboda budgetär in der Geschäftsgruppe Stadtplanung abgesichert. Die damit eingeleitete Telematikinitiative der Stadt Wien stellte ein neues Aufgabengebiet mit neuen organisatorischen und auch fachlichen Anforderungen dar, teilweise mußten auch erst federführende Stellen gefunden werden.

MUNICIPIA ist ein europäischer, multilingualer Informations- und Kommunikations-Netzdienst auf World-Wide-Web-Basis, der unterschiedlichen Akteuren der Stadt- und Regionalplanung zu verbessertem Austausch von Informationen innerhalb einer Kommune verhilft und somit die Partizipationsmöglichkeiten erhöht. Gleichzeitig transportiert MUNICIPIA Kommunikationsangebote über innovative Stadtentwicklungsinitiativen auch über die jeweilige Stadt/Region hinaus und intensiviert dadurch internationalen Erfahrungsaustausch und Kooperationen. Ziel von MUNICIPIA ist es, auf den verschiedenen Handlungsebenen EU, Nationalstaat und insbesondere Kommunalverwaltungen den Erfahrungsaustausch zu Planungsproblemen sowie diesbezügliche Kooperationen mit Hilfe moderner Kommunikationstechnologien zu verbessern.

Zweck des Projektes MIRTI, das auch durch den Europäischen Gewerkschaftsbund gefördert wird, ist die Unterstützung von Telearbeitsinitiativen in der EU mit dem Ziel, einen neuen regulativen Rahmen für industrielle Beziehungen zu entwickeln. Dazu wurden folgende Projektziele definiert: Erstellung von Leitlinien für Unternehmen und öffentliche Verwaltungen; Verfahrensempfehlungen bei der Einführung von Telearbeit; Erstellen von Vertragsentwürfen für Verträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen; Empfehlungen und Leitlinien, die national und EU-weit übertragbar sind; Empfehlungen und Leitlinien für Mikrounternehmen.

Das Projekt CICERO ist ein Kultur-Informationssystem im Internet, welches Daten zu Veranstaltungen, Ereignissen und Kulturstätten nach persönlichen Bedürfnissen zusammenstellt. Der Benutzer erhält vorgeschlagene Events, Orte und Begleitprogramme, ebenso wie Rundwege (Itineraries) zu aktuellen Themen oder persönlichen Interessensgebieten. CICERO ist interaktiv und ermöglicht die spielerisch leichte Zusammenstellung immer neuer Kombinationen von Freizeitangeboten. Zielgruppe sind nicht nur die Besucher einer Stadt, sondern auch – und im Falle Wiens vor allem! – die Bewohner der Gebiete links der Donau (LIDO). CICERO bietet lokale Kommunikation und die Einrichtung eigener Projektplattformen (z. B. Geschichte dieser Bezirke, Mathematik-Nachhilfe, Virtual Events wie Rätselralley links der Donau, Wahl des un/beliebtesten Platzes, Vorurteile über Bezirke, Public Space, Gästebuch usw.). Dieses Projekt wird unter der Federführung der Wiener Stadtwerke – Wienstrom geführt.

Das Ziel des Projektes INFOSOND ist es, den Bürgern der Partnerstädte, deren Touristen, Klein- und Mittelbetrieben, älteren und behinderten Personen Informationen und Dienstleistungen elektronisch zur Verfügung stellen. Diese benutzerfreundlichen, interaktiven Multimedia-Anwendungen sollen nicht nur per Internet am eigenen PC oder am Public-Terminal zur Verfügung gestellt werden, sondern auch via Kabel-TV am Fernsehgerät. INFOSOND kann als offener Informationsraum bezeichnet werden, der die Abfragen der Benutzer einer Applikation zur Informationsquelle des Anbieters weiterleitet und die selektierte Information wieder zurückliefert. Für dieses Projekt wurde ein Mitarbeiter der MA 14 – ADV als Projektleiter gefunden.

Die generelle Grünplanung konzentrierte sich in erster Linie auf Maßnahmenvorschläge zur Ausgestaltung jener Bestandteile des übergeordneten Grüngürtels, welche bisher nicht, oder nicht in ausreichendem Maß jene Erholungsfunktion erfüllen, die ihnen zugedacht ist. Als letzter größerer Bereich war hier der Süden Wiens zu bearbeiten, der durch die bisherige Siedlungsentwicklung nur mehr wenig Spielraum für die berechtigten Anliegen der Freiflächenversorgung bietet. Die gedankliche und planerische Einbeziehung der niederösterreichischen Nachbargemeinden (siehe dazu auch der Abschnitt über die PGO) war daher unbedingt notwendig.

Ein spezielles Thema stellte dazu ein national ausgelobter landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb (mit Zuladungen aus dem Ausland) „Hirschstettner GRÜNde" dar. Dieser sollte innovative landschaftsplanerische Vorschläge bringen, welche die räumliche Struktur des alten Ortskernes über eine gezielte Flächenfreihaltung durch Ausgestaltung in dessen Umfeld nachhaltig sichern und erlebbar machen. Die Umgebung des alten Ortskernes von Hirschstetten wurde gewählt, weil zum einen dieser Ort gleichsam von Natur aus mehrere Ansatzpunkte für interessante stadt- und landschaftsplanerische Überlegungen bietet und zum anderen die an die Bahnlinie des Marchegger Astes angrenzenden Gebiete nach wie vor Schwerpunkt stadtentwicklungspolitischer Überlegungen sind.

Das Siegerprojekt (Dipl.-Ing. R. Ivancsics, Dipl.-Ing. H. Langenbach) zeigt in einem überaus klaren Entwurf, daß zur Entwicklung eines Grüngürtels um Hirschstetten die Erhaltung vorhandener Strukturen, Landschaftselemente und Vegetationsbestände von besonderer Bedeutung ist. Die Jury zeigte sich vom Vorschlag überzeugt, die Typologie der Landschaft aufzunehmen und in sensibler Art und Weise weiterzuentwickeln.

Neben diesem Wettbewerb und einem Gutachterverfahren zur Erlangung von Gestaltungsvorschlägen zur räumlichen Neuinterpretation des Bruno-Pittermann-Platzes im 12. Bezirk wurden auch zahlreiche weitere Bearbeitungen zur Sicherung, Gestaltung und Nutzung von Freiräumen, auch im dichtbebauten Gebiet, durchgeführt.

Das Generelle Maßnahmenprogramm zum Verkehrskonzept 1994 ist handlungsorientiert, daher wurde auch die periodische Erfolgskontrolle im Konzept verankert. Diesem Auftrag kam die Abteilung durch die Vorlage des „Berichtes über die Umsetzung des Generellen Maßnahmenprogramms" an den Gemeinderat im Juni 1996 erstmals nach. Als Grundlage dazu wurde eine Haushaltsbefragung durchgeführt und einer ähnlichen Erhebung 1991 gegen-

übergestellt. Damit wurde einerseits das derzeitige Verkehrsverhalten, andererseits die subjektive Einstellung der Bevölkerung zum Verkehrsgeschehen beleuchtet. Trotz erheblicher Investitionen hat das am 12. März 1993 vom Gemeinderat beschlossene Ziel einer spürbaren Verringerung des Kfz-Verkehrs in Wien und der signifikanten Veränderung der Verkehrsmittelwahl (Modal Split) bis zum Jahr 2010 kaum greifbare Umsetzung erfahren: Insgesamt veränderte sich die Verkehrsmittelwahl nur gering, der Anteil des werktägigen Radverkehrs hat entgegen der Zielsetzung von 3% (1990) auf 2,3% (1996) abgenommen.

Der Grundsatz einer Verkehrspolitik zugunsten der Verkehrsträger des Umweltverbundes (Fußgänger, Radfahrer, öffentlicher Verkehr) stößt nach wie vor auf Unverständnis, wenn nicht sogar auf heftigen Widerstand der Beteiligten.

Für die generelle Planung des öffentlichen Verkehrs war es dringend notwendig, ein neues verkehrstechnisches Beurteilungsinstrument zu schaffen, um die seit Beginn der Vorarbeiten zum Maßnahmenprogramm des Verkehrskonzeptes eingetretenen Änderungen der Rahmenbedingungen und dessen Auswirkungen zu berücksichtigen. Dazu wurde eine Matrix der Verkehrsnachfrage in Wien und der Region (Bestand und Prognose), welche Wiener und Niederösterreichische raumplanerische Festlegungen sowie die Daten der Volkszählung 1991 berücksichtigt, neu aufgebaut. In weiterer Folge wurde begonnen, Ausbaustrategien für die U-Bahn (unter Berücksichtigung einer Optimierung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses) zu entwickeln und das Wiener S-Bahnnetz einer verkehrlichen Beurteilung zu unterziehen. Eine Ergänzung dazu stellte die Erhebung des Regionalverkehrs dar, welche noch im Herbst im Rahmen der PGO durchgeführt wurde. Damit sollen in der Folge Alternativen der Netzentwicklung ausgearbeitet werden.

Die im grundsätzlichen Übereinkommen zwischen dem Bund und dem Land Wien vom 11. Juni 1996 (sogenanntes „30-Milliarden-Paket") enthaltenen Projekte basieren, soweit sie den Verkehrsausbau betreffen, vor allem auf dem 1994 vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Maßnahmenprogramm des Wiener Verkehrskonzeptes. Die darin festgelegten Vorstellungen Wiens zur Weiterentwicklung des S-Bahn-Netzes und die Planungen Niederösterreichs (welche schon bis zu Verträgen mit dem Bund gediehen waren) konnten bisher nicht in Übereinstimmung gebracht werden. Daher wurde über Initiative der ÖBB im Sommer 1996 eine Projektgruppe zur gemeinsamen Überarbeitung des bisher zugrunde liegenden „S-Bahn-Konzeptes 2000" der ÖBB eingerichtet, die sich aus Vertretern aller Betroffenen (ÖBB, BMV, Länder Wien, Niederösterreich, Burgenland, PGO und Verkehrsverbund Ostregion) zusammensetzt. Mit Ergebnissen ist jedoch erst 1997 zu rechnen.

Das bereits genannte „30-Milliarden-Paket" ergab auch die dringende Notwendigkeit, die im Vertrag festgelegten „aussagekräftigen Grundlagen zur Reihung der Projekte nach Prioritäten" zu erarbeiten. Dabei erwies es sich als günstig, daß zwei der drei im „Paket" enthaltenen U-Bahn-Verlängerungen (U 1 Süd und U 6 Nord) bereits bearbeitet wurden. Nach Abschluß der EU-weiten Ausschreibung wurde auch mit der Variantenauswahl für die Verlängerung der U 1 nach Norden begonnen. Einschließlich der nicht im Paket enthaltenen U-Bahn-Erschließung des Raumes Stadlau/Aspern wird damit eine umfangreiche Grundlage für die Prioritätenreihung vorliegen.

Daneben konnten zu aktuellen Fragestellungen Entscheidungsunterlagen aufbereitet werden. Das betraf unter anderem die Donaustadtbrücke (DSB), welche – als Mehrzweckbauwerk konzipiert – nach ihrer ersten Aufgabe als Umleitungsprovisorium der zu hebenden Praterbrücke mittelfristig einem attraktiven Bussystem zwischen dem 22. Bezirk und der U 3 (als Vorgriff auf eine spätere U-Bahn-Erschließung dieses Gebietes) dienen soll. Dazu wurde studienhaft das gesamte Bussystem und als generelles Projekt der Abschnitt Kaisermühlenstraße bis zur U 3-Station Erdberg in Baustufen und Varianten bearbeitet. Als Ergebnis konnte Einvernehmen zu einer endgültigen Lösung mit hohem Verkehrswert erzielt werden. Da der Busbetrieb möglichst unmittelbar nach Beendigung der Arbeiten an der Praterbrücke möglich sein sollte, waren auch Baustufen für die Anbindung an die U 3, die mit möglichst geringem verlorenem Aufwand herstellbar sind, zu untersuchen.

Ein wesentlicher Teil des Maßnahmenprogrammes zum Verkehrskonzept liegt in der Parkraumbewirtschaftung, diese wurde im August 1995 auch auf die Bezirke 6–9 erweitert. Um die Wirkungen dieser Maßnahme zu erfassen, wurden Parkraum- und Verkehrserhebungen sowohl vor als auch nach Inkrafttreten der Regulierungsmaßnahmen durchgeführt. Die daraus folgende Vorher-Nachher-Analyse brachte kurz zusammengefaßt folgende Ergebnisse:

- Deutlicher Rückgang der Auslastung der Stellplätze im öffentlichen Straßenraum (am Vormittag sogar um ein Drittel). Auch am Abend und in der Nacht ergaben sich gewisse Auslastungsverminderungen.
- Verringerung des gesetzwidrigen Parkens.
- Durch den Rückgang der Auslastung verringerte sich auch die Parkplatzsuchzeit deutlich. Die Fahrleistung jener Fahrzeuge, die in den Bezirken 6–9 einen Stellplatz im öffentlichen Straßenraum aufsuchen, ging in diesem Untersuchungsbereich um ungefähr 18 Prozent zurück.
- Die Einstellung der Bewohner, Besucher und Beschäftigten der betroffenen Bezirke zu dieser Maßnahme wurde nach deren Einführung gegenüber „vorher" merkbar besser.

Insgesamt konnten wichtige verkehrspolitische Ziele der Parkraumbewirtschaftung, wie sie aus dem Wiener Verkehrskonzept abzuleiten sind, nämlich die Erleichterung der Parkraumsituation für die Wohnbevölkerung und für Teile des Wirtschaftsverkehrs sowie allgemein eine Verringerung des motorisierten Individualverkehrs in diesen Gebieten im wesentlichen erfüllt werden.

Schließlich ist auch die Beteiligung an einem Projekt zu erwähnen, zu dem wesentliche Beiträge geleistet wurden: Zu Jahresbeginn lagen die Ergebnisse der Wiener Internationalen Zukunftskonferenz (WIZK) vor, in der über den Zeitraum von knapp drei Jahren wesentliche wissenschaftliche Grundlagen für eine „nachhaltige" Stadtentwicklung erarbeitet wurden. Das Wort „nachhaltig" wird hier – wie sehr oft in der deutschsprachigen Literatur – als unzureichende Übersetzung des englischen „sustainable" verwendet; damit sollte ein Prozeß gekennzeichnet werden, der künftigen Generationen das gleiche Potential an Ressourcen hinterläßt, das die vorangegangenen vorgefunden haben. Als „nachhaltige Entwicklung" könnte man also Schonung der natürlichen Rohstoffe, Vermeidung irreversibler negativer Veränderungen unter Berücksichtigung lokaler und globaler Wirkungszusammenhänge verstehen.

Das Vorliegen der wissenschaftlichen Ergebnisse der fünf Projektgruppen war Anlaß, anfangs jedenfalls mit bescheidenem Mitteleinsatz Wege zur Weiterführung und Vertiefung der Erkenntnisse zu suchen und gleichzeitig zu beginnen, das gewonnene Wissen auch für die tägliche Verwaltungspraxis nutzbar zu machen. Unter dem Titel „Zukunftsforum Magistrat" fanden mehrere Workshops statt, in welchen durch die Begegnung der verantwortlichen Mitarbeiter mit einschlägigen Wissenschaftern konkrete Ansätze zur Umsetzung der als „nachhaltig" erkannten Vorgangsweisen erarbeitet wurden.

Parallel dazu sind die wissenschaftlichen Ergebnisse und dazu eine kritische Evaluierung auch im Internet abrufbar gemacht worden.

In der generellen Bundesstraßenplanung standen, wie es sich auch schon in den vergangenen Jahren abgezeichnet hat, Überarbeitungen und Adaptierungen von Projekten, die schon in früheren Jahren grundsätzlich abgeschlossen wurden, entsprechend neu hinzugekommener Richtlinien des Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (BMwA) im Mittelpunkt. So konnten die Generellen Projekte für die B 3d – Donau Straße, Abzweigung Hirschstetten, für die Stadterweiterung im 22. Bezirk und für die B 10a – Budapester Straße, Abzweigung Schwechat, zur Anbindung des Alberner Hafens, zum Abschluß gebracht und dem BMwA zur generellen Genehmigung vorgelegt werden. Für die Projekte B 12b – Brunner Straße und B 229 – Groß Jedlersdorfer Straße, Bereich Hauptfeuerwache Floridsdorf wurden auf Wunsch des BMwA ergänzende Unterlagen für eine generelle Genehmigung ausgearbeitet. Die Liste der in Arbeit befindlichen Projektierungen für Bundesstraßenabschnitte ließe sich noch fortsetzen.

Zusätzlich wurde zur Abschätzung der verkehrlichen Auswirkungen der B 301 (Wiener Südrand Straße) auf das Wiener Straßennetz eine Netzstudie mit Anschlußstellenvarianten erstellt, die auch eine Grundlage für die Stellungnahme der Stadt Wien im Zuge des derzeit laufenden Umweltverträglichkeitsprüfungs(UVP)-Verfahrens darstellt.

Gleichsam als „Modellprojekt" auf Grundlage des generellen Maßnahmenprogramms zum Wiener Verkehrskonzept wurden im Rahmen der begleitenden Verkehrsplanung zum Zentrum Kagran Planungsvorstellungen und Ausbaustufen entwickelt. Zur Vorsorge für zeitgemäße Verkehrsflächen zur Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft wurde folgenden Aspekten besondere Aufmerksamkeit geschenkt: Verbesserung der Lebensqualität, des Fußgängerverkehrs, des Vorranges für den öffentlichen Verkehr, des ruhenden Verkehrs, des motorisierten Individualverkehrs (MIV), des Wirtschaftsverkehrs, des Freizeitverkehrs, des Radverkehrs und nicht zuletzt einer Steigerung der Bewußtseinsbildung. Diese Arbeit dient als Grundlage für die weitere Vorgangsweise in diesem Bereich.

Die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN) sind ein Kernstück der EU-Politik in den kommenden Jahrzehnten, um den Fluß von Gütern und Menschen zu beschleunigen, Wirtschaftswachstum zu induzieren und um den westeuropäischen Raum enger mit dem mittel- und osteuropäischen zu verflechten. Auch wenn unter TEN alle Kommunikationsnetze zu verstehen sind, liegt der Schwerpunkt der Bedeutung für die Stadtplanung in der Bewältigung des Güterverkehrs und hier wiederum vor allem beim Schienenverkehr. Die Abteilung hat am „Memorandum über die Verkehrssituation Wiens in der Region" mitgearbeitet und die im Auftrag erstellte Studie „Das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN) aus der Sicht Wiens" eingebracht. Die relativ groß angelegte Untersuchung baut auf einer Zusammenstellung der Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen aus Wiener Sicht auf und berücksichtigt dabei einen „TEN-Lagebericht" über den Werdegang des Netzes, seine absehbaren Entwicklungstendenzen, die Finanzierung sowie das Spektrum der Meinungen zu den TEN.

Die besonderen Aspekte der Wiener Stadtregion, insbesondere der strukturellen und verkehrlichen Entwicklungsdynamik begründen die Erwartungen aus Wiener Sicht, wobei auf die sogenannte Ostöffnung bzw. die EU-Osterweiterung besonders eingegangen wird. Die Ergebnisse der Arbeit, zusammenfassende Schlußfolgerungen und Hypothesen, bei denen Fragen der schrittweisen Netzentwicklung im Vordergrund stehen, wurden in einer Fachtagung vorgestellt, diskutiert und – im Vergleich mit anderen Ausbauplänen der EU – kritisch beurteilt.

Im Wiener Verkehrskonzept wird ein Anteil des Fahrradverkehrs von 3,9 Prozent am Gesamtverkehrsaufkommen angestrebt; tatsächlich sank dieser Anteil 1996 auf 2,3 Prozent, d. h. statt der Zunahme um 30 Prozent ist ein Rückgang um 23 Prozent seit 1990 eingetreten. Das Ziel wurde somit um 41 Prozent verfehlt!

Ein wesentlicher Grund ist wohl darin zu suchen, daß bei der konkreten Realisierung von Radverkehrsanlagen einerseits an den Bedürfnissen der aktiven wie der potentiellen Radfahrer vorbeigeplant wird, und andererseits der Stellenwert des Radverkehrs gegenüber den Ansprüchen anderer Nutzergruppen im öffentlichen Raum deutlich an den Rand gedrängt wird. Die Realisierung von Radverkehrsanlagen scheitert in der Praxis meist am Unverständnis fast aller am Entscheidungsprozeß Beteiligten. Schließlich ist auch die im Verkehrskonzept vorgesehene intensive Ver-

knüpfung der technischen Maßnahmen mit jenen zur Bewußtseinsbildung der Bevölkerung bislang noch nicht gelungen. Diese mangelnde Einsicht ist nicht nur bei vielen Bürgern, sondern oftmals auch bei jenen Gruppen anzutreffen, die durch ihren besonderen Einfluß meinungs- und bewußtseinsbildend wirken sollten.

Daher muß eine Förderungsstrategie für den Radverkehr mehr als bei anderen Verkehrsarten über bauliche Einzelmaßnahmen hinausgehen und den Bereich der Bewußtseinsbildung („Public Awareness") einschließen. Dies soll durch ein Marketing-Konzept erfolgen, dessen erster Schritt im Pilotprojekt „Radeln statt kurzer Autofahrten" auf lokaler Ebene erarbeitet wurde.

Im Architektur Zentrum Wien wurden auch 1996 Ausstellungen und Veranstaltungen abgehalten. Besonders ist hier eine Retrospektive des österreichischen Architekten Robert Örley zu erwähnen, dessen Werk erstmals aufgearbeitet der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Eine weitere Anregung der Diskussion um Architektur erfolgte durch die Präsentation der durch innovative Holzbauten bekanntgewordenen Architekten Marianne Burkhalter & Christian Sumi (Schweiz).

Darüber hinaus wurde im Sommer wieder das bereits traditionelle Wiener Architekturseminar abgehalten. Dieses wurde als Plattform für die Behandlung von Wien-spezifischen Themen der Architektur und des Städtebaues durch ausländische Studenten höherer Semester, Assistenten und Professoren geschaffen und hat sich als aktuelles Thema Gestaltungsmaßnahmen im Gürtelbereich gewählt. Es war Ziel des 7. Wiener Architekturseminars, Möglichkeiten aufzuzeigen, in beschränkten strukturellen Entwicklungsspielräumen neue Nutzungen mit Bezug zu den spezifischen Problemen des Gebietes vorzuschlagen und – an vorgegebenen Standorten – dafür architektonische Lösungen zu entwickeln. Damit wurde ein Gegengewicht zu den im Rahmen des EU-Projektes „Gürtel plus" vorgesehenen Aktivitäten geschaffen, die vor allem auf soziale Integration und arbeitsmarktpolitische Verbesserungen ausgerichtet sind, während Architektur auf den öffentlichen Raum und die Gürtelbögen beschränkt ist. Die Ergebnisse wurden unmittelbar anschließend auch der Öffentlichkeit in einer Ausstellung präsentiert.

Mit der Einbindung Wiens in die Europäische Gemeinschaft gewann die fachliche Öffentlichkeitsarbeit einen neuen Schwerpunkt, der sich die Vermittlung von Wiener Erfahrungen und Beispielen der Architektur und der Stadterneuerung in internationalem Rahmen zum Ziel gesetzt hat. Die beiden für den Einsatz im Ausland konzipierten Ausstellungen „Wien, Architektur – Der Stand der Dinge" und „Wien, Stadterhaltung/Stadterneuerung – Der Stand der Dinge" wurden einzeln oder gemeinsam in zahlreichen bedeutenden Städten Europas (Madrid, Rom, Neapel, Berlin, Florenz, Stuttgart, Athen usw.) präsentiert. Damit verbunden waren Fachvorträge von österreichischen Architekten bzw. Fachleuten für die Stadterneuerung.

Die Wiener Planungswerkstatt diente weiterhin der Wiener Bevölkerung als Informationsquelle zu aktuellen Planungen in Wien. So wurde aus Anlaß des Gemeinderatsbeschlusses über die Schließung des Wald- und Wiesengürtels ein Überblick über die Grünplanungen unter dem Titel „Wien, Grünes Netzwerk – Der Stand der Dinge" gezeigt sowie – gemeinsam mit der zuständigen Fachabteilung – die Beleuchtung der Stadt „ins rechte Licht gerückt". Auch zu dieser Ausstellung wurde ein Katalog (Wien, Stadtlichter – Der Stand der Dinge) aufgelegt. Darüber hinaus wurden in der Planungswerkstatt auch Kooperationen mit anderen Stellen durchgeführt, wie zum Beispiel „400 Jahre Donauregulierung" mit der MA 45, „Nationalpark Donauauen" mit der MA 22 und 49 oder vergleichende Landschaftsplanungen mit Berlin und Paris. Nach Otto Wagner im Vorjahr wurde 1996 auch dem Architekten Adolf Loos und seinem Werk in Wien eine eigene Ausstellung gewidmet.

Da Informationen möglichst nahe an den Bürger herangetragen werden sollen, wurden insgesamt sieben Bezirksausstellungen zu unterschiedlichen aktuellen Themen gestaltet. Dabei wurden auch neuen elektronischen Medien (Internet) ein entsprechender Platz eingeräumt. Anläßlich der öffentlichen Auflage des Entwurfes für einen neuen Flächenwidmungsplan für das Nordbahnhofgelände wurde an der Lasallestraße eine vernetzte Informationsstelle eingerichtet, von der aus nicht nur zahlreiche Informationen „aus dem Rathaus" online abgerufen werden konnten, sondern den Anrainern auch Gelegenheit zu einer Stellungnahme mittels e-mail gegeben wurde.

Neben den bereits genannten Informationsheften zu den Ausstellungen „...Der Stand der Dinge" wurde auch die Schriftenreihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung" durch mehrere Werkstattberichte fortgesetzt. Diese sind einfach gehaltene Publikationen, die besonders interessante wissenschaftliche Beiträge zu laufenden Diskussionen auch einem breiteren interessierten Leserkreis zugänglich machen. Dazu sind „Zentrensituation im Raum Wien", „Fachmarktprojekte aus verkehrlicher und stadtstruktureller Sicht", beide gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien, und „Baulückenkataster" zu erwähnen. Auch der STEP-Bericht '96, gemeinsam mit dem Bericht zum Verkehrskonzept, wurde in dieser Reihe publiziert. Zahlreiche Informationsfolder zu Planungen in den Bezirken ergänzen diese Aufzählung.

Schließlich ist auch auf die direkte Betreuung von Interessenten an Fragen der Stadtplanung hinzuweisen. Etwa 80 Gruppen mit einer Größe bis zu 30 Personen (was auch durch die Platzverhältnisse bedingt ist) wurden in den Räumen der Wiener Planungswerkstatt entsprechend ihren spezifischen Fragestellungen informiert. Die Herkunft dieser Gruppen erstreckt sich auf wenigstens 12 Länder der Erde, die Volksrepublik China und USA waren ebenso vertreten wie Japan, Rußland oder Schweden. Die Interessensgebiete reichten von allgemeinen Fragen der Stadtplanung und Verkehrsplanung bis zu sehr speziellen Einzelfragen, zu deren Beantwortung nach Möglichkeit Fachleute aus den verschiedenen Ressorts zugezogen wurden.

# Architektur und Stadtgestaltung

Im Rahmen der Geschäftsgruppe Planung und Zukunft der Stadt Wien sind der Abteilung Agenden der „Stadtgestaltung" übertragen. Laut Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien sind darunter folgende Schwerpunkte zu verstehen:

- Mitwirkung an der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen
- Erstellung von Entwürfen von Projekten für die Gestaltung öffentlicher Räume
- Vergabe von Architektenleistungen an Ziviltechniker und deren Betreuung, Anbots- und Rechnungsprüfung, Führung von Vertragsverhandlungen und Koordinieren des Planungsablaufes
- Verfassen von Plänen für städtische Hochbauten
- Architektonische Begutachtung und Beratung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens
- Stadterhaltung und architektonische Begutachtung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens in Schutzzonen
- Beratung in architektonischen und städtebaulichen Gestaltungsfragen, Beauftragung von Studien und Durchführung von Architekturwettbewerben.

Die übertragenen Tätigkeiten werden in folgenden Referaten wahrgenommen:

1. Gestaltung öffentlicher Raum
2. Generelle Grundlagenplanung
3. Städtischer Nutzbau
4. Architektonische Begutachtung
5. Stadterhaltung – Schutzzonen

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei.

Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) und Konsulenten sind oft schwierige Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen sowie umfangreiche Schlußabrechnungen für langfristige Bauvorhaben verbunden. Die Abteilung hat in diesem Fall die Preisprüfung für Architektenleistungen im Rahmen der Stadt Wien wahrzunehmen; sie wird laufend von Fachdienststellen, den Stadtwerken – Wiener Linien, Wienstrom, Kuratorien und sonstigen Institutionen zu Gebührenfragen beigezogen. Bei Überschneidungen von Ziviltechnikerleistungen sowie bei Bauvorhaben größeren Umfanges ist eine beratende Tätigkeit im Rahmen der MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, mit Prüfungen, Begutachtungen und Mitarbeit an den Vertragsverhandlungen wahrzunehmen. In Anbetracht der Besonderheit einzelner Projekte wurden Sonderregelungen getroffen, so daß Honorare eingespart werden konnten.

## 1. Referat „Gestaltung öffentlicher Raum"

Im Referat „Gestaltung öffentlicher Raum" stehen jene Planungen im Vordergrund, die neben verkehrsberuhigenden Maßnahmen vor allem die gestalterische und funktionelle Verbesserung des Wohnumfeldes zum Inhalt haben.

Diese Tätigkeit umfaßt grundsätzlich vier Arbeitsbereiche:

1.1 Oberflächenplanungen
1.2 Möblierung des öffentlichen Raumes
1.3 Diverse andere Gestaltungsaufgaben
1.4 Begutachtung von privaten Ansuchen im öffentlichen Raum

### 1.1 Oberflächenplanungen

Für Projekte, die im Rahmen der U-Bahn-Planung betrieben werden, wie z. B. U3-Ost (Bauabschnitte U3/19–U3-22, 11, Simmeringer Hauptstraße, U3-West (Bauabschnitt U3/16–U3/18, 16, Vorplatzbereiche Paltaufgasse), U6-Nord (Bauabschnitte U6/11–U6/16, 21, Franz-Jonas-Platz) wird die begleitende Oberflächengestaltung der diversen Stationsvorplätze bzw. der Straßenplanung fortgesetzt bzw. beendet. Oberflächenplanungen werden weiterbearbeitet, wobei es sich teilweise um Architektenbeauftragungen handelt, wie z. B. in 1, Judenplatz, 2, Karmeliterviertel, 8, Albertplatz, 11, Leberberg, 20, Gaußplatz, 22, Süßenbrunn Ortskern bzw. um Eigenplanungen der Abteilung wie 1, Am Hof, 4, Südtirolerplatz, 5, Margaretenplatz, 5, Am Hundsturm, 6, Fritz-Grünbaum-Platz, 7, Siebensternplatz, 10, Kurhalle Oberlaa-Vorplatz, 15, Äußere Mariahilfer Straße, 21, Amtsstraße, 22, Kagran-West, 23, Maurer Hauptplatz und weitere 37 kleinere Projekte.

Eine umfangreiche Tätigkeit des Referates betrifft die neuen Oberflächenplanungen für 10 Stadterweiterungsgebiete (11., 21. und 22. Bezirk). In Abstimmung mit den diversen Planungsträgern, den befaßten Architekten und den beteiligten Dienststellen werden konzeptionell und im Detail Oberflächenprojekte erarbeitet, wobei mit möglichst geringem finanziellem Aufwand optimale Gestaltungsstrukturen entstehen sollen. Mitgearbeitet bzw.

federführend war die Abteilung in den Arbeitskreisen in 1, Donaukanalbereich – Innere Stadt, in 2, Praterstraße (Überarbeitung der bestehenden Gestaltung), in 10, Studie Fußgeherzone – Favoritenstraße (Überarbeitung der bestehenden Gestaltung), Fachkommission Verkehr – Straßenraumgestaltung, sowie beim Gestaltungskonzept „URBAN-WIEN – Gürtel Plus" (Gumpendorfer Straße – Nußdorfer Straße).

1.2 Möblierung des öffentlichen Raums

In den letzten Jahren war die Überarbeitung der gesamten Stadtmöblierung ein ganz wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit des Referates. Eine Bearbeitung für folgende neue Möblierungselemente wurde durchgeführt:

- „Rechnergesteuertes Betriebsleitsystem – Anzeigen" gemeinsam mit den Wiener Linien
- neuer Beleuchtungskandelaber für übergeordnete Straße
- neue Telefonzellen für Wien
- neue Sitzbänke für Haltestellen der Wiener Linien
- neuer Hängepapierkorb
- neuer städtischer Blumentrog gemeinsam mit MA 42

Eine Weiterbearbeitung des Ringstraßenbeleuchtungs- und -möblierungskonzeptes ist ein ebenso bedeutendes Bearbeitungsgebiet.

1.3 Diverse andere Gestaltungsaufgaben bzw. damit zusammenhängende Agenden

Gestalterische Begleitbearbeitungen bzw. Begutachtungen von Straßenprojekten der MA 28, Teilnahme an Koordinierungsbesprechungen im Rahmen der Dezentralisierung für alle 23 Bezirke, Teilnahme an den Besprechungen im Zuge der U-Bahn-Planungen bzw. wie an Bürgerdiskussionen (projektsbezogen) wurden durchgeführt. Öffentlichkeitsarbeit wurde im Zuge von Pressekonferenzen, Ausstellungen usw. geleistet.

1.4 Begutachtung von Ansuchen für private Einrichtungen im öffentlichen Raum

Folgende Themengebiete werden behandelt:

- Schanigärten, Kioske, Warenausräumungen, Automaten, Vitrinen, Postkästen, Litfaßsäulen usw.
- Die Studie über Schanigärten und deren Möblierung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, dem WIFI und dem Institut für Fremdenverkehrsentwicklung wurde 1996 fortgesetzt und in der Praxis laufend umgesetzt.
- Weiterbearbeitung der praxisgerechten Umsetzung der Ergebnisse des Wettbewerbes „Kioske im öffentlichen Raum" im Bewilligungsverfahren. Im Jahr 1996 wurden rund 730 Ansuchen behandelt.

## 2. Referat „Generelle Grundlagenplanung"

Das Referat behandelt grundsätzliche stadtgestalterische Fragestellungen und Themen und überprüft städtebaulich relevante Projekte auf ihre stadtgestalterischen Auswirkungen bzw. begleitet oder koordiniert deren Entwicklung.

### 2.1 Generelle Konzeptionen

#### 2.1.1 Stadterhaltungskonzept

Schwerpunktmäßig stand einerseits die Anwendung des neuen Stadterhaltungskonzepts im Hinblick auf verschiedene Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie die computermäßige Verarbeitung und weitere Vor- und Aufbereitung der Schutzzoneninventarisierung auf GIS-Basis im Vordergrund. Der Projektablauf ist in mehreren Phasen konzipiert, wobei 1996 folgende Arbeitsschritte erfolgten:

Phase 1 – Datenerfassung/Literaturerfassung:

Ab März 1996 wurde die Dateneingabe von Literaturdaten beauftragt. Die Weiterverarbeitung der Daten erfolgte in der Abteilung. Insgesamt konnten rund 25.000 Literaturerwähnungen erfaßt werden.
Die gesamte Organisation, die Datenverarbeitung und zum Teil die Dateneingabe wurden von der Abteilung durchgeführt. Wegen der auftretenden Probleme in den Arbeitsabläufen mußte die extern programmierte ACCESS-Datenbank in der Abteilung vollkommen neu programmiert und zugleich der neuen Anforderung angeglichen werden.

Phase 2 – Schnellinventarisierung:

Die Schnellinventarisierung stellt als zweite Phase der neuen Arbeitsweise bei Schutzzonenabgrenzungen den wesentlichsten Arbeitsschritt dar, da hierbei die neuen Schutzzonengrenzen vordefiniert werden. 1996 wurde ein Gebiet im 10. Bezirk und ein Gebiet im 8. Bezirk testweise inventarisiert. Dies betraf rund 700 Objekte.

Phase 3 – Basisinventarisierung

Die Basisinventarisierung stellt nach der Abgrenzung und Filterung durch die Schnellinventarisierung den letzten Arbeitsschritt des neuen Schutzzonenmodelles dar. In dieser Inventarisierung werden die Objekte im Detail aufgenommen und eine Vielzahl an Daten erhoben. Im Jahre 1996 wurden auf diese Weise rund 500 Objekte inventarisiert.
Für die folgend angeführten Gebiete wurden die Schutzzonen neu formuliert bzw. die Gebäude innerhalb dieser Schutzzone einer Inventarisierung zugeführt: Atzgersdorf, Neuwaldegg, Pötzleinsdorf Süd, Hirschstetten, Küniglberg und Lainz. Für den Georg-Washington-Hof, Breitenlee und Inzersdorf wurden Schutzzonen neu konzipiert.

Workshop Stadterhaltung – September 1996:

Im September 1996 wurde ein internationaler Workshop zum Thema „Stadterhaltung" in der Wiener Planungswerkstatt abgehalten. Dieser diente vor allem dem Informationsaustausch zwischen den teilnehmenden Vertretern. Besonderes Augenmerk wurde auf die Präsentation des Modells aus Madrid gelegt, da dieses von der Organisation und Umsetzung her als beispielhaft bezeichnet werden kann und dem Wiener Modell sehr ähnlich ist. Weitere Teilnehmer kamen aus den Staaten Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Italien und Deutschland.
Die 1994 erstellte Ausstellung zum Thema „Stadterhaltung – Stand der Dinge in Wien" wurde 1996 in Sevilla, Neapel, Athen, Mailand und Berlin präsentiert, wobei auch Kontakte mit den jeweiligen Dienststellen im Ausland stattgefunden haben und Vergleiche zum neuen Schutzzonenmodell von Wien gezogen werden konnten. Die Wiener Architekturausstellung wurde hierbei ebenfalls gleichzeitig zur Schau gestellt.

### 2.1.2 Visualisierung

Um Planungsabsichten gegenüber Dritten objektiver vermitteln zu können, wurden und werden laufend moderne Technologien (CAD, CDI, CD-ROM) auf ihre Einsatzfähigkeit für die Stadtplanung überprüft.
Ein von der Fa. Grintec entwickeltes Visualisierungsprogramm (GO-3DM), welches auf Basis der Mehrzweckkarte 3-dimensionale Objekts- und Stadtteildarstellungen erlaubt, wurde auf Empfehlung des Arbeitskreises „Stadtplanung und EDV" für die Stadt Wien 1995 angekauft und im Jahre 1996, nach einer Einschulung der Stadtplanungsdienststellen, an Hand konkreter Visualisierungsprojekte in der Abteilung und der MA 21 C bereits angewendet.

## 2.2 Koordinierung von Planungsabläufen

### 2.2.1 Donaucity

Die städtebaulich-gestalterische Entwicklung der Donaucity, die Gestaltung der öffentlichen Bereiche innerhalb und in den Randzonen des neuen Stadtteiles sowie die der sozialen Infrastruktur (Schule, Kindergärten) wird unter Mitwirkung bzw. Federführung der Abteilung koordiniert.
Die entstehenden Hochbauprojekte wurden auf ihre städtebauliche und gestalterische Verträglichkeit überprüft.
Für die Planung der öffentlichen Bereiche (ca. 20.000 m²) wurde die Planung weitgehend abgeschlossen. Baubeginn dafür ist für Herbst 1997 vorgesehen.

### 2.2.2 Nutzungskonzept engerer Donaubereich

Über Auftrag des Planungsdirektors bzw. der Donauinselkommission wurden gemeinsam mit der MA 21 C 1996 Entscheidungsgrundlagen für die weitere Entwicklung der „Aktivitätszonen" Copa Cagrana und Sunken City erarbeitet. Unter die Zielsetzung „Neues Gestaltungs- und Nutzungskonzept für den Donauraum" werden ähnliche Konzeptionen in der Folge erarbeitet werden.

### 2.2.3 Wiental – Wienfluß

Aufbauend auf das unter Federführung der Abteilung im Jahre 1991 in einem Arbeitskreis erarbeitete „Konzept Wienfluß" (Kanalbau, Hochwassersicherung, Ökologisierung, Gestaltung und Attraktivierung) wurden im Hinblick auf eine schrittweise Realisierung weitere Planungs- und Abstimmungsschritte getätigt. Städtebauliche Projekte in diesem Stadtraum (U4-Parkshops, Garagenprojekte) wurden nach Erfordernis behandelt bzw. begleitet.

### 2.2.4 Gürtel – Urban

Im Rahmen des Urban-Projektes Gürtel wurde Frau Arch. Tillner beauftragt, ein generelles Gestaltungskonzept – vom Gaudenzdorfer Knoten bis zur Nußdorfer Straße – für den öffentlichen Raum zu erarbeiten, das

die Rahmenbedingungen für die im Jahre 1998 umzusetzenden Bereichsgestaltungen liefern soll (Fertigstellung Frühjahr 1997).

2.2.5 Windkraftanlagen

Die zunehmende Auswahl von einschlägigen Projekten erfordert die generelle Untersuchung des Stadtgebietes aus energietechnischer, stadtstruktureller und stadtgestalterischer Sicht. In einem Arbeitskreis (MA 18, MA 19, Wienstrom) wurden Schritte für eine entsprechende Umsetzung eingeleitet.

2.2.6 15, Schwendermarkt

Die Ergebnisse eines Gutachterverfahrens im Jahr 1994 für eine Neubebauung wurden von der anrainenden Bevölkerung nicht akzeptiert. Die Modifizierung der Baumassen bzw. Nutzungsinhalte soll eine tragfähige Projektsbasis schaffen. Auf Wunsch der Bezirksvorstehung wurden von der Abteilung dahingehende Konzeptionen im Jahr 1996 erstellt.

2.3 Mitarbeit bei Projektsentwicklung und Arbeitskreisen

2.3.1 Nordbrücke und Nordsteg

Die notwendige Sanierung der Nordbrücke erfordert die Errichtung einer 2-spurigen Ersatzbrücke über die Donau und Neue Donau. Die architektonische Begleitplanung durch Prof. Gsteu unter Mitarbeit der Abteilung wurde weiter durchgeführt.

2.3.2 Praterbrücke – Donaustadtbrücke

Durch den Aufstau der Donau im Zuge der Errichtung des Kraftwerkes Freudenau ist es erforderlich, die Praterbrücke um 1,8 m anzuheben. Im Zuge der Brückenhebung erfolgt auch eine Brückenverbreiterung auf acht Fahrspuren. Um die funktionsfähige Umleitungsstrecke sicherzustellen, wird die Donaustadtbrücke errichtet. Die Schrägkabelbrücke wurde von Prof. Pauser unter Beiziehung der Architekten Holzbauer unnd Marschalek entworfen. Die Abteilung ist in der Gesamtplanung der Donaustadt- und Praterbrücke eingebunden.

2.3.3 Lärmschutzwände

Durch das steigende Verkehrsaufkommen im Wiener Stadtgebiet, aber auch infolge der Reaktivierung von ÖBB-Stammstrecken, nimmt das Erfordernis an Lärmschutzmaßnahmen zu. Neben diversen Projektierungen wurde zum Beispiel im abgelaufenen Jahr in 22, Erzherzog-Karl-Straße eine rund 300 m lange Lärmschutzwand errichtet, bei der erstmals in Wien Recyclingkunststoffelemente verwendet wurden. In 12, Grünbergstraße wurde ebenfalls eine Lärmschutzwand fertiggestellt. Die gestalterische Begleitplanung wird von der Abteilung wahrgenommen.

2.3.4 380-kV-Leitungen

In enger Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken – Wienstrom wurde das aktuelle Projekt der 380-kV-Leitung Bisamberg (Bereich Schutzzone Hagenbrunner Straße) weiter behandelt.

2.3.5 Trinkwassergewinnung, Wasserfassungs- und Wasseraufbereitungsanlage Donauinsel-Nord

Die MA 31 beabsichtigt zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung Wiens die Errichtung einer Wasserfassungs- und Wasseraufbereitungsanlage auf der Donauinsel im Bereich zwischen Nordbrücke und Nordsteg. Zur architektonischen Lösungsfindung dieser anspruchsvollen Planungsaufgabe wurde 1995 ein Gestaltungswettbewerb durchgeführt. Die Weiterführung des Leitprojektes (Arch. Gsteu) wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung betrieben.

2.3.6 Arbeitskreis GIS-Anwendung zur Plandokumentenerstellung für die MA 21-Abteilungen

Nachdem der Abteilung mit dem neuen Schutzzonenmodell der Stadt Wien in der Stadtplanung eine Vorreiterrolle bei Datenbankerstellungen zukommt und die GIS-Anwendung für die MA 21-Abteilungen vom grundsätzlichen System und der Organisation her ähnliche Anforderungen hat, konnten die Erfahrungen mit den anzuwendenden Systemen in einem Arbeitskreis weitergegeben werden.

2.3.7 Arbeitskreis U-Bahnverlängerungen

Trassenvarianten für eine mögliche U-Bahnführung in den Nordosten Wiens, die Verlängerung der U6 nach Norden, die Verlängerung der U1 in den Süden, sowie die Verlängerung der U1 Richtung Norden wurde in Arbeitskreisen bearbeitet, von der Abteilung wurden die stadtgestalterischen Fragestellungen behandelt.

2.3.8 Arbeitskreis S 80, Baulos Erdberger Lände

In Zusammenarbeit mit ÖBB, MA 18, MA 21 A, MA 28 und MA 46 wurde die künftige Ausbildung der S-80-Trasse im Bereich des 2. und 11. Bezirkes behandelt, von der Abteilung vor allem in Hinblick auf die Auswirkung im Stadtbild.

2.3.9 FNA 133

Dieser Fachnormenausschuß beschäftigt sich mit der Normierung graphischer Öffentlichkeitsinformationen (Bildzeichen). Er setzt sich aus Vertretern der Privatwirtschaft (Semperit), Handelskammer, Österreich-Werbung und Vertretern der Stadt Wien, der MA 19, zusammen. Das System genormter graphischer Symbole für die Öffentlichkeitsinformation wurde im Jahre 1996 um insgesamt zwölf Symbole erweitert. Diese sind in der ÖNORM A 3011-9 enthalten.

2.3.10 Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit

Der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit, der unter anderem von Vertretern der Magistratsabteilungen 18, 19, 21 A, 21 B, 21 C gebildet wird, hat die Aufgabe, die Tätigkeiten der Abteilungen öffentlichkeitswirksam darzustellen und zu koordinieren (Ausstellungen, Grätzelfeste, Publikationen usw.). Insbesondere wird auch mit dem Stadtratbüro, der Gruppe Planung und der Pressestelle der Stadt Wien (die ebenfalls Vertreter in den Arbeitskreis entsenden) zusammengearbeit.

Öffentlichkeitsarbeit im Internet

Seit Anfang 1996 wird die Öffentlichkeitsarbeit auch im Internet durchgeführt. Dazu wurden der MA 53 im Jänner 1996 drei Artikel aus verschiedenen Referaten der Abteilung zur Verfügung gestellt.

2.3.11 Architekturführer für Wien

Der Wiener Architekturführer wurde 1984 erstmalig aufgelegt, 1988 aktualisiert und 1989 in einer dritten Auflage hergestellt. Seit 1994 gibt es Bestrebungen, den Architekturführer grundsätzlich neu zu konzipieren. Diese Bestrebungen wurden 1996 konkret umgesetzt. Grundlage für den Architekturführer bildet eine von Architekt Sarnitz zusammengestellte Auswahl von rund 500 Bauwerken. Beabsichtigter Erscheinungstermin ist Oktober 1997. Seitens des Magistrates ist die Abteilung für den Inhalt verantwortlich.

2.3.12 Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Bezirksentwicklungspläne

Trassenvarianten für eine mögliche U-Bahnführung in den Nordosten Wiens wie auch die Verlängerung der U6 nach Norden wurden in Arbeitskreisen bearbeitet, wobei von der Abteilung die stadtgestaltungsrelevanten Fragestellungen behandelt wurden.

## 3. Referat „Städtischer Nutzbau"

In diesem Referat sind alle städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Wohnbaues zusammengefaßt, wobei eine weitere Aufgliederung vorgenommen wurde, wie in

3.1 Schulbau
3.2 Kindergärten, Heime
3.3 Sport- und Bäderbau, Amtshäuser, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse Nutzbauten
3.4 Krankenanstalten und Pflegeheime

Die anfallenden Planungsaufträge werden teils durch Eigenplanungstätigkeit, teils durch Vergabe an Ziviltechniker erfüllt, wobei es dem Referat obliegt – ausgehend von der Grundlagenbeschaffung –, den Planungsablauf bis zur Fertigstellung der Bauwerke zu koordinieren. Bei Fremdvergaben sind Vertragsverhandlungen zu führen, Honoraransprüche bis zur Schlußrechnung zu prüfen und gestalterische und funktionelle Anliegen während der Planungs- und Bauphase zu wahren. Die Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfes den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

### 3.1 Schulbau

Im Schulbau der Stadt Wien haben verschiedene zum Teil bereits Jahre zurückliegende gesetzliche Maßnahmen zur Schulorganisation, wie Reduktion der Klassenschülerhöchstzahl, Einführung von Förder- und Leistungsgruppen, Integration von behinderten Kindern sowie diverse Schulversuche, zusammen mit steigenden Geburtenraten und Zuwanderung, zu einem erheblichen Mehrbedarf an Klassenraum geführt. Seit Juli 1993 gibt es außerdem gesetzliche Grundlagen für ganztägige Schulformen, wofür ebenfalls Schulraum (Freizeitbereich, Küche, Speisesaal usw.) geschaffen werden muß.
Diesem Umstand wurde im Rahmen der Schulraumkommission Rechnung getragen und zur Deckung des Schulraumbedarfes ein eigenes Bauprogramm aufgestellt. Unter dem Titel „Schulbauprogramm 2000" wurde seit

1990 die Planung für 76 Schulneubauten und Schulerweiterungen aufgenommen, wofür Gesamtinvestitionen von über 10 Milliarden Schilling aufzuwenden sind.

Die Umsetzung der von der Schulverwaltung eingereichten Raumprogramme ist in Entwurf und Planung Aufgabe der Abteilung. Sie gestaltet sich in vielen Fällen äußerst schwierig, da vor allem im innerstädtischen Gebiet kaum ausreichend große Bauplätze zur Verfügug stehen. Die Folge sind längere und aufwendigere Planungs- und Bauphasen, verbunden mit etappenweiser Errichtung und Abbruch von Altgebäuden.

Als Entscheidungsgrundlage für die Auswahl der Standorte und für die Vorgangsweise hinsichtlich der Planungsbeauftragungen werden im Schulbaureferat erforderlichenfalls Bebauungsstudien erstellt. Durch eine solche gewissenhafte Aufbereitung von Planungsvorhaben kann die Beschlußfassung in den übergeordneten Gremien erleichtert und somit auch der Ausbauwunsch der Schulverwaltung rascher erfüllt werden.

Im letzten Jahr wurden Bebauungsstudien für die Erweiterung bzw. den Neubau folgender Schulstandorte erstellt: für die Volksschulen in 2, Vorgartenstraße 210, und 17, Petzlgasse, die Volks- und Hauptschule in 11, Braunhubergasse, sowie die Hauptschule in 2, Blumauergasse.

Das „Schulbauprogramm 2000", für das im vergangenen Jahr für allgemeinbildende Pflichtschulen 1,3 Milliarden Schilling und für berufsbildende Pflichtschulen 125 Millionen Schilling zur Verfügung standen, wurde mit neuen Vorentwurfsplanungen weitergeführt.

Von jetzt an sollen neue Schulbauprojekte, wo dies möglich ist, gemeinsam mit Hort und Kindertagesheim zusammen in einem Gebäude geplant und errichtet werden. Beispiele dafür sind die Volksschule mit 9 Klassen in 22, Prandaugasse, eine Planung, die als Architektenwettbewerb EU-weit ausgeschrieben wurde sowie die 12klassige Hauptschule in 23, Carlbergergasse. Für diese Projekte wurde die Vorentwurfsplanung jeweils mit einem integrierten Kindertagesheim sowie den erforderlichen Hortgruppen begonnen.

Weiters durchgeführt wurden die Vorentwurfsplanungen für die Erweiterung der Hauptschule in 10, Josef-Enslein-Platz, für den Neubau einer Volks- und Hauptschule in 22, Am Kaisermühlendamm, die Erweiterung der Volksschule in 20, Spielmanngasse sowie die Volksschule in 22, Donau-City mit einem gegenüber der ursprünglichen Planung reduzierten Raumprogramm.

## 3.2 Kindergärten und Heime

Der Arbeitsbereich des Referates Kindergärten und Heime umfaßt alle im Verwaltungsbereich des Amtes für Jugend und Familie liegenden Bauvorhaben, das sind Neubau und Instandsetzung aller städtischen Kindergärten, Kinderheime und Kindererholungsheime, Krisenwohngemeinschaften sowie Jugendämter und sonstige Beratungsstellen der MA 11.

Steigende Geburtenzahlen und eine verstärkte Zuwanderung führten in den letzten Jahren zu einer raschen Bevölkerungszunahme. Parallel zum Wohnungsbau ist ein flächendeckender Ausbau von Kindertagesheimen angelaufen. Das Verhältnis Wohnungsanzahl zu Kindergartengruppe wird derzeit auf Grund einer von der Infrastrukturkommission festgesetzten Formel ermittelt. Unter Berücksichtigung verschiedener Parameter wird ein Verhältnis von rund 180–220 WE : 1 KTH-Gruppe festgelegt. Als Zielvorstellung ist eine Nutzfläche von 150 m² und eine Freifläche von 600 m² pro Gruppe anzunehmen. Derzeit beträgt der Anteil an städtischen Kindergärten rund 54 Prozent. In 369 Kindergärten können insgesamt rund 37.000 Kinder betreut werden. Das erweiterte Programm zur Abdeckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen ist 1993 angelaufen. Von Herbst 1993 bis Ende 1996 wurden insgesamt 51 städtische Kindertagesheime errichtet, 26 davon wurden 1996 fertiggestellt. Bis Ende 1999 sind weitere 44 Projekte in Vorbereitung. Die Gesamtinvestition dafür beträgt rund 2,8 Milliarden Schilling. Von den insgesamt 95 Projekten werden 81 im Zuge von Wohnbauvorhaben errichtet, 14 Kindertagesheime werden direkt aus dem Budget der Stadt Wien finanziert. Die Planung der KTH-Neubauten wird großteils von beauftragten Architekten durchgeführt. Diese Projekte werden vom Referat ab Vorentwurf bis zur Detailplanung betreut.

Einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt stellt die Anhebung des Standards der bestehenden Kindertagesheime dar. Im Zuge von Generalinstandsetzungen werden die teilweise noch aus der Vor- und Zwischenkriegszeit stammenden Gebäude den heutigen Erfordernissen angepaßt und gegebenenfalls auch erweitert. Alle Instandsetzungsarbeiten an bestehenden Kindertagesheimen bis hin zu den Generalinstandsetzungen werden fast ausschließlich vom Referat selbst geplant.

Im Rahmen des Programmes „Heim 2000" wird auf dem Gebiet des Heimwesens vor allem die Errichtung von Krisenzentren und sozialpädagogischen Wohngemeinschaften vorangetrieben. Diese Einrichtungen sind eine Alternative zur herkömmlichen Heimbetreuung und bieten Platz für 6–8 Jugendliche und deren Betreuer. In nächster Zukunft ist eine verstärkte Einplanung solcher Wohngemeinschaften sowohl in bestehenden Wohnbauten als auch in den Stadterweiterungsgebieten beabsichtigt.

Als ausgewählte Projekte 1996 wurden die Kindertagesheime (KTH) in 3, Wohnpark Erdberg, 10, Bernadottegasse (Generalinstandsetzung), Leberberg I (2 KTH), 12, Karl-Löwe-Gasse (Generalinstandsetzung), 14, Kendlerstraße, 14, Linzer Straße, 21, Empergergasse, 22, Rosenbergstraße, Ullreichgasse, Hagedornweg und in Schödlbergergasse fertiggestellt. Derzeit in Bau sind die Kindertagesheime in 11, Leberberg II (2 KTH),

Lorystraße, 12, Stranitzkygasse und Wienerbergstraße, 20, Forsthausgasse und Handelskai, 21, Carminweg und Satzingerweg, 22, Wagramer Straße, Erzherzog-Karl-Straße, Marshallhof und Südlich Essling.

Im Planungsstadium befanden sich die Kindertagesheime in 2, Vorgartenstraße, 10, Dieselgasse und Grundäckergasse, 12, Andersengasse, 22, Prandaugasse und Donaucity, 23, Carlbergergasse und Osramgründe sowie In der Wiesen.

### 3.3 Amtshäuser, Bäder, Sportbauten, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse andere (Betriebs-)Gebäude

In Amtshäusern wurden Um- und Zubauten für den vermehrten Bedarf an Büroflächen, vor allem für Bürgerserviceeinrichtungen, durchgeführt, Dachgeschoße durch Ausbau genutzt sowie die Erschließung der Amtshäuser durch Zu- und Umbauten in Form von Liften und Rampen verbessert. Bemerkenswerte Um- und Zubauten erfolgten im Amtshaus in 8, Schlesingerplatz 4 (vor Fertigstellung der 2. Bauetappe mit Neugestaltung des Trauungssaales des Standesamtes Wien-Innere Stadt), im Amtshaus in 9, Währinger Straße (Fertigstellung der 3. Bauetappe, Neugestaltung des Festsaales und Restaurierung der historistischen Deckengemälde des Festsaales) und im Amtshaus in 17, Elterleinplatz (Dachgeschoßausbau, Beginn der Planungsarbeiten).

In den Bädern wurden notwendige Um- und Zubauarbeiten durchgeführt und, bedingt durch das Bäderhygienegesetz, bemerkenswerte Neubauten ausgeführt. Zu nennen ist das Erlebniswaldbad Penzing, dessen Rohbau fertiggestellt wurde; die Ausbauarbeiten werden voraussichtlich 1997 beendet sein. Das Dianabad wurde abgebrochen. An Sportbauten wurden Zubauten, bauliche Sanierungen, Asbestbeseitigungen vorgenommen. Das Ferry-Dusika-Stadion wurde generalsaniert, für das Horrstadion mit den Planungsarbeiten begonnen. Bei der Feuerwehr ist die Hauptfeuerwache Floridsdorf fertiggestellt und eröffnet worden; in der Hauptfeuerwache Donaustadt stehen die Zu- und Umbauten vor der Fertigstellung. In der Hauptfeuerwache Mariahilf wurde eine Generalsanierung durchgeführt; der Dachausbau stand vor der Fertigstellung: Die Feuerwache Donaustadt (Donaucity) steht im Vorprojektstadium, sie soll gemeinsam mit einem Stützpunkt für den ARBÖ errichtet werden. Bei der Rettung erfolgten Um- und Zubauten bei Betriebs- und Garagengebäuden, Neubauten von Werkstättengebäuden und Stützpunkten aus infrastrukturellem Erfordernis. Der Stützpunkt neben der Hauptfeuerwache Floridsdorf stand vor der Fertigstellung. Diverse andere Betriebsgebäude bemerkenswerter Projekte sind die Stützpunkte für die MA 48 in 12, Wundtgasse, in 23, Speisinger Straße (vor Baubeginn). Ferner wurde die Albener Hafenstraße (11. Bezirk) fertiggestellt, in der Volkshochschule in 10, Arthaberplatz der Zu- und Umbau abgeschlossen und eröffnet, im Konservatorium der Stadt Wien der große Saal umgebaut und neugestaltet, für die Musikschule Döbling für den Umbau eines denkmalgeschützten Hauses und die Innenhofüberdachung mit den Planungsarbeiten begonnen. Weiters wurde am Zentralfriedhof mit der Generalsanierung der Luegerkirche begonnen. Für die Neugestaltung der Babenbergerpassage wurde die Planung der architekturrelevanten Rahmenbedingungen unter Miteinbeziehung der Gestaltungsideen von Manfred Deix fortgesetzt.

### 3.4 Krankenanstalten und Pflegeheime

Die vorgesehene Sperre der Kinderklinik Glanzing und deren teilweise Übersiedlung in den Pavillon 21 des Wilhelminenspitals erforderte umfangreiche Planungsarbeiten und Koordinationsgespräche. Weiters wurden im wichtigen Bereich der Standardverbesserungen weitere Maßnahmen in Angriff genommen: So wurde die Station F-Süd im Pavillon 29 des Wilhelminenspitals neu gestaltet und Duschräume in den Krankenzimmern eingebaut. Für die Stationen 5 und 6 des Pflegeheimes Liesing wurden Sanierungsvorschläge und Umbaupläne ausgearbeitet.

Zur Adaptierung der Operationsbereiche im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof und in der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik wurden ebenso Planstudien erstellt wie für die Einrichtung eines Rechenzentrums und die Errichtung eines Portierhauses in der letztgenannten Anstalt. Daneben wurden zahlreiche bereits durchgeplante Projekte realisiert und im Zuge der Bauausführung betreut. Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wurden die Ausbauarbeiten der 3. Ausbaustufe weitgehend abgeschlossen, so daß Anfang 1997 der Endausbau erreicht wird. Im Krankenhaus Lainz wurde unter intensiver Zusammenarbeit mit dem Nutzer, Abteilungsvorstand, Pflegeleitung, Anästesie, gemeinsam mit der Kollegialen Führung, ein Konzept für die funktionelle Neugestaltung der II. Chirurgie ausgearbeitet. Dieses beinhaltet eine grundsätzliche Neustrukturierung des Pavillons hinsichtlich der Pflegeleistung sowie die Auslagerung der high-tech OP-Bereiche in einen dem Pavillon im Erdgeschoß vorgelagerten Containerzubau. Für die I. Chirurgie wurde die Strukturplanung zur Erreichung der vorgegebenen Kapazitäten und Standards eingeleitet. Im Pflegezentrum Sophien-Spital wurde auf dem Dach des Karl-Ludwig-Pavillons ein Wintergarten geplant. Die Neuplanung des als Aufenthaltsraum für die angrenzende Station konzipierten Wintergartens erfolgte in Hinblick auf den offenen Architektenwettbewerb Neubau Sophien-Spital unter schwierigen Rahmenbedingungen, wie unter anderem Auflagen des Denkmalschutzes und extremen Termindruckes. Vertreter der Abteilung waren als Juroren für den Wettbewerb Geriatriezentrum Nord (Krankenhaus Floridsdorf) und Süd (Kaiser-Franz-Joseph-Spital) sowie beim Pflegezentrum Sophien-Spital tätig. Neben der Erstellung von Sachverständigergutachten für Wettbewerbsausschreibungen wurden Wettbewerbsergebnisse präsentiert und Siegerprojekte vorgestellt und beschrieben. Neben Fassadengestaltung wurden Planungen für

*Am 7. September 1996 wurde die neugestaltete Schnellbahnstation Lobau durch Planungsstadtrat Dr. Swoboda und Vekehrsstadtrat Svihalek eröffnet.*
Foto: Votava/PID

*Eröffnung eines „Durchgangs" zwischen dem 1. und 7. Bezirk sowie der Kunstaktion am Spittelberg mit Stadträtin Dr. Pasterk und Stadtrat Dr. Swoboda.*
Foto: Votava/PID

*Pressekonferenz mit dem Amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Verkehr Fritz Svihalek anläßlich der geplanten Neubepflanzung der ausgebauten Wienflußstrecke.*
Foto: Hutterer/PID

*Die beleuchtete „Hohe Brücke" in der Wipplingerstraße.*
Foto: Votava/PID

Vordächer, behindertengerechte Eingänge, Aufzugseinbauten, Strukturverbesserungen und Außenleitsysteme durchgeführt. Weiters wurde bei der Erstellung von standardisierten Raumprogrammen für den Wiener Krankenanstaltenverbund mitgewirkt.

### 4. Referat „Architektonische Begutachtung"

Der Aufgabenbereich dieses Referates liegt in der Begutachtung von Bauansuchen in architektonischer-stadtgestalterischer Hinsicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet exklusive der Schutzzonen.

Die Tätigkeit stellt eine direkte objektbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklameanlagen sowie Fensterauswechlsungen und Außenwandöffnungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluß genommen, daß die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beeinträchtigung des Stadtbildes bewirken (§ 85 der Bauordnung für Wien).

Zur Visualisierung und Rückkoppelung der Tätigkeit des Referates wurde eine Sammlung von signifikanten Beispielen zu stadtspezifischen Themen angelegt, laufend erweitert bzw. ergänzt. Diese exemplarische Fotodokumentation von Positiva und Negativa soll die Beratungstätigkeit des Referates unterstützen bzw. auch transparenter für den Bauwerber gestalten.

Im Zusammenhang der Tätigkeit dieses Referates wurden im Berichtsjahr rund 5.700 Bauansuchen sowie etwa 2.600 Akte in Verbindung mit Fensterauswechslungen und Satellitenantennen bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet.

### 5. Referat „Stadterhaltung und Stadtbildpflege in Schutzzonen"

In diesem Referat werden Bauvorhaben in erhaltungswürdigen Gebieten (Schutzzonen) aus architektonischer und kulturhistorischer Sicht begutachtet. Die praktische Tätigkeit des Referats wird geregelt durch die Bestimmungen des sogenannten Altstadterhaltungsgesetzes von 1972, das ein Bestandteil der Wiener Bauordnung ist. Durch die letzte Novellierung der Bauordnung wurde der Vorrang der Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen vor unbegründeten Änderungen, vor allem der Beseitigung der baulichen Zierelemente und Schutzzonenobjekte, betont.

Die konkrete Umsetzung der Schutzzonenbestimmungen erfolgt einerseits durch die Beratung der Planer und Bauherren zu einzelnen Bauvorhaben, andererseits durch die amtlichen Begutachtungen der Einreichpläne, die der Baubehörde vorgelegt werden. Zu behördlichen Bewilligungen in Schutzzonen wurden 1996 etwa 900 schriftliche Begutachtungen abgegeben. Die Mitarbeiter des Referats nahmen in diesem Zusammenhang auch an Bauverhandlungen, Lokalaugenscheinen, Besprechungen usw. teil. Für Fensteränderungen wurden in Vertretung der Baubehörde etwa 200 vereinfachte Bewilligungsverfahren durchgeführt. Zu vorliegenden Projekten sowie anderen Vorhaben, die das äußere Erscheinungsbild der Schutzzonenobjekte beeinflussen, fanden rund 1.500 Besprechungen und 800 Begehungen statt.

In konzeptioneller Hinsicht wurden wissenschaftliche Projekte zur Untersuchung und Bewahrung des örtlichen Stadtbildes entwickelt. Dazu gehört die Vorbereitung und Betreuung wissenschaftlicher Studien, die zur Klärung der aktuellen Fragen (Förderung der Fensterreparaturen, historische Straßenbeschilderung, Änderungen der Dachlandschaft usw.) beitragen sollen. Die im Rahmen der Inventarisierung bzw. Katalogisierung der Schutzzonenobjekte erfolgten Aufnahmen werden nunmehr in einer EDV-unterstützen Fassung für die Beratung der Planer eingesetzt.

Informative Vorträge über Schutzzonenregelungen sowie aktuelle Veränderungen des Stadtbildes für die Gebietsbetreuungen, für das Pädagogische Institut des Bundes, für Fachgäste der MD-BD oder im Rahmen der Studentenbetreuung an der Universität Wien und der TU Wien wurden zur Vertiefung des Verständnisses der Öffentlichkeit für die positiven Aspekte der Stadterhaltung gehalten.

## Druckerei und technische Dokumentation

Der Abteilung oblag laut Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien die Führung der Druckereibetriebe in 3, Am Modenapark und im Rathaus, die Leitung der Reproduktionsanlage mit den Referaten Reprographie, technische Fotodokumentation, Mikrofilm, Großflächen- & Farbkopie, Lichtpause und Xeroxgraphie, sowie die Führung der Verkaufsstelle für die Kartenwerke der Stadt Wien und einer technisch-wissenschaftlichen Bibliothek mitsamt der Dokumentation und Verbreitung des Inhaltes von Normen, Fachzeitschriften und des Amtsblattes der Europäischen Union. Außerdem wird den technischen Dienststellen Vermessungshilfspersonal samt den erforderlichen Gerätschaften zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Tätigkeit als Fachdienststelle für alle technisch-graphischen Belange stand die Abteilung neben den Magistratsdienststellen auch den Wiener Stadtwerken und dem Krankenanstaltenverbund zur Verfügung. Dazu gehörte auch die Beschaffung und Servicierung aller graphischen Spezialerfordernisse.

In der Druckerei wurden im Berichtszeitraum insgesamt 3.080 Druckaufträge abgewickelt, wobei das Auftragsverhältnis Hoheit/Betriebe 74 Prozent zu 26 Prozent betrug. Der Gesamterlös lag bei 19,900.000 S.

Wegen der raschen technischen Umwälzung der Informationsaufbereitung und -weitergabe, auch im Bereich der Stadt Wien, wurden in der Produktion verschiedene Ergänzungsinvestitionen vorgenommen.

So wurde zu einer besseren standardisierten Bild/Text-Verarbeitung ein High-End Bildscanner beschafft. Hiebei handelt es sich um einen Tischtrommelscanner, der zum Einsatz in einer Desk-Top Umgebung für die Bildeingabe mittels Desk-Top Computer entwickelt wurde. Im Gegensatz zu anderen Geräten in dieser Leistungsklasse bietet der beschaffte Scanner eine deutlich verbesserte Vielseitigkeit und Leistungsstärke. Mit diesem Scanner kann sowohl im RGB- als auch im CMYK-Modus gearbeitet werden, wobei die maximale Scanngröße 279 x 300 mm (A4) beträgt. Die Vorlagenart umfaßt Farb- und Schwarz/Weiß-Bilder im Aufsichts- und Durchsichtsmodus, wobei der Durchsichtsmodus auch die Möglichkeit des Scannens eines Farbnegatives bietet, das als Positivbild ausgegeben werden kann. Eingescannte Farbbilder werden mit 12 Bits pro Kanal und 4.096 Graustufen pro Farbe dargestellt. Der Auflösungsbereich der digitalisierten Bilder liegt zwischen 31 und 4000 dpi. Das bedeutet, daß Bilder bei einer Ausgabeauflösung von 300 dpi und einem 60er Raster ohne Wiedergabeschärfeverlust bis zum 24fachen vergrößert werden können. Die Scanndauer wird durch eine hohe Trommelgeschwindigkeit (1200U/min) bestimmt und ermöglicht somit kurze Abtastzeiten. Die gescannten Bilddaten können sowohl im TIFF- als auch im EPS-Format abgelegt werden. Eine Besonderheit stellt die Al-software (artificial intelligence) dar, mit deren Hilfe Hochlichter und Tiefen der zu scannenden Bilder automatisch angesteuert werden, wodurch sehr rasch optimale Scannergebnisse erzielt werden können. Eine weitere zukunftsweisende Technik der Dokumentenerstellung ist die direkte Ausgabe von digitalen Daten auf Papier im Auflagendruck, die ebenfalls in der Druckerei installiert wurde.

Mit diesem System können PS- und TIFF-Daten mit hoher Kopierkapazität auf Papier übertragen werden, wobei die Vorlagenaufbereitung durch einen leistungsstarken Rechner erfolgt, der Daten in unterschiedlichen Formaten aus Netzwerkumgebungen mit verschiedenen Protokollen via Ethernet empfängt. Diese „print-on-demand"-Technologie ermöglicht der Druckerei, den steigenden Anforderungen bei der Übernahme von digitalen Daten und Ausgabe auf Papier nachzukommen .

Die Reproanlage im Rathaus konnte auch im abgelaufenen Jahr eine gute Auslastung in allen Teilbereichen verzeichnen.

Die Kopierstelle für kleinformatige Kopieraufträge produzierte fast 6,5 Millionen Blatt A4-Kopien für die verschiedensten magistratsinternen Nutzer.

Von den Referaten Mikrofilm, Fotographie, Großflächen- & Farbkopie, Lichtpause und kartographischer Druck wurden im Jahr 1996 verschiedenste Aufträge im Wert von insgesamt mehr als 10,000.000 S vornehmlich für den hoheitlichen Bereich des Magistrates produziert.

Dazu zählen vor allem der Plandokumentendruck für die MA 21 A, B und C sowie die Aufträge der technischen Dienststellen im Bereich der Lichtpaus- und Großflächenkopierarbeiten und die Mikroverfilmung, die sich trotz des Siegeszuges der EDV im Verwaltungssektor als optimales Speicher- und Archivierungsmedium vor allem über längere Zeiträume hinweg bestätigt hat. So werden in diesem Bereich Akten der MA 62, 40 und nicht zuletzt der Buchhaltungsabteilungen der MA 6 sowie der Zeitschriftenrundlauf der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek auf Mikrofilm gebannt.

Im Frühjahr 1996 konnte nach langen Jahren gemeinsamer Arbeit mit den Kollegen der als Auftraggeber fungierenden MA 45 der in mühevoller Kleinarbeit endlich fertiggestellte „Donauatlas" im Rahmen einer Ausstellung der Magistratsabteilung 18 – Stadtwerkstatt einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Im Laufe des Jahres konnten auch einige der in Arbeitskreisen gefundenen Lösungen zur besseren Bewältigung der „verteilten" räumlichen Konzeption der Abteilung durch Umstrukturierung und die Zusammenfassung von gleichartigen Arbeitsabläufen umgesetzt werden. Im Zuge dieser Neuorientierungen wurde nach den getätigten Investitionen der letzten Jahre in diesem Bereich 1996 keine weiteren Neuanschaffungen vorgenommen, statt dessen aber verstärktes Augenmerk auf die Servicierung und Wartung des bestehenden Maschinenparks gelegt, der teilweise schon ein beträchtliches Alter aufzuweisen hat.

Auf Grund der stetig zunehmenden Nachfrage nach kleinformatigen Farbkopien, der aber auf dem vorhandenen Großflächenfarbkopiergerät aus wirtschaftlichen und produktionstechnischen Erwägungen nicht nachgekommen werden konnte, wurde die Anschaffung eines kleinformatigen Hochleistungsfarbkopierers für den Investitionsplan 1997 in Erwägung gezogen. Dank guter Kontakte konnte im Frühjahr ein Übereinkommen über eine Teststellung für ein solches Gerät getroffen werden, die im Laufe des Jahres in eine Mietvariante umgewandelt werden konnte. Dadurch kann auch ein Großteil dieser Aufträge hausintern erledigt werden und Vergaben an das für die Stadt Wien vergleichsweise teure Gewerbe eingespart werden.

Der Buchbestand der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek stieg im Jahre 1996 um 305 Titel auf 19.207 bzw. um 778 Bände auf 34.242. Die Anzahl der Entlehnungen/Abfragen von Fachbüchern, Vorschriften, Normen, Gesetzen und EU-Rechtsdokumenten erhöhte sich auf 9.400. Für Neubestellungen, Abonnements und Bestandsergänzungen wurden insgesamt 1.256 Rechnungen mit einem Gesamtwert von 2,185.000 S bearbeitet. Von den 405 Fachzeitschriftenabonnements werden 100 direkt, 305 im wöchentlichen Rundlauf an 228 Leser versandt, was einem Jahresumsatz von 38.528 Einzelheften ergibt. Der Neuzuwachs an Fachzeitschriften wurde dem Mikrofiche-Zeit-

schriftenarchiv beigefügt. Insgesamt wurden 1996 auf dem Kopiergerät 220.000 Seiten vervielfältigt und den Kunden zur Verfügung gestellt.

Im Berichtszeitraum konnte weiterhin eine starke Inanspruchnahme der Verkaufsstellen für die Kartenwerke der Stadt Wien verzeichnet werden. So wurden insgesamt fast 3.000 Pläne und 8.880 Plandokumente an Parteien verkauft. Der Erlös dieser Verkäufe betrug mehr als 750.000 S.

Im Bereich der Verkäufe der Mehrzweckstadtkarte konnten mit knapp 600 Geschäftsfällen verrechnete Einnahmen von 16,7 Millionen Schilling erzielt werden, demgegenüber stehen zusätzlich noch unverrechnete Nutzungen im Gesamtausmaß von 160 Millionen Schilling.

Insgesamt verwaltete die Abteilung ein Budget von knapp 30 Millionen Schilling für den graphischen Betrieb und die Vergaben zur Vermessung für die Mehrzweckstadtkarte der MA 41. Die Einnahmen waren für 1996 mit 32,462.000 S budgetiert und konnten mit 34,981.282,69 S beträchtlich übertroffen werden.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 29. November 1996 wurde die Abteilung aufgelöst. Die Druckerei Am Modenapark wurde wieder der MA 54 zugeteilt, die Fotodokumentation und die technisch-wissenschaftliche Bibliothek der MA 18. Das Vermessungshilfspersonal wurde auf die Abteilungen 28 und 37 verteilt. Die Kartenverkaufsstelle und der verbleibende Rest der Reproanlage wurden der MA 21 B untergeordnet.

## Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West

Für die Abteilung besteht die Aufgabe, die festgelegten Stadtentwicklungsziele auf zwei Planungsebenen zu konkretisieren. Zum einen werden für die Bezirke und Stadtteile großräumige städtebauliche Strukturplanungen zur Steuerung von räumlichen Entwicklungsprozessen ausgearbeitet und zur Diskussion gestellt, zum anderen werden mit der Vorbereitung, Erstellung und verfahrensmäßigen Abwicklung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne die rechtsverbindlichen Entwicklungsspielräume fixiert. In diesem Rahmen war das Jahr 1996 gekennzeichnet durch den Fortgang einer sehr dynamischen inneren Stadtentwicklung. Deshalb wurden für mehrere Bezirke und Bezirksteile Leitlinien zur Bezirksentwicklung oder Stadtteilplanungen erarbeitet.

Gleichzeitig sind für 4,54 Prozent des von der Abteilung zu beplanenden Stadtgebietes neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne erstellt worden, die für zahlreiche Projekte die planungsrechtliche Basis zur baulichen Realisierung bieten. Inhaltlich können diese Planungen vor allem der Stadterneuerung, der inneren Stadtverdichtung, der Schaffung von Wohnraum und der Schaffung von Arbeitsplätzen zugeordnet werden. Dies ist, bezogen auf das Flächenausmaß, eine beachtliche Steigerung gegenüber 1995, obwohl durch den Ablauf der Legislaturperiode der für diese Flächenwidmungs- und Bebauungspläne beschlußfassende Wiener Gemeinderat zwischen August und Dezember keine einschlägigen Anträge behandeln konnte.

An der umfassenden Novellierung der planungsrelevanten gesetzlichen Bestimmungen in der Wiener Bauordnung, die durch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes betreffend der Aufhebung des § 1 der Bauordnung für Wien, gemeinsam mit der Aufhebung mehrerer Plandokumente ausgelöst wurde, nahm die Abteilung wesentlichen Anteil. Schließlich erzwang dieses Erkenntnis und die am 30. November 1995 im Wiener Landtag beschlossene Neufassung der §§ 1 und 2 mit den zugehörigen Überleitungsbestimmungen (kundgemacht am 31. Jänner 1996 im LGBl. für Wien Nr. 10/1996) sämtliche gültige Plandokumente einer Überprüfung hinsichtlich ihrer rechtlichen Übereinstimmungen mit den nun im § 1 enthaltenen gesetzlichen Planungszielen zuzuführen. Mit 17 Stadtsenatsbeschlüssen wurde für weite Bereiche durch Überleitung von Plandokumenten die rechtliche Kontinuität sichergestellt, für rund 25 Prozent des von der Abteilung bearbeiteten Gebietes ist Bausperre gemäß § 8/1 BO eingetreten. Mit dieser neuen rechtlichen Situation werden die Planungsaufgaben auf die nächsten 10 Jahre vorrangig determiniert.

Schließlich traten vor allem im September 1996 noch weitere umfassende Novellen der Wiener Bauordnung (Wiener Stadtentwicklungs-, Stadtplanungs- und Baugesetzbuch) in Kraft, die vor allem für die Verfahrensabläufe und auch für die Planinhalte der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne weitreichende Wirkungen haben (LGBl. für Wien Nr. 42, 43, 44, 45/1996).

### A) Stadtteilplanung

Die thematische Vielfalt der Stadtteilplanung ist durch die Erarbeitung von Bezirksentwicklungskonzepten, Leitlinien zur Bezirksentwicklung, Grünraum- und Verkehrskonzepten bis hin zu städtebaulichen Rahmenplanungen zu konkreten größeren Projekten, die als Vorbereitung für das Flächenwidmungsverfahren dienen, gekennzeichnet. Darüber hinaus wurden in der Präsentation der Ergebnisse durch den Einsatz computerunterstützter Verfahren neue Wege beschritten:

Für die Bezirke 2, 4, 5 und 15 sind die Leitlinien für die Bezirksentwicklungsplanung soweit fortgeschritten, daß sie einer Beschlußfassung in den Bezirksgremien zugeführt werden können. Während im 2. Bezirk inhaltlich die Frage des Veränderungspotentials (Nordbahnhof, Messe usw.) im Vordergrund stand, waren die Überlegungen für den 4. und 5. Bezirk durch Problemlagen gekennzeichnet, die repräsentativ für die dicht bebauten, in ihrer Entwicklung abgeschlossenen Bezirke sind. Im 15. Bezirk dominierten die Probleme hoher Dichten, die Frage der Ausländerintegration und deren Folgewirkungen. Für den 14. Bezirk wurden aufbauend auf vorangegangene Bearbeitungen im

Bereich der Stadtteilplanung und des von der Bezirks-Planungskommission erarbeiteten Bezirksentwicklungskonzeptes Leitlinien für die Bezirksentwicklung für Penzing erarbeitet, die auch von den Bezirksgremien beschlossen wurden. Als vertiefende Bearbeitungen wurden für den 2. Bezirk ein Nutzungskonzept für den Prater entwickelt, als bezirksübergreifende Maßnahme eine Vertiefungsuntersuchung für Radrouten in den westlichen Bezirken Wiens erstellt und eine für das dicht bebaute Gebiet repräsentative Fragestellung (Abwanderung von Kleingewerbe) im Rahmen eines Arbeitskreises diskutiert. Der Prater stellt gemeinsam mit dem Wienerwald und dem Donaubereich eines der drei bedeutendsten Grünsysteme Wiens dar. Davon war 1996 der Praterbereich Thema einer Nutzungsanalyse und Entwicklungskonzeption. Die Nutzbarkeit des Praters ist gekennzeichnet durch Vereinssportanlagen, Bereiche für öffentliche sportliche Betätigung sowie durch weitläufige Ruhe- und Erholungsräume. Jede der Einrichtungen bzw. der Bereiche erfordert bestimmte Ansprüche, die wiederum wechselweise zu Einschränkungen führen können. Das Konzept sieht im Entwurf auf Grund einer Risikoabschätzung vor, Entwicklungsmöglichkeiten auszuloten, gleichzeitig aber die gegenseitigen Behinderungen möglichst zu minimieren.

Als Konkretisierung des 1994 von der MA 18 erarbeiteten Hauptwegenetzes für den Radverkehr wurden nun zwei ausgewählte mit besonderer Priorität belegte Hauptrouten in Form von Vorprojekten ausgearbeitet. Es handelt sich dabei um eine Nord-Süd-Radroute durch die Bezirke 5 – 9 unter Einbeziehung der bestehenden Radweganlage im 20. Bezirk sowie die Adaptierung der teils bestehenden Radroute West vom Burgring durch die Bezirke 7, 15 und 14, wo längerfristig eine Verlängerung bis zur Stadtgrenze geplant ist. Zur Sondierung der Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation des produzierenden Wirtschaftssektors im dicht bebauten Stadtgebiet wurde unter Federführung der Abteilung ein Arbeitskreis „Gewerbehöfe" eingerichtet, dem die wichtigsten mit der Problemsituation befaßten Stellen in und außerhalb des Magistrates angehören. Um die aktuellen Intentionen der Stadt nach außen zu kommunizieren und eine Diskussion über Kernfragen in Gang zu bringen, wurde gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien (WKW) und dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) ein Workshop durchgeführt. Für schlecht ausgenützte bzw. dem Standort nicht entsprechend genutzte Flächen wurden Möglichkeiten höherwertiger Nutzungen untersucht: Im Vordergrund stand das gesamte Areal des Schlachthofes St. Marx für das in Varianten die Möglichkeit einer standortgemäßen Aufwertung untersucht wurde. Die Überlegungen hatten in der wirtschaftlichen Situation des Schlachthofes und in den konkreten Aufwertungsabsichten der Stadt Wien (Euro-cryst), die mit oben genannter Nutzung kaum vereinbar sind, ihren Ausgangspunkt.

Ein Schwerpunkt der Stadteilplanung lag auch 1996 in der Konkretisierung von Teilen des URBAN-PROGRAMMES Westgürtelbereich:

Durch die Beauftragung einer externen Expertin wurden die Interessen der Stadtplanung im neugegründeten Urban-Büro wahrgenommen. Neben zahlreichen Beratungsgesprächen und koordinativer Tätigkeit im Rahmen der Programmadministration (Vorprüfung von Projekten, planerische Begleitung der Gürtelbögenvergabekommission usw.) wurde eine erste Urban-Ausstellung am Urban-Loritz-Platz durchgeführt und ein Gestaltungs- und Nutzungskonzept für die historischen Stadtbahnbögen erarbeitet.

Die 1995 durchgeführte Rahmenplanung „Urban-Loritz-Platz" wurde einer Feinabstimmung unterzogen und nach Durchführung einer generellen Planungsbesprechung genehmigt.

Im Rahmen der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit wurden für den 2., 3. und 5. Bezirk Bezirksausstellungen gezeigt sowie für die Bezirke 5, 9, und 14 Faltprospekte über die Schwerpunkte der zukünftigen Bezirksentwicklung erarbeitet und der jeweiligen Bezirksbevölkerung übermittelt.

Im Zuge der öffentlichen Auflage des Flächenwidmungsplanentwurfes für den Nordbahnhof konnte die Bevölkerung mittels E-mail Stellung nehmen.

## B) Flächennutzungsplanung

Im Berichtsjahr wurde über 2,8 Millionen Schilling für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien und Neufassung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne von der Abteilung aufgewendet. Von Auftragnehmern wurden dabei städtebauliche Bestandsaufnahmen und Vorentwürfe für Teilgebiete des 2., 3., 5., 6., 7., 8., 14., 19. und 20. Bezirkes ausgearbeitet.

Zur Erhaltung, Wiederherstellung bzw. Entwicklung eines charakteristischen Ortsbildes und Stadtgefüges wurden in Teilbereichen des 1., 2., 3., 5., 6., 14., 16. und 19. Bezirkes Schutzzonen definiert. Die Inhalte der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne der Abteilung sind sehr unterschiedlich und reichen von punktuellen Korrekturen bis zu Großprojekten und ganzen Stadtteilen. Folgende Kategorien lassen sich unterscheiden:

- Stadtteile:

  Das sind großflächige Bearbeitungen von Bezirksteilen nach bestimmten Zielsetzungen wie Erhaltung von Ortskernen, Sicherung bau- und kulturhistorisch wertvoller Bebauung, Absicherung privater und öffentlicher Grünflächen, Entkernung der Hofbereiche, Erhaltung charakteristischer Straßenräume und Anpassung der Verkehrsflächen an die Erfordernisse (z. B. 2, Rembrandtstraße, 5, Schönbrunner Straße, Gaudenzdorfer Gürtel, 14, Hadersdorf – westlich und östlich Badgasse, 16, Stillfriedplatz und Zwinzstraße, 17, Werfelstraße, 18, Schöffelgasse, 19, Heiligenstädter Straße und Hackenberg).

Dominierend sind Projekte größerer bis sehr großer Dimension für gemischte Nutzungen wie im 2. Bezirk der Nordbahnhofbereich Remise Vorgartenstraße, 5, Stöbergasse, 9, Spittelauer Lände, 14, Breitenseer Straße, 20, Handelskai/Milleniumstower und Projekte für Volks- und Sonderschulen wie 2, Schule Aspernallee und Schulerweiterung Vorgartenstraße. Das sind bestens erschlossene Standorte.
Etwas anders gelagert sind Projekte auf gut erschlossenen Standorten, wo auf untergenutzten oder freiwerdenden Betriebsbaugebieten zumeist Wohnprojekte mit Büro- und Geschäftsanteil zum Tragen kommen (2, Obere Donaustraße, 15, Brunhildengasse, 16, Liebknechtgasse, 18, Kreuzgasse, 19, Probusgasse).
Für die Neu- und Umbauten von Remisen in 16, Maroltingergasse und 18, Kreuzgasse wurden Flächenwidmungs- und Bebauungspläne entsprechend der erarbeiteten Projekte zum Beschluß geführt.
Besondere städtebauliche Schwerpunkte mit dienstleistungsbezogenen Funktionen wurden für den projektierten Neubau der Verwaltungszentrale der EA Generali an der Taborstraße im 2. Bezirk sowie mit der Festsetzung von Einkaufszentren im 15. Bezirk (Erweiterung Lugner City, Sportfachgeschäft Fuchsgasse) gesetzt.

– Stadterneuerung:

Große Flächen im 2., 3., 5., 8., 14., 16., 18. und 19. Bezirk wurden mit neuen Bebauungsbestimmungen auf die aktuellen Planungsziele ausgelegt. Festlegungen von Schutzzonen und Wohnzonen und die Erhaltung der Grünbestände weisen auf die erwünschte Qualitätserhaltung im urbanen Bereich hin.
Hier sind auch Sonderformen wie das als „Öko-Projekt" ausgelegte Gebäude in 15, Tautenhayngasse (Coop Himmelb[l]au) zu erwähnen.
Auch größer dimensionierte Wohnprojekte wie 2, Messerandbereich oder 7, Schottenfeldgasse, für die eine Widmung herbeigeführt wurde, bilden einen wesentlichen Teil an Stadterneuerungsmaßnahmen.

– Gebietsbearbeitung:

Für Bereiche des Westrandes und zum Praterbereich mit den sensiblen Grün- und Wohnstrukturen wurden unter dem Ziel „strukturerhaltender Maßnahmen" neue Flächenwidmungspläne erarbeitet. Die Sicherung des Wald- und Wiesengürtels, von Kleingärten, von dauerbewohnten Kleingärten (1.397 Kleingärten wurden von „Ekl" auf „Eklw" umgewidmet) und von offenen Einfamilienhausbebauungen unter Berücksichtigung moderater Entwicklungsspielräume sind hier vorrangig (2, Wasserwiese, Heustadlwasser, Sonnenschein, 3, Arsenal, 16, Steinhofmauer, 17, Schönbrunner Graben, 18, Pötzleinsdorfer Höhe und 19, Hackenberg).
Für den Gesamtbereich 2, Nordbahnhofgelände wurde in Entsprechung des beschlossenen städtebaulichen Leitbildes ein Flächenwidmungsplan erstellt, die öffentliche Auflage vor Ort wurde unter Bereitstellung computergestützter Animationen durchgeführt.

1996 sind in den Bezirken 1–9 und 14–20 rund 4.000 Wohnungen und 400 Heimplätze gewidmet worden. Kleinere Projekte im locker bebauten Gebiet sind dabei nicht erfaßt. Das betrifft auch einen großen Teil des freifinanzierten Wohnbaues. Die Ausweisung von Wohnzonen zum Schutz der bestehenden Wohnnutzungen und die Festlegung diverser baulicher Entwicklungsspielräume schlug sich in zahlreichen Wohnhaussanierungen, Aufstockungen oder Dachgeschoßausbauten nieder.

Allein die 1996 beschlossenen und vorgesehenen Widmungen in den Bezirken 1–9 und 14–20 werden die baurechtlichen Voraussetzungen für mindestens 1.800 Arbeitsplätze schaffen. Dabei ist nicht gerechnet, daß in Einkaufszentren, Schulen und in diversen Streulagen noch kleinere Einheiten mit entsprechenden Arbeitsplatzzahlen enthalten sind.

Von der Abteilung wurden im Jahre 1996 48 Anträge an den Gemeinderat bzw. an die örtlich zuständige Bezirksvertretung gestellt. 43 Anträge betrafen Abänderungen, Neufestsetzungen und Festsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Ein Antrag wurde wegen Verlängerung einer Bausperre gestellt und vier Anträge betrafen die Kenntnisnahmen von Bezirksentwicklungsplanungen. Eine Vielzahl von Antragsentwürfen – insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten – wurden im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder bei der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der Abteilung der Bevölkerung vorgestellt, mit dieser diskutiert und Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern bei der Ausarbeitung der neuen Widmungen mitberücksichtigt.

Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 10 Sitzungen 37 Flächenwidmungs- und Bebauungsentwürfe, die Abänderungen, Aufhebungen und Neufestsetzungen und Festsetzungen des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes zum Ziel hatten, vorgelegt.

Der Abteilung wurden 1.704 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde (MA 37, MA 41) zur Behandlung zugeleitet. Für Einreichungen nach dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnbausanierungsgesetz (WWFSG 89) wurden 189 gutachterliche Stellungnahmen abgegeben. 1.287 schriftliche Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, wurden untersucht und behandelt und 80 Ansuchen um Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes überprüft. Die Mitarbeiter der Abteilung nahmen an 552 Besprechungen teil.

# Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd

Die laufende Überprüfung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den sich ändernden gesellschaftlichen Entwicklungen und stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen wurde in Abstimmung mit dem neuen, seit Jänner 1996 wirksamen § 1 der BO für Wien und den städtebaulichen Leitprogrammen für die Bezirke 10, 11, 12, 13 und 23 durchgeführt.

Die Arbeiten im gesamten Berichtsjahr waren durch die Neuformulierung des § 1 der BO für Wien und den damit verbundenen Überleitungsbestimmungen geprägt. So mußten in den fünf Bezirken Hunderte Plandokumente auf ihre Überleitfähigkeit geprüft werden. Insgesamt konnten in fünf Anträgen an den Stadtsenat 374 Gemeinderatsbeschlüsse übergeleitet werden. Dies bedeutet, daß diese Beschlüsse den neuen geänderten Bestimmungen des § 1 der BO für Wien entsprechen und sie daher ihre weitere Gültigkeit behalten.

Darüber hinaus wurden im Jahre 1996 zahlreiche Erhebungen, Entwürfe und städtebauliche Studien erstellt, die inhaltlich neben den Schwerpunkten alte Ortskerne, Stadterneuerung und Kleingartenfragen auch auf die Ausarbeitung von Expertenverfahren für Wohnprojekte in Stadtentwicklungszonen ausgerichtet waren. Die Arbeiten wurden entweder von Mitarbeitern der Abteilung selbst oder im Auftragswege ausgearbeitet.

Es wurden im Berichtsjahr 9,2 Millionen Schilling für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien und die Erarbeitung von Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durch Architekten, die Ausrichtung von Expertenverfahren, die Durchführung von Ausstellungen anläßlich der öffentlichen Auflagen von Planentwürfen der Abteilung sowie den erforderlichen Plänen und Modellen aufgewendet.

Von den Auftragnehmern wurden dabei städtebauliche Bestandsaufnahmen und Vorentwürfe für Teilgebiete im 10. Bezirk in den Bereichen Innerfavoriten und Quellenstraße, im 11. Bezirk in den Bereichen Simmeringer Hauptstraße–Lorystraße und Zinnergasse–Awarenstraße, im 12. Bezirk in den Bereichen Krichbaumgasse, Arndtstraße, und in Lainz, im 13. Bezirk, in den Bereichen Hietzing-Zentrum, Fasangartenstraße, Gallgasse und Küniglberg, und im 23. Bezirk in den Bereichen Dirmhirngasse, Haymogasse, Kugelmanngasse und Ortskern Inzersdorf erarbeitet.

Bebauungsstudien, Studien für Verkehrsorganisationen, Grünraum- und Landschaftsplanungen wurden im 10. Bezirk für die Bereiche Grundäcker und Südostbahnhof, im 11. Bezirk für die Bereiche Gasometer, Hyblerpark, Lorystraße, Wohnallee Simmering und Kaiserebersdorfer Straße, im 12. Bezirk im Bereich Oswaldgasse–Thorvaldsengasse, im 13. Bezirk für die Bereiche Schloßpark und Tiergarten Schönbrunn und im 23. Bezirk für den Bereich Atzgersdorf–Knotzenbachgasse ausgearbeitet. Darüber hinaus wurde ein Millenniums-Workshop unter dem Titel „Utopie-Strukturelemente der Stadt" durchgeführt und die Auswirkungen und Bedingungen der Vorschläge und die Projektansätze untersucht.

Zur Findung der bestmöglichen Bebauung für einzelne Bereiche in den Entwicklungszonen wurden Expertenverfahren im 10. Bezirk für die Bereiche Favoritenstraße und Laxenburger Straße durchgeführt.

Von der Abteilung wurden im Jahre 1996 insgesamt 46 Anträge an den Gemeinderat bzw. an die örtlich zuständige Bezirksvertretung gestellt. 43 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Drei Anträge wurden wegen Verhängung und Verlängerung von Bausperren gestellt.

Einzelne Antragsentwürfe – insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten – wurden im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder bei der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der Abteilung der Bevölkerung vorgestellt, mit dieser diskutiert und Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern bei der Ausarbeitung der neuen Widmungen mitberücksichtigt.

Die Schwerpunkte der Neufestsetzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne lagen dabei im 10. Bezirk in den Bereichen Laxenburger Straße, Troststraße, Triester Straße und Wienerbergstraße, im 11. Bezirk in den Bereichen Ailecgasse, Simmeringer Hauptstraße–Etrichstraße, Lindenbauergasse, Guglgasse und Baudisgasse, im 12. Bezirk in dem Bereich Wilhelmstraße, im 13. Bezirk in dem Bereich Schönbrunn, und im 23. Bezirk in den Bereichen Ketzergasse–Hochstraße, Endresstraße–Maurer Lange Gasse, Rodauner Straße–Dreiständegasse, Wundtgasse und Richard-Strauss-Straße.

Zur Erhaltung von für das örtliche Stadtbild wesentlicher Ensembles wurden im Jahre 1996 Schutzzonen in den Bereichen 11, Kaiserebersdorfer Straße–Münichplatz, im 13. Bezirk Schönbrunn, im 23. Bezirk Ketzergasse, Endresstraße, Maurer Lange Gasse und Maurer Hauptplatz im Einvernehmen mit den zuständigen Fachdienststellen vorgeschlagen bzw. der Beschlußfassung zugeführt.

Die eingeleitete Überprüfung der bestehenden Kleingartenanlagen und kleingärtnerisch genutzten Flächen im Hinblick auf deren widmungsmäßige Sicherung bzw. Sanierung wurde fortgesetzt. Es wurden dabei vor allem die Ansuchen betreffend das ganzjährige Wohnen in den Kleingartenanlagen, die bezirksweise in einzelnen Veranstaltungen mit den Bezirksvertretungen und der Bezirkskleingartenkommission abbesprochen waren, berücksichtigt. Es konnten dem Gemeinderat Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die zusammen 21,6 ha an Erholungsgebiet-Kleingarten-Flächen ausweisen von der Abteilung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Dabei wurden bestehende Anlagen widmungsmäßig gesichert bzw. Kleingartengebiete für ganzjähriges Wohnen ausgewiesen, und zwar im 12. Bezirk im Bereich Am Schöpfwerk–Kirschallee, im 13. Bezirk im Bereich Kalmanstraße–Lainzerbachstraße, und im 23. Bezirk im Bereich Atzgersdorfer Straße–Tullnertalgasse.

Von der Abteilung wurden alle für die Tätigkeit des Fachbeirates für Stadtplanung erforderlichen Bürogeschäfte gemäß der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien abgewickelt. Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 10 Sitzungen 120 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe, die 7 Abänderungen bzw. 113 Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes zum Ziele hatten, und 8 Planungsvorhaben von der MA 19 vorgelegt.

Insgesamt wurden von den drei MA 21A, B und C 118 Anträge ausgearbeitet. Diese Beschlüsse des Gemeinderates bzw. einer Bezirksvertretung wurden in Form von Plandokumenten kundgemacht, von der Abteilung an die Magistratsdienststellen versendet und im Wege der MA 20 für den Verkauf vorbereitet. Von der Abteilung wurden alle Akten der beschlossenen Plandokumente archiviert und die Einschreiter zu allen Beschlüssen, die von den drei Magistratsabteilungen ausgearbeitet wurden, verständigt.

Insgesamt wurde im Jahre 1996 eine Fläche von 3.263 ha in den 118 Anträgen behandelt. Davon wurden 1.871 ha von der Abteilung bearbeitet. Auf Grund der Bestimmungen des neuen § 1 der BO für Wien muß in den nächsten 10 Jahren das gesamte Stadtgebiet neu überarbeitet werden, da auch die im Jahre 1996 übergeleiteten Beschlüsse des Gemeinderates eine maximale Gültigkeit von 10 Jahren, gerechnet ab dem 1. September 1996, haben.

Die große Anzahl der Stellungnahmen, die umfangreichen Motivenberichte und die Verständigungen der Einschreiter im Verfahren bei den Abänderungen und Neufestsetzungen zu den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen konnte mit der gemeinsam mit der MD-ADV bereits 1986 entwickelten speziellen Nutzung des IBS bewältigt werden.

Ohne die Computerunterstützung wären die zahlreichen Berichte zu den Stellungnahmen und die Änderungen in den Motivenberichten, die in den einzelnen Antragsphasen immer wieder neu gefaßt und geschrieben werden müssen, nicht zu bewältigen. Für die Durchführung der Überleitung wurden in den Bezirksdezernaten zusätzlich Personalcomputer zum Einsatz gebracht, die nun auch für die Anträge zu den laufenden Neufestsetzungen und Änderungen eingesetzt werden.

Im Jahre 1996 wurden 26.475 Adreßänderungen bzw. Zuordnungsänderungen bei der Fortführung des RBW (Räumliches Bezugssystem Wien) durchgeführt und damit den Anforderungen des vergrößerten Anwenderbereiches Rechnung getragen. Die Schwerpunkte lagen dabei bei der Einarbeitung der Orientierungsnummernbescheide der MA 37, der Fortführung für die Wählerevidenz und den Änderungen zum IBS (Adreßprotokoll Profi) für die Gebührenvorschreibung, Verrechnung und Verwaltung.

Mit den dezentralen graphischen Arbeitsplätzen (mit Bildschirm, Digitalisierbrett und Kontrollplotter), die von einem mit dem Zentralrechner gekoppelten Kleinrechner gesteuert werden, wurde die Nachjustierung bzw. die Abstimmung des generalisierten Flächenwidmungsplanes auf die Blockstrukturen des RBW und die Nutzungseinheiten fortgesetzt und die neuen Beschlüsse eingearbeitet. Für die Maßnahmendatei der MA 28 (das Graphische Baustellenkoordinationssystem und das Straßeninformationssystem), deren Grundlage das RBW bildet, wurden alle in Planung und Bau befindlichen Verkehrsflächen von der Abteilung im RBW (Großanlage und GIS) aufgenommen. Dabei wurde auch im Rahmen des Straßeninformationssystems mit der Aktualisierung der Kennzeichen der Bundes- und Hauptstraßenabschnitte begonnen. Die Blockstrukturen des RBW und die Netzknoten wurden mit den Nutzungseinheiten (Realnutzung) pro Block auf Grund des von der MA 41 bearbeiteten Bildfluges 1994 überarbeitet und die laufenden Anforderungen der Mehrzweckkarte im Zuge der Profilmessungen mit eingearbeitet.

Auf dem 1989 installierten Anschluß an das Bundesrechenzentrum wurden im abgelaufenen Jahr 35.415 Einzelabfragen von der Grundstücksdatenbank als Grundlagen für die Bebauungsplanbearbeitungen für ganz Wien von Mitarbeitern der Abteilung durchgeführt. Wegen der Vielzahl der Abfragen und der damit verbundenen Kosten an den Bund wurde die monatliche Abfragenanzahl von der Magistratsdirektion limitiert und Maßnahmen für die Einhaltung des Limits festgelegt.

Für die von der MA 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur verfügten Neubenennungen bzw. Umbenennungen von Verkehrsflächen, Park- und Wohnhausanlagen wurden 57 Ansuchen behandelt, von denen 49 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten. Die graphischen Unterlagen für die Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Wien wurden von der Abteilung angefertigt.

Die Baubehörde (MA 35, MA 37) hat der Abteilung 1.063 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen übermittelt. Weiters wurden 574 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, untersucht und behandelt. Die Vertreter der Abteilung nahmen an 384 Verhandlungen als Amtssachverständige teil.

Auf Grund des Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 1.128 Ansuchen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan geprüft. 1.093 davon waren Anfragen des Amtes der Wiener Landesregierung hinsichtlich Wohnungsverbesserungen und 35 Anfragen wurden vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bzw. von Privaten im Hinblick auf beabsichtigte Sanierungsmaßnahmen an Wohnhäusern bei der Abteilung eingebracht.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 29. November 1996 wurde die MA 20 aufgeteilt. Von der Abteilung wurde ein Teilbereich, und zwar die Reprographie und der Kartenverkauf, übernommen. Die Abteilung ist daher seit diesem Tage auch für alle Bereiche der Vervielfältigung, des Druckes und des Mikrofilmes sowie für die Verkaufstelle der Kartenwerke der Stadt Wien verantwortlich.

# Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost

Die für die laufende Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes bedeutsame Zäsur war die im Berichtsjahr erfolgte Novellierung der Bauordnung für Wien. Die Aufhebung des § 1 durch den Verfassungsgerichtshof im Jahr 1995, die ziel- bzw. grundlagenbezogenen Neuformulierungen der beiden ersten Paragraphen und die vorgegebenen Übergangsbestimmungen erforderten die flächendeckende Überprüfung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne hinsichtlich der Übereinstimmung mit den neu formulierten Zielsetzungen.

Im Vorfeld dieser Überprüfung wurde ein erheblicher Teil der notwendigen Koordinierungsarbeit mit den hausinternen Juristen sowie den eingebundenen Fachdienststellen geleistet. Nach Gliederung des nordöstlichen Stadtgebietes in geeignete Teilbereiche wurde ein Überprüfungsbericht ausgearbeitet und eine vollständige Übersicht der überleitbaren Plandokumente erstellt. Die Aufhebungen und Neufestsetzungen bzw. grundlegende Abänderungen, aber auch die mit 31. August dieses Jahres außer Kraft tretenden Flächenwidmungs- und Bebauungspläne wurden graphisch und tabellarisch ersichtlich gemacht. Das Ergebnis der Überprüfung der den nun festgelegten Zielen entsprechenden Planentwürfe wurde dem Stadtsenat zur Beschlußfassung in Form von Überleitungsverordungen vorgelegt. Die notwendige Überarbeitung aller übergeleiteten Pläne innerhalb der vorgeschriebenen zehnjährigen Frist wurde intensiv begonnen und bestimmte den Arbeitsschwerpunkt.

Ein weiteres und ständig steigendes Aufgabengebiet entspringt dem Anliegen, das Service für Planinformationen noch bürgerfreundlicher zu gestalten. Es wurde nicht nur durch das dafür geschaffene Dezernat „Planungsauskunft", sondern bei Bedarf auch durch viele weitere Mitarbeiter ein erhebliches Maß an unbürokratischer und direkter Öffentlichkeitsarbeit im verantwortungsvollen Spannungsfeld zwischen Verschwiegenheits- und Informationspflicht geleistet.

## 21. Bezirk

Für den Bereich südlich des Verkehrsknotens Franz-Jonas-Platz wurde ein städtebaulicher Wettbewerb veranstaltet. Ziel dieser Stadtteilplanung war die Schaffung einer höherwertigen, zentrenadäquateren dichten Nutzung, die auch eine Belebung und Aufwertung des wichtigsten Platzes des Bezirkes erwarten läßt. Mit der projektsbezogenen Überarbeitung des aus elf eingereichten Arbeiten ausgewählten Projektes wurde begonnen. Die Realisierung ist kurzfristig zu erwarten.

Für ein im vorigen Jahr gestartetes Wohnbauprojekt an der Donaufelder Straße hat ein Projektteam die bau- und vergaberechtlichen Fragen für das Pilotprojekt „autofreies Wohnen/car-sharing" ausgearbeitet und abgeschlossen. Die Ergebnisse flossen in die jüngst novellierte Bauordnung und das neue Wiener Garagengesetz ein, wo nun die mögliche Festsetzung eines „Stellplatzregulatives" berücksichtigt ist. Der Baubeginn des Projektes mit rund 250 Wohneinheiten steht unmittelbar bevor.

Für zwei untergenutzte Flächen im Bereich der Siedlungsachse Brünner Straße wurden städtebauliche Überlegungen mit dem Ziel einer standortgerechten, dichteren und städtischen Nutzung angestellt:

Für die brachliegenden Flächen des ehemaligen ÖBB-Bahnhofes Stammersdorf wurde ein Nutzungskonzept sowie erste Bebauungsüberlegungen ausgearbeitet und mit einem Freiflächenkonzept ergänzt. In dieser Stadtteilplanung wurde auch auf eine mögliche U-Bahntrasse der Linie U6 in Hochlage Rücksicht genommen. Für den zweiten untergenutzten Bereich zwischen dem Heeresspital und dem Marchfeldkanal wurde eine Bebauungsstudie erstellt, worin die Möglichkeit von rund 350 Wohnungen, Büroflächen und eines Supermarktstandortes dargestellt ist. Bestandsanalysen wurden außerdem für folgende Bezirksgebiete beauftragt:

- B3 West/B3 Ost/KGA Gutfreund
- beidseits Leopoldauer Straße/„Edelsteinviertel"
- zwischen Jedleseer Straße und Neuer Donau/Ohmgasse und
- Bereich Ocwirkgasse

Plandokumente mit größeren Veränderungen der Rechtslage betrafen vor allem die Gebiete

- Zentrum Floridsdorf
- Nordrandsiedlung
- Achse Donaufelder Straße und den
- Bereich zwischen Leopoldauer und Donaufelder Straße

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Umwidmung bestehender Kleingartenanlagen für eine ganzjährige Bewohnbarkeit. In dieser Hinsicht waren Anlagen beidseits Brünner Straße, zwischen der Leopoldauer Straße und Donaufelder Straße, östlich der Großfeldsiedlung, Nordrandsiedlung und im Bereich der Alten Donau betroffen.

## 22. Bezirk West

Das Konzept des Leitprogrammes für Donaustadt West wurde um eine quantitative Analyse der Versorgung mit Grünflächen ergänzt und mit geänderten Zeithorizonten mit dem Planungsstand Mai 1996 einer Aktualisierung zugeführt. Für Teilbereiche des Zentrums Kagran wurden intensive Planungsüberlegungen angestellt. Für den

Bereich an der Straße der Menschenrechte wurden die widmungsmäßigen Voraussetzungen zur Umsetzung der im städtebaulichen Leitprojekt vorgegebenen Nutzung wie Parkgarage sowie Unterhaltungs- und Freizeitanlagen geschaffen. Für das Gebiet südlich der Siebeckstraße ist ein Verfahren zur Umsetzung des ersten Teilabschnittes der „Kagraner Pforte" in Bearbeitung.

Die Widmungsplanung für eine Feuerwache und eine Rettungsstation westlich der im Bau befindlichen Donaucity ist zur Beschlußreife weiterentwickelt worden. Dieses Gebiet war auch Bestandteil einer Machbarkeitsstudie über die optimale Führung eines Linienbusses zwischen Kaisermühlen (U1) und Floridsdorf (U6). Parallel dazu laufen Untersuchungen über die Realisierungschancen von einem für Wien neuartigen Verkehrsmittel, dem Cable Liner.

Für die locker bebauten Gebiete im Bereich der Alten Donau konnten fünf Planentwürfe dem Flächenwidmungsverfahren zugeführt werden. Für das an der Stadtentwicklungsachse gelegene Franz-Josefs-Land wurde auf Grund der stadtstrukturell schwierigen Situation eine Bestandsaufnahme mit Problemanalyse und ein Entwurf für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erstellt. Zusätzlich wurde auch für den sensiblen Bereich entlang des betroffenen Abschnittes der Wagramer Straße eine Bebauungsstudie in mehreren Varianten mit Bezug zum gegenüberliegenden Wohnpark Alte Donau ausgearbeitet.

Erste Schwerpunkte für ein städtebauliches Nutzungskonzept für den engeren Donaubereich waren die Copa Cagrana, die Sunken City und die Brigittenauer Bucht. Überlegungen für eine grobe optimierte Nutzungsstruktur des gesamten Teiles der Donauinsel zwischen der Brigittenauer Brücke und der Kagraner Brücke wurden ebenfalls angestellt.

Die Überarbeitungen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurden für mehrere Teilgebiete Neukagrans (Stadlau West, westlich Polgarstraße, östlich Donaustadtstraße) und der unteren Alten Donau (südlich Mühlwasserschleuse) in Richtung der angestrebten Beschlußfassung weiterentwickelt. Voruntersuchungen für das unter Bausperre stehende Gebiet Kleehäufel und südlich Kaisermühlenstraße erfolgten. Außerdem wurde für die Siedlungsanlage Canada-Ost eine erste Abschätzung über die Möglichkeiten und Grenzen einer rechtlichen Sanierung dieser wilden Siedlung konzipiert.

Auf Grundlage der vorjährigen Untersuchungen für ein etwa 56 ha großes Gebiet östlich des Ortskernes Kagran konnte nach einer ersten internen Diskussion und Abstimmung der vorgeschlagenen Nutzungsverteilung (Wohngebiete und Erholungsflächen im Kernbereich, gemischte Baugebiete an der verkehrsintensiven Randzone) das Planentwurfsverfahren vorbereitet werden.

Das städtebauliche Modell für das Gebiet zwischen Alter und Neuer Donau wurde in mehreren Teilbereichen aktualisiert. Auch für den Bereich des Golfplatzes und der anschließenden Wohnanlage in Süßenbrunn wurde die Planung dem aktuellen Stand entsprechend überarbeitet und das Planverfahren eingeleitet.

Für Bebauungsmöglichkeiten auf der derzeit als Umkehrschleife der Straßenbahn genutzten Fläche zwischen Leopoldauer Straße und Wagramer Straße wurde ein städtebauliches Gutachten sowie ein Architekturmodell erstellt. Mit einem Vorentwurf für die beiden Plangebiete Kagran Nord/Doningasse („Internationales Wohnbauexperiment") und Kagran Nord/Panethgasse wurde begonnen.

Für folgende Bearbeitungsgebiete mit teilweise weit zurückliegenden Beschlüssen der Flächenwidmungs- und Bebauungsbestimmungen wurden Bestandsaufnahmen mit Problemanalysen vergeben, um über geeignete Grundlagen für Neufestsetzungen verfügen zu können:

- Gebiet südlich Schrickgasse
- östlich Wagramer Straße, westlich Maurichgasse
- Rudolf-Köppl-Hof
- Violaweg
- westlich Komzakgasse
- Alt Süßenbrunn und
- Freihofsiedlung als Folge der eingangs zitierten oberstgerichtlichen Entscheidung gegenwärtig unter Bausperre stehend.

## 22. Bezirk Ost

Als Folge des zurückgenommenen Entwicklungsdruckes im peripheren Stadtentwicklungsgebiet „Marchegger Ast" wurden die dort geschaffenen und umfangreichen Bürgerbeteiligungseinrichtungen („Stadttreff", Stadtteilzeitung, Grätzeltelefon, Arbeitskreise, Informationsveranstaltungen) im Verlauf des Berichtsjahres auf ein den aktuellen Erfordernissen entsprechendes Maß reduziert und im wesentlichen zu einer Servicestelle für die neu in diesem Bezirksteil gezogenen Bürger umgewandelt. Zur Vermeidung von Doppelgleisigkeiten durch eine Vielzahl neuer Einrichtungen (Arbeitsmarktservice, Bürgerservice-Außenstellen und ähnliches) lief die Einrichtung mit Jahresende aus, wobei folgende Arbeiten durchzuführen bzw. abzuschließen waren:

- laufende Arbeitskreise; Arbeitsdokumentation in den Arbeitskreisen
- Dokumentation der jüngeren baulichen Entwicklung
- Informationsweitergabe an neue Sevicestellen
- Redaktion, Herstellung und Verteilung der Zeitung und
- Verfassung eines Abschlußberichtes.

Anläßlich der Fachtagung der Europan-Gesellschaft zum Thema „Die Verantwortung der Jury" wurde der planerische Werdegang eines innovativen Wiener Bauprojektes südöstlich des Eßlinger Ortskernes in einem Videokurzfilm dokumentiert. Unter der inhaltlichen und organisatorischen Federführung der Abteilung wurde im Auftrag der MA 18 und unter Entbindung der MA 24 die Dokumentation hergestellt, welche auch Verknüpfungen von digital nachbearbeiteten Videofilmmaterial und Computeranimationen zeigt.

Die erste Bebauungsstufe des kooperativen städtebaulichen Expertenverfahrens Aspern-Süd wurde durch die Sitzung des Beurteilungsgremiums im März 1996 abgeschlossen. Dabei wurde auch die Auswirkung der mittlerweile durch die Verlagerung der Schwerpunktsetzung von der Stadterweiterung zur inneren Stadtentwicklung geänderten Rahmenbedingungen auf das Expertenverfahren eingehend diskutiert. Da sich daraus ergab, daß das ursprüngliche Ziel der Beschreitung neuer Planungswege nicht zufriedenstellend erreichbar sein würde, erfolgte im Sinne der Ressourcenschonung der einvernehmliche Abbruch des Auftrages. Die Ergebnisse sind jedenfalls geeignet, als Ausgangsbasis für eine unter geänderten Rahmenbedingungen allfällige spätere Entwicklung des Plangebietes zu dienen.

Zur bestmöglichen Nutzung neuer EDV-Technologien im Rahmen der Widmungsverfahren für das zehnjährige Arbeitsprogramm wurde ein Arbeitskreis unter Leitung der MD BD – Gruppe Planung und unter der inhaltlichen Federführung der Abteilung eingesetzt. Sechs weitere Dienststellen der Geschäftsgruppe „Planung und Zukunft" sind in diesem Kreis vertreten.

Ziel ist die Erarbeitung eines konkreten und detaillierten Konzeptes, das insbesondere die Beschaffung, Verarbeitung und notwendige Information standardisieren, vereinfachen und beschleunigen soll. Die beabsichtigte Umsetzung dieser GIS (Geographisches Informationssystem)-gestützten Flächenwidmung in einem kurz- bis mittelfristigen Zeitraum könnte auch für verschiedene planerische Fragestellungen und Anwendungen von Nutzen sein. Begonnen wurde vor allem mit Überlegungen zur Erfassung und Verwaltung planerischer Grundlagen auf digitaler Basis.

Im Rahmen von Bestandsaufnahmen und sonstigen Planungen, wie Bebauungs- und Verkehrsstudien und ähnliches, wurde mit der Bearbeitung unter anderem folgender Gebiete begonnen oder fortgesetzt:

- Schierlinggrund
- Stadlau Zentrum
- Eßling südlich der Ostbahn
- Hirschstetten
- Quadenstraße
- Breitenlee
- Stadlau Industriezone und
- Lobau Vorland.

Statistischer Jahresüberblick

Die Anzahl der für das nordöstliche Stadtgebiet vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Plandokumente betrug im Berichtsjahr 28 Stück. Davon betrafen hinsichtlich der vor der Bauordnungsnovelle beschlossenen Plandokumente vier Entwürfe Aufhebungen und Neufestsetzungen und zwei Entwürfe Abänderungen mit zusammen rund 106 Hektar Plangebietsfläche. Die restlichen 22 mit Bezug auf die neuen ersten beiden Paragraphen der Bauordnung erstellten und beschlossenen Planentwürfe waren durchwegs Aufhebungen und Neufestsetzungen mit einer Gesamtfläche von 687 Hektar bzw. 4,7 Prozent der Fläche Transdanubiens. 12 dieser 22 Pläne konnten ohne bzw. ohne wesentliche Veränderungen im Wege der Überleitung vom Stadtsenat durch Verordnungen beschlossen werden. Vor allem für periphere große Grün- und Freiraumgebiete um Stammersdorf, Breitenlee und Eßling, die räumlich Bestandteile des Landschafts- und Freiraumkonzeptes für den Nordosten Wiens sind, traten gemäß der ebenfalls novellierten Übergangsbestimmungen mit 31. August dieses Jahres die Widmungs- und Bebauungsbestimmungen außer Kraft.

Die seitens des Gesetzgebers zugebilligte Zehnjahresfrist zur Überarbeitung der übergeleiteten Plandokumente erforderte die Aufstellung eines „Zehnjahresprogrammes", wobei hier Siedlungen mit nicht genehmigten kleingartenähnlichen Nutzungen ausgeklammert wurden, da im Rahmen des ebenfalls novellierten Kleingartengesetzes 1996 eigene Regelungen vorgesehen sind. Die erste Stufe dieses mehrstufig aufgebauten Arbeitsprogrammes bildet das „laufende Planverfahren", wonach bei entsprechenden Vorbereitungen und günstigen Rahmenbedingungen vorraussichtlich bis zu 24 Planentwürfe dem Gemeinderat im kommenden Jahr zur Beschlußfassung vorgelegt werden könnten. Damit wäre eine wirksame Überprüfung von weiteren fünf Prozent des betreuten Stadtgebietes möglich. Programmgemäß könnten bis zur Jahrtausendwende insgesamt etwa 30 Prozent gemäß den neuformulierten Paragraphen 1 und 2 der Bauordnung bearbeitet werden.

Von der Baubehörde wurden 1.081 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen übermittelt und von der Abteilung bearbeitet. Zu Anfragen nach dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz erfolgten 17 Stellungnahmen. In den Widmungsgesprächen wurden seitens der Abteilng 32 Ansuchen eingebracht und behandelt.

Entsprechend den Vorgaben für den Budgetrahmen wurden bei den Ausgaben Einsparungen im Ausmaß von fast zehn Prozent erreicht. Insgesamt betrug die Gesamtsumme der für alle Planungsaktivitäten der Abteilung im Berichtsjahr vorgenommenen finanziellen Aufwendungen rund 9,1 Millionen Schilling. Abgesehen von geringen

Nebenkosten wurden davon für das Plangebiet Floridsdorf etwa 2,9 Millionen Schilling, für das Plangebiet Donaustadt West rund 2,7 Millionen Schilling und für das Plangebiet Donaustadt Ost rund 3,4 Millionen aufgewendet. Eine Aufschlüsselung der getätigten Aufwendungen ergab für Leitprogramme und Sachkonzepte (insbesondere Verkehrsstudien) etwa 1,2 Millionen Schilling, für Gutachtenverfahren, Wettbewerbe, Stadtteilplanungen und Bürgerbeteiligungen rund 2,9 Millionen Schilling. Für Zeichenarbeiten, Kopierzwecke, Modellaktualisierungen und ähnliches wurden rund 200.000 Schilling aufgewendet.

## Öffentliche Beleuchtung

Im Zuge des Neu- und Umbaues von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie von Großinstandsetzungsarbeiten wurden im Jahre 1996 rund 8.000 Lichtstellen bearbeitet. Mit Jahresende waren in Wien 132.729 Leuchten mit insgesamt 228.420 Lampen installiert. Der Anschlußwert der öffentlichen Beleuchtung betrug 13.569 kW, der Stromverbrauch 49,824.728 kWh.

Aus der Vielzahl der Arbeiten sollen im folgenden nur einige hervorgehoben werden: Nach Fertigstellung des Akademiehofes Karlsplatz wurde, abgestimmt mit der MA 19 bzw. mit den Architekten Prof. DDr. h.c. Roland Rainer und Prof. Gustav Peichl und koordiniert mit dem Straßenbau bzw. mit der Oberflächenwiederherstellung der MA 28, am Getreidemarkt 2–4 und in der Makartgasse eine Lichtmastbeleuchtung errichtet. Die Ausleuchtung des Getreidemarktes und der Makartgasse erfolgte durch runde, konische Lichtmaste der Type „Brigittenau" und einer Leuchte der Type „Meteora extra groß". Als Leuchtmittel ist am Getreidemarkt je eine Natrium-Hochdrucklampe 250 W bzw. in der Makartgasse je eine Natrium-Hochdrucklampe 100 W eingesetzt. Im Zuge des Straßenumbaues wurde zusätzlich zur adaptierten verspannten Mittelbeleuchtung über der Fahrbahn in den verbreiterten Gehsteigen eine Kandelaberbeleuchtung in Form von Lichtständern Type „Lamprecht" mit Natrium-Hochdrucklampen 70 W errichtet.

Auf Wunsch der Bezirksvorstehung für den 3. Bezirk (Aktion „Mehr Licht") wurde der Gehsteig auf der Weißgerber Lände, Erdberger Lände von der Unteren Viaduktgasse bis Wassergasse mittels Lichtständern, bestückt mit Kleinkofferleuchten 2 x 18-W-Kompaktleuchtstofflampen (Sparlampen), zusätzlich beleuchtet.

Auf Wunsch der Bezirksvorstehung für den 4. Bezirk wurde in 4, Wiedner Hauptstraße ab Paulanerkirche, stadtauswärts die bestehende verspannte Mittelbeleuchtung mit je 2 x 40-W-Leuchtstofflampen auf je 4 x 36-W-Leuchtstofflampen verstärkt. Im Zuge der neuen Ausgestaltung des Margaretenplatzes wurde, abgestimmt mit der MA 19 und koordiniert mit der MA 28, eine neue Lichtständeranlage bzw. eine Stahldrahtanlage errichtet. Die Ausleuchtung im Fußgängerbereich erfolgte durch Lichtständer der Type „Maiglöckchen" mit Hängeleuchten „Maiglöckchen". Als Leuchtmittel ist eine Natrium-Hochdrucklampe 70 W eingesetzt. Im Straßenbereich dient eine Hängeleuchte „Maiglöckchen groß" mit einer Natrium-Hochdrucklampe 70 W als Leuchtmittel. Auf Grund eines Bezirkswunsches wurde im Spatzenpark eine Lichtständeranlage errichtet. Die Ausleuchtung erfolgt durch konische Kunststoffkandelaber mit Aufsatzleuchten der Type „Lamprecht" und Natrium-Hochdrucklampen 70 W.

Auf Wunsch des Bezirkes wurde in 10, Friedrich-Adler-Weg vom „Chadim" bis zur Grohnergasse, eine neue Beleuchtungsanlage in Form von 19 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht" und Natrium-Hochdrucklampen 50 W mit Erdkabel-Stromversorgung errichtet. Ausgelöst durch den Straßenneubau der MA 28 in der Dr.-Eberle-Gasse im Bereich 10, Grenzackerstraße–Stadterweiterungsfläche 10/07, wurde eine Straßenbeleuchtungsanlage bestehend aus 10 Lichtständern Type „Stadthalle groß" mit Ansatzleuchten und Leuchtstofflampen 2 x 40 W neu errichtet. Auf Wunsch des Bezirkes wurde in 10, Kundratstraße im Bereich der neuen Wohnhausanlage, eine eigene Gehsteigbeleuchtung mit Erdverkabelung, bestehend aus neun konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht" und Natrium-Hochdrucklampen 50 W, errichtet. Im Zuge des Straßenneubaues durch die MA 28 wurde in 10, An der Hölle und Feßlergasse, eine öffentliche Beleuchtung mit neun Lichtständern Type „Stadthalle groß" und Ansatzleuchten 2 x 40 W und Erdverkabelung errichtet.

Ausgelöst durch den Straßenneubau der MA 28 wurden in 11, Geringergasse bei der neuen AHS, an Stelle der bestehenden Holzmastbeleuchtung neun Lichtständer Type „Stadthalle groß" mit Ansatzleuchten 2 x 40 W und Erdkabel-Stromversorgung errichtet. Auf Wunsch des Bezirkes wurden auf dem Fußweg in 11, Hutterergasse, an Stelle der bestehenden Holzmastbeleuchtung mit großen Lichtpunktabständen 32 konische Kandelaber mit Kleinkoffer-Aufsatzleuchten mit je 2 Leuchtstofflampen 2 x 18 W und Erdverkabelung errichtet. Mit der Errichtung von 25 konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht" und Natrium-Hochdrucklampen 50 W wurden in 11, Lindenbauergasse–Stadterweiterungsfläche 11/04.01, die Errichtung der öffentlichen Beleuchtung abgeschlossen. Ausgelöst durch den Straßenneubau der MA 28 wurde in 11, Gasse 9169 und Mailergasse, eine Straßenbeleuchtung mit 12 Lichtmasten Type „Messe" und Ansatzleuchten 2 x 40 W errichtet.

Auf Grund der hohen Störanfälligkeit wurde, abgestimmt mit der MA 19, in der Hohenbergstraße im 12. Bezirk auf der Seite der geraden ONr. die Erneuerung bzw. Instandsetzung der Lichtständerbeleuchtung notwendig. Die Ausleuchtung der Hohenbergstraße erfolgt durch einseitig angeordnete runde Lichtständer der Type „Messe" und einer Ansatzleuchte. Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdrucklampe 150 W eingesetzt.

Im Zuge der neuen Ausgestaltung des Fußweges in der Rosasgasse im 12. Bezirk wurde, koordiniert mit dem Straßenbau der MA 28, eine Kandelaberbeleuchtung errichtet. Die Ausleuchtung des Fußweges in der Rosasgasse

erfolgt durch runde, konische Lichtständer und einer Aufsatzleuchte Type „Lamprecht". Als Leuchtmittel ist je eine Natrium-Hochdrucklampe 70 W eingesetzt. Für den Fußweg von Endergasse bis Wundtgasse im 12. Bezirk wurde eine Lichtständerbeleuchtung errichtet. Die Ausleuchtung erfolgt durch Lichtständer der Type „Stadthalle klein" und einer Ansatzleuchte. Als Leuchtmittel ist je eine Leuchtstofflampe 18 W eingesetzt. Nach dem Neubau einer städtischen Wohnhausanlage im Bereich 13, Gallgasse–Björnsongasse–Fred-Liewehr-Gasse, wurden, in Abstimmung mit der MA 28, neue Lichtständeranlagen errichtet. In der Gallgasse wurden Lichtständer der Type „Stadthalle mittel" mit Ansatzleuchtstoffleuchten 2 x 40 W aufgestellt. Im Bereich der Fred-Liewehr-Gasse dienen Lichtständer „Stadthalle mittel" mit Ansatzleuchten der Type „Krischanitz" und Quecksilberdampflampen 80 W bzw. konische Kunststoffkandelaber mit Aufsatzleuchten der Type „Lamprecht" und Quecksilberdampflampen 80 W als Leuchtmittel. Auf dem Weg zwischen Pacassistraße und Fasangartengasse einschließlich Parkbereich wurde nach Errichtung einer privaten Wohnhausanlage in 13, Unbenannte Verkehrsfläche 12005, eine neue Lichtständeranlage notwendig. Es wurde eine neue Lichtständeranlage mit konischen Kunststoffkandelabern und Aufsatzleuchten der Type „Lamprecht" errichtet. Als Leuchtmittel dient eine Leuchtstofflampe 13 W Compakt.

Nach Beendigung der U-Bahnarbeiten bzw. nach Fertigstellung der Tiefgarage im Park in 15, Reithofferplatz, wurde, in Abstimmung mit den Wiener Linien, der MA 28 und MA 42 und dem Architektenbüro Kratochwill, auf dem genannten Platz eine neue Lichtständeranlage errichtet. Die Ausleuchtung erfolgte durch Lichtmaste der Type „Brigittenau konisch" und Leuchten der Type „Meteora klein" bzw. „Meteora mittel". Als Leuchtmittel werden Natrium-Hochdrucklampen 50 W und 100 W eingesetzt.

Im Park in der Rosinagasse 11 wurde im 15. Bezirk auf Bezirkswunsch eine Lichtständeranlage errichtet. Die Ausleuchtung erfolgt durch konische Lichtständer mit Aufsatzleuchten der Type „Lamprecht" und Quecksilberdampflampen 80 W.

Im Zuge der neuen Ausgestaltung der äußeren Mariahilfer Straße im 15. Bezirk wurde, abgestimmt mit der MA 19 und koordiniert mit dem Straßenbauprojekt der MA 28, ein Beleuchtungsneubau durchgeführt. Die Ausleuchtung der äußeren Mariahilfer Straße erfolgt durch eine Hängeleuchte der Type „Saturna". Als Leuchtmittel ist eine Natrium-Hochdrucklampe 150 W eingesetzt.

Am Gehweg auf dem Lerchenfelder Gürtel im 16. Bezirk wurde neben der Stadtbahn im Bereich Neulerchenfelder Straße–Thaliastraße des Lerchenfelder Gürtels durch die Anbringung von 19 Scheinwerfern auf den Stadtbahnbögen die Beleuchtung verbessert. Auf dem Verbindungsweg von der Hernalser Hauptstraße bis Onr. 22 zur Alszeile, der auf Wunsch des Bezirkes in Zukunft als öffentlicher Fußweg dienen soll, wurden acht Lichtständer konisch mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht" und 70-W-NaH installiert. Auf dem Fußweg vor der Station Hernals der Vorortelinie wurden zwei Lichtständer konisch mit Aufsatz-Kofferleuchten und 2 x LL 18 W für einen Fußweg im Bereich der Grünfläche errichtet. Am Brunnenstubenweg im 18. Bezirk wurden neun Lichtständer Type „Stadthalle mittel" mit Ansatzleuchten und 1 x 40-W-LL auf einem provisorisch ausgebauten Abschnitt des Weges installiert. Ein Spielplatz im Bereich Börnergasse–Erbsenbachgasse im 19. Bezirk wurde durch den Umbau von zwei vorhandenen Lichtständern mit Einfachauslegern auf Doppelausleger und die Montage von zwei zusätzlichen Ansatzleuchten aufgehellt.

Verursacht durch den Straßenumbau der MA 28 wurden in 20, Brigittenauer Lände beim Döblinger Steg, für die Fahrbahnbeleuchtung vier Lichtständer Type „Stadthalle groß" mit Ansatzleuchten 2 x 40 W errichtet. Die Gehrelationen wurden mit vier konischen Kandelabern mit Aufsatzleuchten Type „Lamprecht" und Natrium-Hochdrucklampen 50 W beleuchtet. Der von der MA 29 neu errichtete Aignersteg im 20. Bezirk sowie die Zugänge zu diesem wurden mit 20 Balkenleuchten 1 x 40 W, 2 Lichtständern Type „Stadthalle mittel" und Ansatzleuchten 2 x 40 W sowie 12 konischen Kandelabern mit Kugelleuchten mit Quecksilberdampflampen 50 W beleuchtet. Im Zuge des Straßenumbaues der Hopsagasse im 20. Bezirk durch die MA 28 wurde an Stelle der bestehenden Holzmastbeleuchtung eine neue öffentliche Beleuchtung in Form von Lichtständern Type „Stadthalle groß" mit Ansatzleuchten 2 x 40 W und Erdverkabelung errichtet.

Ausgelöst durch den Neubau der Veterinärmedizinischen Universität war auch ein Neubau der Josef-Baumann-Gasse von der Donaufelder Straße bis Zehdengasse im 21. Bezirk erforderlich. Dabei wurde die bestehende Holzmastanlage auf eine Vierkantlichtmastbeleuchtungsanlage, bestückt mit Natrium-Hochdrucklampen 150 W, umgebaut. Ausgelöst durch den Neubau der Hauptfeuerwache Floridsdorf war auch der Neubau der verlängerten Richard-Neutra-Gasse von Siemensstraße bis Leopoldauer Straße im 21. Bezirk und der Zufahrtsstraßen erforderlich. Dies erforderte den Neubau einer öffentlichen Beleuchtung. Verwendet wurden Lichtmaste mit Ausleger und Lichtständer „Stadthalle groß". Als Lichtquellen dienten Ansatzleuchten mit Natrium-Hochdrucklampen 150 W und Leuchtstofflampen 2 x 40 W. Auf Wunsch der Bezirksvorstehung für den 21. Bezirk wurde die Amtsstraße von Bernreiterplatz bis Frauenstiftgasse umgebaut und völlig neu gestaltet. Die öffentliche Beleuchtung wurde, dem Altstadtcharakter entsprechend, auf Kandelaber der Type „Altstadt", bestückt mit Natrium-Hochdrucklampen 50 W, umgebaut.

Innerhalb der Wohnhaussiedlung Östlich Kapellenweg–Stadterweiterungsfläche 22/07 im 22. Bezirk wurden die neu gebauten Straßenflächen mit Lichtständern der Type „Stadthalle" und „Krischanitz" sowie die Fußwege mit Kandelabern der Type „Lamprecht" mittels Natrium-Hochdrucklampen 70 W beleuchtet. Innerhalb der Wohnhaussiedlung An den alten Schanzen–Stadterweiterungsfläche 22/26 im 22. Bezirk wurden die neu gebauten Straßen-

flächen mit Lichtständern der Type „Stadthalle“ und „Krischanitz“ sowie die Fußwege mit Kandelabern der Type „Lamprecht“ mittels Natrium-Hochdrucklampen 70 W beleuchtet. Innerhalb der Wohnhaussiedlung Genoch Süd–Rosenbergstraße–Stadterweiterungsfläche 22/01 im 22. Bezirk wurden die neu gebauten Straßenflächen mit Lichtständern der Type „Brigittenau – Meteora“, klein und mittel, bestückt mit Natrium-Hochdrucklampen 50 W und 100 W, beleuchtet. Nach dem Bau des Hauptsammelkanals und der Neugestaltung der Uferpromenade wurde im Bereich an der Unteren Alten Donau im 22. Bezirk auch eine öffentliche Beleuchtung mittels Lichtständern der Type „Brigittenau – Meteora spezial“, klein und mittel, bestückt mit Kompaktleuchtstofflampen 2 x 18-W-Sparlampen und Metallhalogendampflampen 70 W, errichtet.

Auf dem Fußweg Liesingbach von der Karl-Heinz-Straße bis Wohnparkstraße im 23. Bezirk wurde auf Grund eines Bezirkswunsches eine öffentliche Beleuchtung an den Holzmasten der Post installiert. Die Ausleuchtung erfolgt über Ausleger mit Ansatzleuchtstoffleuchten 2 x 40 W. Im Zuge der Arbeiten von Wienstrom wurden in der Buckalgasse und in der Kolbegasse im 23. Bezirk die alten Holzmastanlagen durch neue Lichtständeranlagen ersetzt. Die Ausleuchtung erfolgt nun durch Lichtständer der Type „Stadthalle mittel“ mit Ansatzleuchtstoffleuchten 2 x 40 W.

Im Jahre 1996 wurden von der Abteilung 197 öffentliche Uhren betreut, und zwar 79 Würfeluhren, 5 Springzifferuhren, 81 Uhren auf Kirchen, 17 Uhren auf Amtshäusern und Schulen sowie 15 Uhren auf sonstigen Objekten. Sämtliche Uhren sind ferngesteuert und werden über den Zeitzeichensender DCF 77 der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig synchronisiert. Auch die Umstellung auf Sommerzeit und die Rückstellung auf Normalzeit wird von diesem Sender ausgelöst.

Im Berichtsjahr wurden folgende Würfeluhren (Lichtmastuhren) einer Generalüberholung unterzogen, und zwar in 1, Schottentor, 3, Ludwig-Kößler-Platz, 5, Pilgrambrücke, 9, Währinger Straße, Spitalgasse, 11, Simmeringer Hauptstraße 339, 13, Hietzinger Hauptstraße, Kupelwiesergasse, 19, Nußdorfer Platz, und in 23, Dreiständegasse.

Bei den Kirchen- oder Gebäudeuhren in 1, Altes Rathaus, 2, Mexikoplatz (Pfarre Donaustadt), 9, Servitengasse (Pfarre Roßau), 11, Zentralfriedhof (Halle 1), 14, Linzer Straße (Pfarre Hütteldorf), 18, Bischof-Faber-Platz (Pfarre Gersthof), 21, Kinzerplatz (Pfarre Donaufeld), waren zum Teil aufwendige Instandhaltungsarbeiten durchzuführen.

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet durch eine merkliche Zunahme an Arbeiten. Es wurden 243 Aufnahmen von Neuanlagen und 52 Kontrollen von Altanlagen durchgeführt. Erwähnenswert ist auch die hohe Zahl von 32 Lichtmessungen. Zum Teil handelt es sich hierbei um Messungen für die Gewerbebehörde auf Grund von Anrainerbeschwerden, zum Teil aber auch für interne Zwecke, etwa als Basis für die Verbesserung bestehender Beleuchtungsanlagen. Zur Unterstützung der Betriebsgruppe wurden schließlich auch noch 62 Kabelfehlermessungen durchgeführt.

Schwerpunkte der Arbeit im Versuchsraum waren wie bisher die Überprüfung und das Testen neuer Materialien sowie die Optimierung neuer Leuchten in Zusammenarbeit mit dem Materialreferat. Neben zahlreichen Leuchtenmessungen sind auch Tests für elektronische Vorschaltgeräte für Natriumdampf-Niederdrucklampen zu erwähnen sowie die Softwareentwicklung für eine neue Antennengeneration für die öffentlichen Würfeluhren.

Von besonderer Bedeutung in bezug auf die Anstrahlung von Baudenkmälern, Brücken und Brunnen erscheint hier die Errichtung von Anleuchtungsanlagen für die Pfarrkirche Ober-St. Veit (13, Wolfrathplatz) und die Floridsdorfer Kirche (21, Pius-Parsch-Platz). In Zusammenarbeit mit der MA 29 wurden die Hohe Brücke und die Aspernbrücke mit einer Effektbeleuchtung versehen. Für die MA 42 wurde das Blumenbeet auf dem Türkenschanzplatz beleuchtet und für die MA 31 der neue Wasserbehälter auf dem Bisamberg. Größere Instandsetzungsmaßnahmen bzw. Beleuchtungsverbesserungen betrafen die Anlagen in 1, Mosesbrunnen, 13, Hietzinger Kirche, 21, Groß-Jedlersdorfer-Kirche (Amtsgasse).

Mit der Betriebsgruppe wird die Behebung der laufenden Störungen und Lampenausfälle der öffentlichen Beleuchtung und die Behebung aktueller Störungen im Starkstromteil der Lichtsignalanlagen sowie die Störungsbehebung an Verkehrslichtsäulen und beleuchteten Verkehrszeichen durchgeführt. Dazu ist ein Schichtdienst mit 35 Bediensteten eingerichtet, so daß das erforderliche Personal für die Störungsbehebung rund um die Uhr zur Verfügung steht.

## Stadtvermessung

Die Abteilung ist für die vermessungstechnische Betreuung sämtlicher Magistratsdienststellen zuständig. Dazu gehören das Bereitstellen aller vermessungstechnischen Unterlagen, wie Karten und Pläne, sowie die Vornahme der erforderlichen geodätischen Messungen. Den Fachbereichen der Vermessungstechnik entsprechend ist die Abteilung in die Dezernate Ingenieurgeodäsie mit den Referaten Baustellenmessungen, Allgemeine Vermessungen und Nivellement, Liegenschaftswesen mit den Referaten Urkundpläne und Grenzvermessungen und Kartographische Geodäsie mit den Referaten Mehrzweckkarte, Photogrammetrie und Kartographie gegliedert.

Vom Dezernat Ingenieurgeodäsie werden sämtliche kommunale Bauvorhaben vermessungstechnisch betreut. Breiten Raum nahmen dabei wie in den letzten Jahren die Messungen für den U-Bahnbau ein, die vom Referat Baustellenmessungen ausgeführt werden. Vor der Eröffnung der verlängerten Linie U6 nach Floridsdorf standen noch etliche Abschlußmessungen am Programm. Im gesamten Schienenbereich mußte überprüft werden, ob die Toleranzen der Bauausführung das erforderliche Lichtraumprofil gewährleisten. Es war abschließend festzustellen,

inwieweit Setzungen an Gebäuden im Einflußbereich der Baustelle aufgetreten sind. Auch waren alle im Einflußbereich des U-Bahn-Baukörpers angebrachten Grundwasserpegel, die in Hinkunft Aussagen über das Verhalten der Grundwasserströme bieten sollen, präzise einzumessen. Zu den Abschlußmessungen zählten auch die Absteckungsarbeiten für die Oberflächengestaltung der Stationsbereiche.

Mit Baubeginn der Verlängerung der Linie U3 nach Simmering waren hingegen vorbereitende Vermessungsarbeiten vorzunehmen. So war als Ausgangsbasis für die kommenden Arbeiten, wie Absteckungen, Kontrollen der Bauausführung, sowie Setzungsmessungen, ein sehr dichtes Netz an Lage- und Höhenfestpunkten anzulegen. Um die durch Grundwasserabsenkungen und künftige Baumaßnahmen zu erwartenden Setzungen an bestehenden Objeken kontinuierlich im Submillimeterbereich erfassen und bei Gefährdung rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergreifen zu können, wurde eine sogenannte Nullmessung an über 1.100 Meßstellen vorgenommen. Bei den bereits sehr weit fortgeschrittenen Bauabschnitten U3-16 (Hütteldorfer Straße) bis U3-18 (Ottakring) konzentrierten sich die Arbeiten auf die vermessungstechnische Betreuung des Innenausbaues, der Oberflächengestaltung und laufende Setzungskontrollmessungen.

Technisch anspruchsvolle und aufwendige Präzisionsmessungen waren auch im Brückenbau auszuführen. Als Vorbereitungsarbeiten für die Hebung und Verbreiterung der Praterbrücke waren zum Teil unter schwierigsten Bedingungen, z. B. auf vereisten Brückenpfeilern, Verformungsmessungen des Tragwerkes einschließlich der Gas- und Wasserleitungsrohre vorzunehmen. Besonders zu erwähnen sind bei der Errichtung der Donaustadtbrücke die Lage- und Höhenkontrollen während des Einschubes des Stahltragwerkes und die Erfassung der Deformationen des Pylons bei der Anbringung der Tragseile.

Für kommunale Projekte hat das dem Dezernat Ingenieurgeodäsie zugeordnete Referat Allgemeine Vermessungen 37 Lagepläne, 80 Lage- und Höhenpläne und 10 Pläne für die Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen zur Verfügung gestellt. Weiters waren Absteckungen für 19 Bauprojekte, vorwiegend Straßenbauprojekte, vorzunehmen. Dabei lag wie in den letzten Jahren das Schwergewicht bei den Stadtentwicklungsgebieten und deren Anschlußbereichen. Besondere Bedeutung kam auch den Vermessungsunterlagen für Schulen, Kindertagesheimen und dem Wiener Wohnbauprogramm zu.

Aus der Fülle der vielfältigen Aufgaben seien folgende beispielshaft herausgegriffen: Fluchtlinieneinrechnung für das Stadterneuerungsgebiet Nordbahnhof, Flächenbestimmung für das Schlichtungsverfahren „Am Schöpfwerk", Tiefenbestimmung von Hauskellern im 22. Bezirk im Zuge der Grundwasseranhebung durch das Kraftwerk Freudenau, Höhenmessungen für die Sanierung der Fahrbahnen des Schwarzenbergplatzes sowie die vermessungstechnische Betreuung der Ausgrabung Judenplatz, der Deponie Rautenweg und des Friedhofsinformationssystems der MA 43. Im Rahmen dieses Informationssystems, das die planliche Darstellung mit den Angaben des Grabbuches in einer Datenbank verknüpft, war es erforderlich, mit der Vermessung von über 300.000 Gräbern des Zentralfriedhofes zu beginnen. Wegen des großen Umfanges mußte die Arbeit nach dem Wiener Landesvergabegesetz EU-weit ausgeschrieben werden. Trotz internationaler Konkurrenz setzte sich eine Arbeitsgemeinschaft von Ingenieurkonsulenten aus Wien und Niederösterreich als Bestbieter durch.

Außerhalb von Wien waren die Techniker des Referates Allgemeine Vermessungen vor allem für die MA 31 – Wasserwerke tätig. So wurden der Vortrieb des Ersatzstollens Scheibbs vermessungstechnisch unterstützt und die Bewegungen von Rutschhängen im Trassenbereich der II. Hochquellenleitung wie schon in den Vorjahren mit hochpräzisen Satellitenmeßgeräten (GPS) erfaßt.

Etliche Plangrundlagen waren für Zwecke des Unabhängigen Verwaltungssenates, der Bauoberbehörde, der Magistratischen Bezirksämter, der MA 4 und der MA 7, für Verkehrsgutachten, nach dem Veranstaltungsgesetz und dem Gebrauchsabgabengesetz anzufertigen.

Die von den Abteilungen MA 21 A, B, C laufend vorgenommenen Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes mußten wieder in 125 Fällen meßtechnisch ergänzt werden.

Zu den wesentlichsten Aufgaben des Referates Nivellement zählen die Erneuerung und Wartung des städtischen Höhenfestpunktfeldes und die Kontrolle sämtlicher stadteigener Hochbauten auf etwaige Setzungen. Insgesamt wurden 186 km des Höhennetzes begangen, 316 km mit Präzisionsinstrumenten gemessen und 140 neue Höhenfestpunkte dauerhaft vermarkt. Zusätzlich waren an 51 stadteigenen Objekten 159 Setzungsmessungen durchzuführen.

Zu den Hauptaufgaben des Dezernates Liegenschaftsgeodäsie gehören die Evidenthaltung von Landes- und Bezirksgrenzen, das Erstellen von Lage-, Teilungs-, Servituts- und Entschädigungsplänen für stadteigene Liegenschaften und kommunale Projekte sowie Grenzvermessungen stadteigener Liegenschaften.

Das Dezernat Liegenschaftsgeodäsie hat im Zuge der Überarbeitung und genauen Festlegung der Bezirksgrenzen die Voraussetzungen für die Beschlußfassung folgender Landesgesetzblätter geschaffen:

- 34. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 19. und 20. Bezirk (Nußdorfer Lände)
- 49. Gesetz über eine Änderung der Grenzen zwischen dem 6., 7. und 15. Bezirk (Gürtel)

Im Zuge dieser Änderungen wurden die neuen Bezirksgrenzen sowie in weiterer Folge die nicht geänderte Grenze zwischen dem 9. und 20. Bezirk im Bereich des Donaukanals vermessen und koordinativ festgelegt. Damit ist eine genaue Bekanntgabe des Grenzverlaufes von weiteren 5,7 Kilometer jederzeit möglich.

Die im Vorjahr eingerichtete Arbeitsgruppe zum Thema „Städtische Abteilungsverfahren" konnte nun bereits konkrete Ergebnisse vorlegen. Unter Federführung der Abteilung haben alle jene Dienststellen, die mit Grundteilungen

befaßt sind, die bestehenden sehr zeitaufwendigen behördlichen Verfahren bei Grundteilungen analysiert und konkrete Verbesserungsmaßnahmen zur rascheren Durchführung vorgeschlagen und auch in der Praxis erprobt.

Eine bessere terminliche Erfassung der im Zuge von Teilungsverfahren durchzuführende Aktivitäten der einzelnen Dienststellen ist mittels Verwendung eines von der Abteilung entwickelten EDV-Programms möglich. Die dafür angelegte Kartei wurde 1996 um 7.000 Aktenzahlen auf insgesamt 16.000 erweitert. Ein weiteres EDV-Programm wurde für die vereinfachte Erstellung von Standardschreiben entwickelt.

Die Anzahl der behördlichen Ansuchen im Zusammenhang mit der grundbücherlichen Durchführung von Teilungsplänen ist von 580 im Vorjahr auf 690 angestiegen. Bei den vierteljährlich durchgeführten Teilungsplan-Terminbesprechungen ist die Zahl der Urgenzakte mit 85 weiter leicht gefallen. An Zustimmungserklärungen für private Teilungspläne, bei denen der Grenzverlauf zwischen Privatgrundstücken und den Grundflächen der Stadt Wien überprüft werden mußte, waren 300 Stück abzugeben.

Die Anzahl der vom Dezernat Liegenschaftsgeodäsie an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen vergebenen Aufträge ist mit 150 gegenüber dem Vorjahr etwa gleich geblieben, doch ist die Vergabesumme auf 10,4 Millionen Schilling zurückgegangen.

Nach den Bestimmungen des Liegenschaftsteilungsgesetzes ist das Stadtbauamt Wien ermächtigt, grundbuchsfähige Urkundpläne zu verfassen. In Ausübung dieser Befugnis hat die Abteilung mit Eigenpersonal 31 Teilungspläne angefertigt und weitere 12 Grenzabsteckungen vorgenommen. Mit diesen Plänen wurde eine Gesamtfläche von etwa 56 ha erfaßt, die Länge der abgesteckten Grenzen betrug etwa 5,7 km mit 200 Grenzpunkten. Wie bereits oben erwähnt, wurden zusätzlich Bezirksgrenzen in einer Länge von etwa 5,6 km koordinativ festgelegt.

Von den erstellten Plänen können folgende hervorgehoben werden: die Grundbuchsordnung für den Wilhelm-Kienzl-Park, den Max-Mell-Park, die Parkanlage am Leberberg, für den Rochusmarkt, für die Friedhöfe Kalksburg, Heiligenstadt und Siebenhirten, das Franz-Horr-Stadion und das Hallenbad Brigittenau; Gewässeraufnahmen für den Liesingbach, den Wienflußdamm und die Alte Donau; sowie die Bauplatzschaffung für die städtischen Wohnhausanlagen „Rabenhof" und „Schöffelhof".

Weiters wurden mit Teilungsplänen für Kleingartenanlagen deren Verkauf sowie für die U 3 und die U 6 die Übertragung von Grundflächen in das Sondervermögen der Wiener Stadtwerke – Wiener Linien vorbereitet.

Grundbücherlich durchgeführt wurden unter anderem die Teilungspläne für: die Parkanlage am Streckerplatz, die Volkshochschule am Arthaberplatz sowie die Schulen Kienmayergasse und Baumgasse, die städtischen Wohnhausanlagen Zirkusgasse, Gänsbachergasse und Rosentalgasse, die Garagen Meiselstraße und Basler Gasse, die Eissporthalle Attemsgasse, die Feuerwache Mariahilf, das Kindertagesheim Broßmannplatz, der evangelische Friedhof in der Triester Straße sowie die Friedhöfe Leopoldau und Erlaa.

Ende 1993 wurde zwischen der Stadtvermessung und dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen ein Arbeitsübereinkommen über die Herstellung einer Digitalen Katastralmappe vereinbart. Auf Grundlage dieser digitalen Karte wird von der MA 14 ein für viele Bereiche der Planung und Verwaltung wichtiges Grundstücksinformationssystem aufgebaut. Mit dem Vorliegen der digitalen Mappe über 75 Prozent des Stadtgebietes ist mit der programmgemäßen Fertigstellung Ende 1997 zu rechnen. Parallel zu diesem Projekt wurde auch gemeinsam begonnen, digitale Katastralmappen für das Schutzgebiet der Hochquellenleitungen anzulegen. Darüber hinaus ist ein ähnliches Übereinkommen, das außerhalb von Wien liegende Versorgungsgebiet der Wiener Stadtwerke betreffend, unter Einbeziehung des Landes Niederösterreich in Verhandlung.

Schwerpunkt der Tätigkeiten des Dezernates Kartographische Geodäsie war wieder, wie in den letzten Jahren, die Erstellung der digitalen Stadtkarte. Mit Jahresende 1996 konnte im wesentlichen die Ersterfassung des vorhandenen Stadtgebietes mit Vorliegen der Vermessung des Straßenraumes und der ergänzenden Luftbildauswertung abgeschlossen werden. Die noch erforderliche kartographische Bearbeitung der Ersterfassung wird voraussichtlich Mitte 1997 beendet sein, so daß ab diesem Zeitpunkt alle Kapazitäten für die Evidenthaltung des Kartenwerkes eingesetzt werden können.

Im Referat Luftbildauswertung wurde das älteste, nahezu 40 Jahre lang verwendete analoge Auswertegerät skartiert und abtransportiert. Das zweitälteste, wohl noch funktionsfähige, aber für die Stadtkartenproduktion nicht mehr wirtschaftlich einsetzbare Gerät wurde an ein Entwicklungsland verschenkt. Mit der 1996 erfolgten Anschaffung von zwei weiteren digitalen 3-D-Auswertestationen stehen nun der Abteilung insgesamt vier dieser modernsten Arbeitsstationen für die Evidenthaltung der digitalen Stadtkarte zur Verfügung. Im Vergleich zur bisherigen Arbeitsmethode bietet die Auswertung von gescannten Luftbildern eine Reihe von faszinierenden Vorteilen, die vor allem in der Automatisierung von Arbeitsschritten durch Anwendung der Mustererkennung liegen. Auch kann für die Evidenthaltung der Karten das zu erneuernde Kartenbild lagerichtig in das aktuelle 3-D-Luftbild eingeblendet werden, so daß der Auswerter am Bildschirm sofort erkennen kann, wo Änderungen eingetreten sind.

Trotz der durch die Umstellung eingetretenen Arbeitsausfälle war es möglich, 18 Stadtkartenblätter 1:1000 neu auszuwerten und 305 auf den Stand als aktuellen Bildfluges zu bringen.

Weiters wurden die regelmäßige Erfassung des Schüttvolumens der Mülldeponie Rautenweg fortgesetzt und Dachflächenauswertungen für die Stadtplanung, 15 Blätter 1:10.000 umfassend, vorgenommen.

Im Bereich des Wald- und Wiesengürtels der Stadt wird einerseits die Erfassung der Erdoberfläche durch Luftbildauswertung wegen der vorhandenen Vegetation sehr behindert. Andererseits kommen dafür auch herkömmliche Ver-

messungsmethoden wegen des hohen Aufwandes nicht in Frage. Diese verfahrenstechnische Lücke konnte nun durch ein neu entwickeltes Fernerkundungsverfahren, das Laser-Scannen, geschlossen werden. Dabei wird von einem Flugzeug aus, dessen Position mittels Globalem Positionierungssystem (GPS) kontinuierlich bestimmt wird, das darunter liegende Gelände mit einem Laserstrahl rasterförmig abgetastet. Aus der Laufzeit jener Strahlen, die nicht vom Bewuchs, sondern von der Erdoberfläche reflektiert werden, dem Scanwinkel und der Position des Flugzeugs läßt sich ein digitales Höhenmodell mit Dezimetergenauigkeit errechnen. Dieses Verfahren kam erstmals in Wien im Frühjahr 1996 für die höhenmäßige Erfassung des gesamten Wienerwaldes zum Einsatz.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen wurde der Luftbildplan Wien, 36 Blätter im Maßstab 1:10.000, wieder neu aufgelegt.

Durch präzise Vermessungen des Straßenraumes wird die Luftbildauswertung gestützt und dadurch die Genauigkeit der digitalen Stadtkarte erhöht. Diese Straßenvermessungen, die den gesamten verbauten Stadtbereich betreffen, sind Aufgabe des Referates Mehrzweckkarte. Zur Erfassung der Veränderungen gegenüber der erstmaligen Vermessung wurden Evidenthaltungsmessungen in 660 Blättern 1:1000, 1.100 km Straßenlänge betreffend, vorgenommen. Die Arbeiten wurden zur Hälfte mit Eigenpersonal und zur Hälfte im Vergabewege ausgeführt.

Nach automatisierter Zusammenführung der photogrammetrischen Daten mit der Vermessung der Straßenbereiche wird im Referat Kartographie die digitale Stadtkarte fertiggestellt. Mit Jahresende 1996 konnte die Gesamtzahl der verfügbaren Mehrzweckkartenblätter 1:1000 auf 1.295 ausgebaut werden. In den Folgemaßstäben wurde der Stand auf 263 Blätter 1:2000, 45 Blätter 1:3000 und 40 Blätter 1:5000 aufgestockt. Nach Einarbeitung der Inhalte des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes auf zusätzlichen 122 Blättern 1:1000 sind nun 1.327 Blätter 1:1000 und davon abgeleitet 265 Blätter 1:2000 verfügbar.

Neben den Arbeiten für die Stadtkarte waren von den Kartographen des Referates weitere Kartengrundlagen z. B. für Veröffentlichungen, als Beilage zu Landesgesetzen und Verordnungen und für den Schutzzonenatlas anzufertigen.

Das Planarchiv der Abteilung umfaßt derzeit nahezu 15.000 Planoperate. Da nunmehr immer häufiger digitale Pläne verfaßt werden, wurde begonnen, die bislang händisch geführten Archivkarteien und -übersichten zu digitalisieren. Nach Abschluß dieser Arbeiten wird dem Archivbenützer, auch extern über Netzbetrieb, ein Planinformationssystem zur Verfügung stehen, das die Planentlehnung wesentlich erleichtern wird.

Das Referat Technisches Zeichnen ist für die zeichnerische Erstellung von Lageplänen, Lage- und Höhenplänen, Teilungsplänen und Dienstbarkeitsplänen, die von Technikern der Abteilung verfaßt werden, sowie für allgemeine graphische Arbeiten zuständig. So wurden insgesamt 82 zum Teil sehr umfangreiche Pläne neu gezeichnet und 90 ergänzt oder geändert.

In der Gesetzgebung sind keine Neuerungen eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Tätigkeiten der Abteilung bewirkt hätten. Die fachlichen Kontakte, vor allem mit den technischen Universitäten, dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen sowie den Vermessungsstellen der Länder, werden weiterhin ständig gepflegt.

Bei Besuchen aus den Oststaaten, wie aus Rumänien, Estland und Moldavien, galt das Interesse neben den allgemeinen Aufgaben und der Struktur der Abteilung vor allem der Herstellung der digitalen Karten.

Bei einem im Juli stattgefundenen internationalen, mit über 3.000 Teilnehmern besuchten Kongreß über Photogrammetrie und Fernerkundung hat die Abteilung wesentlich mitgewirkt. Die dort im Rahmen der Ausstellung und bei Führungen präsentierten Arbeiten der Stadtvermessung haben, vor allem im Bereich der digitalen Photogrammetrie, großes Interesse hervorgerufen.

Im Rahmen der Verbindungsstelle der Bundesländer wird ein neues Tarifwerk über die Vergabe von Vermessungsleistungen ausgearbeitet. Von der Abteilung wurde an der Erstellung mitgewirkt und an den Tarifverhandlungen teilgenommen. Auch bei der Ausarbeitung von Normen im Bereich der Vermessung und Geoinformation kam das Fachwissen der Mitarbeiter wieder maßgeblich zur Geltung.

Bei der Vergabe von Vermessungsleistungen ist das Auftragsvolumen auf 35,6 Millionen Schilling deutlich zurückgegangen. Hingegen ist mit 2.673 neuen Geschäftsstücken die Anzahl der Anforderungen gegenüber dem Vorjahr insgesamt leicht angestiegen.

## Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten

Die Abteilung hat im Jahre 1996 die Beratungen für eine Reihe von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen weitergeführt und zum Teil den verfassungsmäßig zuständigen Organen zur Beschlußfassung zugeleitet:

Zur Bauordnung für Wien (BO) ist, nachdem zufolge eines die raumordnungsrechtlichen Bestimmungen betreffenden aufhebenden Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes im Vorjahr eine detailliertere Neufassung der §§ 1 und 2 BO vom Landtag beschlossen worden ist, die betreffende BO-Novelle im LGBl. für Wien Nr. 10/1996 verlautbart worden. Damit wurde auch bis zur Überarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne durch die zuständigen Abteilungen eine Überleitung der bisher geltenden Plandokumente auf Grund von Stadtsenatsbeschlüssen ermöglicht. Weiters wurde durch die mit LGBl. für Wien Nr. 21/1996 kundgemachte Bauordnungsnovelle eine Neuordnung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Erteilung von Baubewilligungen in einem gesetzlichen Bausperrgebiet vorgenommen. Im Zuge der kontinuierlichen Überarbeitung der Bauordnung wurden unter Einbin-

dung des vom Planungsausschuß eingesetzten Unterausschusses mit dem Arbeitskreis „Bauordnungsreform" sowie Wiener Bauordnungs-Kommission mit dem Ziel einer Verfahrensvereinfachung und Deregulierung einige grundlegende Änderungen vorbereitet.

Das Reformpaket wurde am 27. Juni 1996 vom Landtag beschlossen und hat sich in folgenden, am 18. September 1996 kundgemachten, vier Gesetzesnovellen manifestiert:

1) Durch die Verfahrensnovelle, LGBl. für Wien Nr. 42/1996, soll in erster Linie eine Beschleunigung der Verfahren erzielt werden. Es werden daher einerseits möglichst viele Bauvorhaben von jeglicher Bewilligungspflicht ausgenommen, andererseits wird ab 1. Jänner 1997 ein vereinfachtes Baubewilligungsverfahren vorgesehen, bei dem durch die Vorlage der Bestätigung eines Ziviltechnikers über die Einhaltung sämtlicher einschlägiger Vorschriften die behördliche Baubewilligung ersetzt wird. Auch die Überprüfung der Fertigstellung eines Bauvorhabens wird – unter Entfall einer behördlichen Benützungsbewilligung – von einem Ziviltechniker besorgt.
2) Durch die Stadtgestaltungsnovelle, LGBl. für Wien Nr. 44/1996, werden insbesondere Bestimmungen über die Stadtplanung (Inhalte der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, zeitlich befristete Bausperre) und die bauliche Ausnützbarkeit der Bauplätze geändert. Weitere Änderungen dienen einer behindertengerechten Ausgestaltung von Bauten bzw. sollen den Benutzern von Wohnungen eine größere Gestaltungsfreiheit innerhalb dieser einräumen. Schließlich dient die Novelle der Ökologisierung, etwa der Einsparung von Energie und einer Verringerung der Bodenversiegelung, im Interesse des Grundwasserhaushaltes.
3) Durch die Gehsteignovelle, LGBl. für Wien Nr. 45/1996, wird die Verpflichtung des Anliegers zur Gehsteigherstellung in natura ab 1. Jänner 1998 durch die Pflicht zur Entrichtung eines (pauschalierten) Kostenbeitrages ersetzt und die tatsächliche Gehsteigherstellung der Gemeinde überantwortet.
4) Die Garagengesetznovelle 1996, LGBl. für Wien Nr. 43/1996, enthält insbesondere eine Verordnungsermächtigung an den Gemeinderat im Rahmen des Bebauungsplanes, für bestimmte Teile des Stadtgebietes – etwa solche, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erschlossen sind, – besondere Anordnungen über das zulässige Ausmaß der Herstellung von Stellplätzen, über die Art, in der die Stellplatzverpflichtung zu erfüllen ist, sowie über die Zulässigkeit von Garagengebäuden zu treffen (Stellplatzregulativ).

Zum Wiener Kleingartengesetz wurde zunächst noch die im Vorjahr vom Landtag beschlossene Novelle im LGBl. für Wien Nr. 9/1996 verlautbart. Im Zusammenhang mit der Bauordnungsreform wurde mit dem Ziel, Verfahrenserleichterungen auch im Kleingartenbereich Platz greifen zu lassen, eine komplette Neufassung des Kleingartengesetzes erstellt und nach Beschlußfassung in der Sitzung des Landtages vom 9. August 1996 im LGBl. für Wien Nr. 57/1996 verlautbart.

Zum Wiener Garagengesetz wurde zunächst die vom Landtag im Vorjahr beschlossene Novelle betreffend die Einstellung von elektrisch angetriebenen Kraftfahrzeugen mit Sicherheitsvorkehrungen für Ladeplätze in Garagen im LGBl. für Wien Nr. 8/1996 verlautbart. Im übrigen ist auf die im Zuge der oben erwähnten Bauordnungsreform beschlossenen Novellen, LGBl. für Wien Nr. 42 und 43/1996 (Garagengesetznovelle), hinzuweisen. Die nach den genannten Gesetzesnovellen erforderliche neue Durchführungsverordnung zum Wiener Garagengesetz mit der Neubemessung des Einheitssatzes der Ausgleichsabgabe (120.000 S je Stellplatz) wurde der Landesregierung zum Beschluß vorgelegt und im LGBl. für Wien Nr. 56/1996 kundgemacht.

Zum Wiener Gasgesetz wurde die im Vorjahr zwecks Anpassung an das europäische Konformitätszeichen (CE-Zeichen) für Gasverbrauchsgeräte vom Landtag beschlossene Novelle im LGBl. für Wien Nr. 7/1996 verlautbart. Zur Erleichterung des Einsatzes von Außenwand-Gasfeuerstätten wurde eine Novelle, die auch die Bauordnung miterfaßte, vom Landtag am 8. August 1996 beschlossen und im LGBl. für Wien Nr. 55/1996 verlautbart.

Im Rahmen der Europäischen Integration waren Anpassungen des Landesrechtes vorzubereiten. Zur Umsetzung der Bauproduktenrichtlinie der Europäischen Union (EU) wurde ein neues Akkreditierungsgesetz dem Landtag zur Beschlußfassung am 29. März 1996 zugeleitet und im LGBl. für Wien Nr. 30/1996 verlautbart. Entsprechend der Länder-Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen, LGBl. für Wien Nr. 24/1993, wurde anschließend mit Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 4. September 1996, kundgemacht im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 38/1996, die Zuständigkeit zur Vollziehung dem gemeinsam von den Ländern eingerichteten Österreichischen Institut für Bautechnik (OIB) übertragen.

Das in Umsetzung der EU-Richtlinie über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften erstellte Wiener Notifizierungsgesetz wurde dem Landtag ebenfalls am 29. März 1996 zur Beschlußfassung zugeleitet und im LGBl. für Wien Nr. 28/1996 verlautbart.

Zu den vom Bund und anderen Bundesländern ausgehenden Gesetzes- und Verordnungsentwürfen war im Begutachtungsverfahren in über 100 Fällen Stellung zu nehmen, unter anderem auch zum Bundesstraßenfinanzierungsgesetz und zur Anfechtung durch die Wiener Landesregierung beim Verfassungsgerichtshof ein Beitrag aus raum- und straßenrechtlicher Sicht vorzubereiten.

In den Assanierungsgebieten des 2., 3. und 16. Bezirkes wurden nahezu 400 Genehmigungsverfahren über Kaufverträge und sonstige Rechtsgeschäfte über den Liegenschaftserwerb behandelt, aber auch zahlreiche Feststellungsanträge über einzelne Objekte.

In Vollziehung der Bauordnung hatte die Abteilung als Behörde erster Instanz das Baubewilligungsverfahren für einige bemerkenswerte Bauvorhaben des Bundes, die öffentlichen Zwecken dienen, durchzuführen. Als Beispiele sind

die Baubewilligungen für Generalsanierungen samt Zubauten diverser Bundesgymnasien unter anderem in 8, Albertgasse 18–22, 16, Maroltingergasse 69–71, 18, Schopenhauerstraße 49 und 19, Krottenbachstraße 11–13, und für den Neubau des Gasthofes „Tirolerhof" in 13, Schönbrunn oberhalb des Tiergartens Schönbrunn, weiters Benützungsbewilligungen für den Neubau der Veterinärmedizinischen Universität Wien in 21, Josef-Baumann-Gasse 1, zu nennen. Insgesamt waren über Antrag der Bundesbaudirektion Wien, der Post- und Telegraphendirektion für Wien, NÖ und Bgld. sowie der Burghauptmannschaft Wien für mehr als 200 Bauvorhaben die entsprechenden Bauverhandlungen einschließlich Benützungsbewilligungen durchzuführen.

Grundabteilungen zur Schaffung von Bauplätzen, Abtretungen von Verkehrsflächen, sonstige Parzellierungen, Liegenschaftsteilungen, Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen waren in etwa 1.400 Fällen zu behandeln, in etwa derselben Zahl Gerichtsbeschlüsse der Grundbuchsgerichte über solche Grundabteilungen, Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen zu überprüfen. Mehrleistungsentschädigungen für seinerzeitige unentgeltliche Straßengrundabtretungen nach einer Verschmälerung oder einem Abrücken der Verkehrsflächen waren in über 60 Fällen zu bemessen.

Auf Grund von Ermächtigungen des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr bzw. für den Landeshauptmann waren Eisenbahnbauvorhaben von der Abteilung zu behandeln. Wie in den Vorjahren konnten für weitere Straßenbahnhaltestellen Bewilligungen für neue transparente Fahrgastunterstände („City-light-Vitrinen") erteilt werden. Eisenbahnrechtliche Baugenehmigungen waren für die Nachrüstung von U-Bahn-Stationen mit Aufzügen unter anderem der U4 zu erteilen. Die Betriebsbewilligung für die Verlängerung der U-Bahn-Linie U6 vom Gürtel über die Station „Spittelau" nach Norden bis 21, Floridsdorf zur Eröffnung am 5. Mai 1996 konnte ausgefertigt werden. Für die Verlängerung der U-Bahn-Linie U3 von 3, Erdberg nach Wien 11, Simmering in mehreren Bauabschnitten waren Bauverhandlungen durchzuführen und konnten die eisenbahnrechtlichen Baubewilligungen erteilt werden. Enteignungsverfahren waren in der Folge für mehrere Servitutsbegründungen im Neubaubereich der U-Bahn-Linie U3 in Wien 11, Simmering einzuleiten.

Weitere Enteignungsverfahren wurden nach dem Stadterneuerungsgesetz und nach der Bauordnung für Wien, insbesondere zum widmungsgemäßen Ausbau von Verkehrsflächen im 11. und 21. Bezirk und auch zur Erfüllung der Abtretungsverpflichtung zu öffentlichen Verkehrsflächen im Zuge von Bauplatzschaffungen durchgeführt. Auch Anträge auf Einlösung von Liegenschaften, die durch Umwidmungen der Gemeinde ihre Bebaubarkeit verloren haben oder in den Wald- und Wiesengürtel zu liegen gekommen sind, waren zu bearbeiten. Dies betraf hauptsächlich Grundstücke im 19. und 23. Bezirk. Auch über Enteignungsanträge zur Arrondierung von neu zu schaffenden Bauplätzen durch benachbarte Ergänzungsflächen, etwa im 19. Bezirk, war zu entscheiden.

Für Luftfahrtveranstaltungen (Schauflüge, Fallschirmabsprünge und dgl.), Außenlandungen und Außenabflüge von Luftfahrzeugen (Hubschrauber, Heißluftballons) außerhalb von Flugplätzen oder Flughäfen waren 1996 mehr als 100 Anträge zu behandeln, dazu einige Luftfahrzeugvermietungsbewilligungen.

Die Abteilung hatte weiters zufolge einer Novelle zum Luftfahrtgesetz dem Landeshauptmann zufallende Verwaltungstrafsachen erster Instanz in fünf Fällen wahrzunehmen.

Für den Ausbau des Leitungsnetzes der Wiener Stadtwerke – Wienstrom waren starkstromwege- und energierechtliche Bewilligungen zu verhandeln, dazu Leitungsverlegungen der Wiener Stadtwerke – Wiengas und Aufgrabungsgenehmigungen für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung sowie des Fernmeldebauamtes. Für Windkraftanlagen war die energierechtliche Genehmigung nach der Versuchsanlage der Wienstrom in Wien 2, Donauinsel-Südteil noch für ein privates Projekt in Wien 10, Am Johannesberg zu erteilen, das den erzeugten elektrischen Strom ebenfalls in das städtische Netz einspeisen soll.

Anträge von Hauseigentümern, ob Neu- bzw. Umbauten an Stelle von Althäusern im öffentlichen Interesse liegen, sind 1996 nur drei neu eingebracht worden. Die Feststellungsverfahren sind im Hinblick auf die soziale Situation der betroffenen Mieter und die in Wien bestehende Wohnungsnot mit besonderer Sorgfalt durchzuführen und bedürfen umfassender Erhebungen.

Baupolizeiliche Instandsetzungsaufträge, die der Erhaltung der Gebäude in gutem und vorschriftsgemäßem Zustand dienen, sowie Abtragungsaufträge bezüglich vorschriftswidriger Bauten führten in etwa 500 Fällen zu Ersatzvornahmeverfahren. Dazu kamen über 140 Berufungserledigungen zu Kostenvorauszahlungsaufträgen, Vollstrekkungsverfügungen und Kostenersatzvorschreibungen, aber auch zu Aufträgen auf Instandsetzung von Gassteigleitungen in Wohnhäusern.

Auf Grund des neuen Abfallwirtschaftsgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 13/1994, waren einige Berufungen wegen Ausnahmen von der öffentlichen Müllabfuhr zu behandeln.

Rund 50 Fälle betrafen Berufungen in Administrativverfahren für die Erteilung von Gebrauchserlaubnissen bzw. diesbezügliche Entfernungsaufträge, weiters Feuerpolizeiangelegenheiten insbesondere wegen Heizverboten und Kostenersätze für mutwillig verursachte Feuerwehreinsätze. Hier waren die Entscheidungen für den Berufungssenat der Stadt Wien vorzubereiten.

Schließlich waren im Jahre 1996 auf Grund von Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof und den Verfassungsgerichtshof in sechs Fällen Gegenschriften zu verfassen und bei Anträgen auf aufschiebende Wirkung den Gerichtshöfen Stellungnahmen vorzulegen.

Magistrats- und Bundesdienststellen haben der Abteilung über 270 Einladungen zu Besprechungen übermittelt, denen Folge zu leisten war. In über 180 Fällen waren zufolge des per 1. Jänner 1995 vollzogenen Beitrittes der Republik Österreich zur Europäischen Union Stellungnahmen zur Europäischen Integration in bezug auf das Bauwesen, den Abbau technischer Handelshemmnisse und zu Notifikationsverfahren vor Erlassung technischer Vorschriften abzugeben. Ferner waren zahlreiche Rechtsgutachten, vor allem für die Baupolizei, abzugeben. In über 260 Fällen ergaben sich Stellungnahmen und Gutachten im Verfahren zu Neufestlegungen und Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen.

Abschließend ist anzumerken, daß die Abteilung bis zum Wirksamwerden der neuen Geschäftseinteilung am 29. November 1996 der seinerzeitigen Geschäftsgruppe „Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien" angehört hat und seither zur Geschäftsgruppe „Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung" gehört.

## Statistisches Amt der Stadt Wien

Im Jahre 1996 erschien mit der Sonderpublikation „Volkszählung vom 15. Mai 1991" der letzte Band über die Großzählung 1991. Die Publikation mit einer Auflage von 1.100 Stück umfaßt 337 Seiten und beinhaltet einerseits Strukturbeschreibungen der Gemeindebezirke nach soziodemographischen und sozioökonomischen Merkmalen der Bevölkerung, andererseits kleinräumige Ergebnisse auf Zählbezirks- und Zählgebietsebene in tabellarischer und kartographischer Form über Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit und Ausbildung der Bevölkerung sowie Lebensunterhalt, Haushalts- und Familientypen. Mit den zwei bereits erschienenen Sonderpublikationen über die Häuser- und Wohnungszählung sowie die Wiener Arbeitsstätten wird eine umfassende Analyse der Großzählungsergebnisse 1991 aber auch eine Darstellung der Wiener Gemeindebezirke gegeben.

Die „Wiener Bezirksdaten" – für jeden Bezirk wurde ein Heft mit 96 Seiten erstellt – sind ein Datennachschlagewerk über alle 23 Bezirke; sie erschienen im Frühjahr 1996 in einer Auflage von 1.500 Stück. Um einen Hinweis auf die Positionierung des jeweiligen Bezirkes zu geben, wurden die Strukturdaten der Bezirke in den meisten Fällen in bezug zu Wien gesetzt. Beim vorliegenden Zahlenwerk handelt es sich nicht nur um eine statistische Momentaufnahme über Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, Umwelt, Grünflächen, Wirtschaft, Verkehr, Gesundheit, Soziales, Bildung, Kultur, Freizeit, Sport und Wahlen, sondern auch um ein Situationsbild über die vergangenen zehn Jahre in Wien.

Neben diesen Sonderpublikationen wurde das „Statistische Jahrbuch der Stadt Wien" als das wichtigste jährliche Zahlennachschlagewerk über Wien herausgegeben. Diese Publikation ist eine umfangreiche Datensammlung, auf 412 Tabellenseiten in 26 Kapitel gegliedert enthält sie nicht nur Statistiken über Wien als Ganzes, sondern auch über die einzelnen Wiener Bezirke wird eine Vielzahl von Daten angeboten. Die Ausgabe 1995 des „Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien" erschien wie in den letzten Jahren, in einer neuen, veränderten äußeren Form im Format DIN A4 und neuem gefälligen Layout auf Hochglanzpapier. Die Tabellen werden, wie in den früheren Jahrgängen, in einer Zeitreihe von fünf Jahren präsentiert. Die bestehenden Tabellen werden auch bei dieser Ausgabe mit neuen Schwarzweiß-Grafiken ergänzt. Bereichert wird das Jahrbuch noch durch 23 Farbgrafiken (Wiens Lage, Witterung, Bevölkerung, Umwelt, Wohnungswesen, Verkehr, Fremdenverkehr, Arbeitsmarkt und Preise in Wien). Das „Statistische Jahrbuch" erschien Anfang Dezember 1996 in einer Auflage von 1.000 Stück. Neu bei dieser Ausgabe ist noch, daß das Statistische Jahrbuch 1995 auch auf Diskette erhältlich ist.

Das „Statistische Taschenbuch der Stadt Wien" ist eine Kurzfassung des „Statistischen Jahrbuches"; die Ausgabe 1995 erschien in einer Auflage von 1.200 Stück bereits im Juni 1996. In 24 Kapiteln auf 140 Seiten im Format DIN A6 wurden die wichtigsten Daten über Wien zusammengefaßt. Die Vergleiche Wiens mit anderen österreichischen und europäischen Städten, die im „Statistischen Jahrbuch" nicht enthalten sind, konnten erweitert werden. Die Tabellen wurden wieder durch eine Reihe von Farb- und Schwarzweiß-Grafiken ergänzt.

Die „Statistischen Mitteilungen", eine Vierteljahresschrift der Abteilung, enthalten Fachartikel, einen ausführlichen Tabellenteil und fallweise Rezensionen von Fachliteratur. 1996 erschienen folgende Artikel: „Die Nationalratswahl am 17. Dezember 1995", „Die Bedeutung der Internationalen Organisationen 1980–1994", „Die Entwicklung des Wohnbaues seit 1951 in Wien" und „Der Wiener Arbeitsmarkt 1945–1995: Grundzüge in seiner Entwicklung in längerfristiger Perspektive". Die Zeitschrift wurde pro Quartal in einer Auflage von 800 Stück hergestellt.

Die Broschüre „Wien in Zahlen" wurde auch 1996 in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Ungarisch und Tschechisch aufgelegt. Diese Zahlenübersicht gibt auf 16 Seiten eine kurze Information über die wichtigsten Lebensbereiche dieser Stadt. Die Broschüre erschien im Herbst 1996 in einer Auflage von 55.000 Stück.

Die monatlichen „Schnellberichte" über die Bevölkerungsentwicklung und die Wirtschaftskennzahlen sind unter dem Titel „Statistik aktuell" auch über Internet abrufbar. Außerdem wurden im Rahmen der Auskunftstätigkeit zahlreiche Datailanfragen – vorwiegend die Bereiche Bevölkerung und Wirtschaft betreffend – beantwortet und diversen Magistratsdienststellen Datengrundlagen für Projektarbeiten zur Verfügung gestellt.

Die Publikation „Die Verwaltung der Stadt Wien" wurde in einer Auflage von 700 Exemplaren im Dezember 1996 veröffentlicht. Der Verwaltungsbericht über das Jahr 1995, der mit zahlreichen Fotos und einem Sachregister ausgestattet ist, gibt auf rund 450 Seiten Auskunft über die Maßnahmen der Stadtverwaltung, der städti-

schen Unternehmungen, des Wien-Tourismus sowie der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien. Neu ist die Aufnahme der Berichte des Kontrollamtes der Stadt Wien, des Unabhängigen Verwaltungssenates, der Kinder- und Jugendanwaltschaft, der Wiener Patientenanwaltschaft und der Wiener Umweltanwaltschaft.

Die umfangreiche Publikationstätigkeit machte eine breitgefächerte Öffentlichkeitsarbeit und Werbung notwendig. Einerseits wurden die Titelseiten der statistischen Publikationen in U-Bahnvitrinen ausgestellt, andererseits wurden die statistischen Zahlenwerke mittels Plakaten publik gemacht. Für die Plakate über die „Wiener Bezirksdaten" wurden Werbeflächen in den größeren Wiener Postämtern angemietet. Weiters wurden im Rathausbereich, in der Universität und in diversen Instituten Plakate über statistische Publikationen zum Aushang gebracht. Die Broschüre „Wien in Zahlen", die kostenlos erhältlich ist, aber auch Hinweise auf alle anderen statistischen Publikationen enthält, wurde allen Magistratischen Bezirksämtern zur öffentlichen Auflage zur Verfügung gestellt. Um die bereits gestiegenen Verkaufszahlen der Publikationen noch zu verbessern, werden weitere Werbeaktionen für den Verkauf von Disketten der „Wiener Bezirksdaten" und des „Statistischen Jahrbuches" erarbeitet. Parallel zur verstärkten Vermarktung des statistischen Zahlenmaterials in den Printmedien wurden die Informationsbestände im Internet wesentlich erweitert. Um im Internet über möglichst neue Daten zu verfügen, wird für Statistik aktuell das Up-date im Monat zweimal vorgenommen. Für die Präsentation von Wien hat der ORF die statistischen Zahlenbestände „Wien in Zahlen" auf einer CD-ROM übernommen.

Die „Erhebungstätigkeit" der Abteilung umfaßte eine Reihe von periodisch durchzuführenden Erhebungen.

Im Bereich der Agrarstatistik waren 1996 folgende „agrarstatistische Erhebungen" durchzuführen:

- zwei Schweinezwischenzählungen mit Stichtag 3. April und 3. August (Stichprobenerhebung bei 82 bzw. 63 Betrieben)
- Rinderzwischenzählung mit Stichtag 3. Juni (Stichprobenerhebung bei 38 Betrieben)
- Allgemeine Viehzählung mit Stichtag 3. Dezember (Stichprobenerhebung bei 89 Betrieben)

Die Stichprobenerhebungen des „Mikrozensus" wurden wie jedes Jahr vierteljährlich an rund 4.100 Adressen durchgeführt. Zweck dieser seit 1967 österreichweit bestehenden Erhebung ist es, im Zeitraum zwischen den Großzählungen, aktuelle Daten über Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur zu erhalten.

126 Interviewer/innen suchten in den Monaten März, Juni, September und Dezember die ihnen vom ÖSTAT zugewiesenen Adressen auf. Die in diesen Haushalten lebenden Personen gaben Auskunft über Fragen des Grundprogrammes zu Personen-, Haushalts- und Wohnungsmerkmalen, sowie zu aktuellen Themen der von Quartal zu Quartal wechselnden Sonderprogramme.

Folgende Themen wurden 1996 behandelt:

| | | |
|---|---|---|
| März | – | Arbeitskräfteerhebung im Auftrag der Europäischen Union |
| Juni | – | Geburtenbiographie, Bildungslaufbahn |
| September | – | Berufslaufbahn |
| Dezember | – | Urlaubsreisen |

Für den Mikrozensus stellt das Österreichische Statistische Zentralamt (ÖSTAT) die Erhebungsunterlagen zur Verfügung. Die ordnungsgemäße Durchführung obliegt jedoch der Abteilung und beinhaltet die Anwerbung und Einschulung der neuen sowie die Nachschulung der aktiven Interviewer/innen. Weitere Aufgaben sind die Betreuung des Interviewerstabes vor und während der Mikrozensusbefragungen sowie telefonische Befragungen in komplizierten Fällen als auch die Kontrolle der Erhebungsbelege. Die Kontrollarbeiten für die Arbeitskräfteerhebung dienten auch als Grundlage für die Berechnung des Entgeltes der Interviewer/innen.

Im März konnten die Befragungen an 3.164 Adressen (77%, davon entfielen 2.063 auf die Arbeitskräfteerhebung), im Juni an 3.009 (73%), im September an 3.091 (75%) und im Dezember an 3.234 (79%) durchgeführt werden.

Die Unklarheiten bei der Besteuerung von Werkverträgen durch das Strukturanpassungsgesetz führten in den Monaten Mai und Juni zum Rücktritt von rund der Hälfte des Interviewerstabes. Um einen Zusammenbruch der Wiener Mikrozensuserhebungstätigkeit zu verhindern, mußten neue Erhebungsorgane gefunden und eingeschult werden.

1996 gab es für die Erstellung des „Österreichischen Verbraucherpreisindexes (VPI)" große Veränderungen. Wegen der Einführung des VPI '96 und des harmonisierten EU-Index (HICP) wurde der Umfang der Preiserhebung mit Jahresbeginn auf monatlich rund 5.850 Preismeldungen aus 292 Wiener Geschäften ausgeweitet. Zu Jahresmitte wurde die Zahl der 30 freiberuflichen Preiserheber/innen auf 24 eingeschränkt. Die dadurch entstandene Mehrbelastung der verbleibenden Preiserheber/innen und die zu Jahresmitte noch unsichere Rechtslage bezüglich der steuerlichen Belastungen für Werkvertragsnehmer veranlaßte mehrere Preiserheber/innen ihre Tätigkeit zu beenden. Dadurch wurde es notwendig, Ersatz für die nachrückenden Vertretungen zu suchen und einzuschulen. Durch die umfangreichere Preiserhebung hat sich auch der Zeitaufwand für die laufende Kontrolle und Weiterverarbeitung der Preismeldungen vermehrt. Die Umstellung auf eine EDV-mäßige Weiterverarbeitung konnte 1996 noch nicht abgeschlossen werden. Die Vertretung der Stadt Wien bei den monatlichen Sitzungen des Wiener Preiskomitees und des zentralen Redaktionskomitees sowie die Auskünfte in Wertsicherungsangelegenheiten waren weitere wichtige Aufgaben.

Die „Fremdenverkehrsstatistik" wurde monatlich erstellt und erfaßte die Ankünfte und Übernachtungen

der Gäste in den Wiener Fremdenverkehrsbetrieben. Die Daten über den Fremdenverkehr wurden dem ÖSTAT sowie einer Reihe anderer interessierter Institutionen zur Verfügung gestellt. Für die Betriebe besteht Meldepflicht. Einmal jährlich mit Stichtag 31. Mai erfolgt die Erhebung über die Art, Kategorie und Öffnungszeiten der Fremdenverkehrsbetriebe sowie die Zahl und Ausstattung der Fremdenzimmer. 1996 wurden in Wien 336 Fremdenverkehrsbetriebe gezählt; davon waren 215 Hotels, 102 Pensionen und 19 Studentenheime (Saisonhotels). Die Femdenverkehrsdaten wurden auf Initiative der Abteilung österreichweit auf einheitliche Datenbeschreibung mit Trennzeicheninkludierung für Excel-Statistiken umgestellt und werden seither dem ÖSTAT über Standleitung übermittelt.

Im Rahmen der „Wohnbaustatistik" wurden wie jedes Jahr die statistischen Erhebungsformulare, und zwar a) die Baubewilligungsmeldungen (Neu- und Umbau), b) die Meldungen über fertiggestellte und bezugsfertige Wohnungen und c) die Meldungen über Wohnungsabgänge durch Wohnungszusammenlegung, Umwidmung, Sockelsanierung, Revitalisierung und Abbrüche verarbeitet. Ferner waren durch fehlerhaft ausgefüllte Erhebungsformulare wiederholt zahlreiche mündliche und schriftliche Kontakte herzustellen. Die Erfassung aller Wohnungen konnte durch den Einsatz der EDV-mäßig erstellten Kontroll-Listen über die erteilten Baubewilligunsbescheide garantiert werden. Für die Wohnbaustatistik wurde im Zusammenhang mit der neuen Bauordnung das Konzept für eine EDV-mäßige Bearbeitung in Absprache mit der MA 35 und 37 erstellt. Im Zuge der Umorganisation der Wohnbaustatistik werden künftig die abgehenden Wohnungen (Abbruch, Zusammenlegung, Umwidmung) EDV-mäßig erfaßt.

Die im Jahre 1996 gemeldeten Zu- (11.921) und Wohnungsabgänge (2.561) wurden nach verschiedenen Merkmalen, wie Lage, Datum der Baubewilligung, Fertigstellung, Bauherr, Dachgeschoßausbauten, Ausstattung der Wohnung usw., erfaßt und ausgewertet.

Im Bereich der „Bevölkerungsstatistik" wurden sämtliche Wiener Standesfälle (Geburten, Eheschließungen, Todesfälle) bearbeitet. Hierbei erfolgte die Erfassung gesundheitsstatistischer Daten der Geburten ebenso wie die Kodierung der Todesursachen der Verstorbenen nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD), wobei teilweise Nacherhebungen bei Hebammen, Spitälern und dem gerichtsmedizinischen Institut anzustellen waren. Eine umfangreiche Bearbeitung erfahren verstorbene Säuglinge, Totgeborene sowie Opfer von Verkehrsunfällen und Selbstmorden, da diese Daten für andere Bereiche (Gesundheitswesen, Verkehrsorganisation) benötigt werden. Für die bevorstehende Umstellung der Todesursachencodierung von der 9. auf die 10. Revison der ICD, welche neuere Erkenntnisse der medizinischen Forschung berücksichtigt, wurden Vorgespräche mit dem ÖSTAT geführt. Auf der Basis der Ergebnisse über die natürliche Bevölkerungsbewegung und der Quartalsmeldungen über die Wanderungsvorgänge wurden die laufende Bevölkerungsfortschreibung und Analysen der aktuellen Trendentwicklungen vorgenommen.

Im Rahmen der „Umweltstatistik" konnte die Grünflächenstatistik wesentlich erweitert werden. Angaben über die Grünflächenversorung der innerstädtischen Bezirke (1, 3–9) und über den Zustand der Stadtbäume in diesem Raum konnten publiziert werden. Die Grundlage dafür bildet das Biotopmonitoring des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen im Auftrag der MA 22. Mittels Luftbilder wurden die Grünstrukturen bzw. deren Zustand in diesem dichtbesiedelten Gebiet erhoben und somit die Grundlage für einen effizienten Schutz der Vegetation geliefert. Die „Naturwaldreservate im Raum von Wien" und die „Baumartenverteilung in den Wäldern der Stadt Wien" geben einen Einblick in die „Grüne Lunge" der Stadt.

Eine flächendeckende Untersuchung des Wiener Bodens an 257 Stellen, die vom Umweltlabor der MA 22 durchgeführt worden ist, gibt Aufschluß über die Schwermetallkonzentrationen im Boden der Stadt Wien. Neben dem natürlichen Gehalt an Schwermetallen konnte lediglich bei Blei eine erhöhte Konzentration festgestellt werden, wobei als Verursacher der Straßenverkehr gilt.

In der „Gesundheitsstatistik" wurde vor allem für den Fachbereich Psychiatrie ein neues Konzept der Datenbereitstellung und -verarbeitung in Zusammenarbeit mit der Abteilung Medizin des Krankenanstaltenverbundes entwickelt. In den neu erstellten Tabellen sind nun alle stationären Patienten der psychiatrischen Abteilungen der Wiener Krankenanstalten sowohl in Form einer Bewegungsstatistik als auch nach den Abgangsdiagnosen erfaßt. Da die Angaben über die in Pflegeheimen untergebrachten psychisch Erkrankten derzeit keine eindeutigen Aussagen ergeben, wurde die bisher geführte Tabelle aufgelassen. Bei den Schutzimpfungen konnte eine wesentliche Erweiterung und Detaillierung der Angaben erreicht werden, wodurch eine bessere Information über die von den Bezirksgesundheitsämtern, Elternberatungsstellen, Schulen und der Impfstelle für Auslandsreisende angebotenen Impfungen entstand.

Die „Sozialstatistik" konnte 1996 um Daten über die Pflegegeldbezieher sowie über die ausbezahlten Beträge – ein wichtiger und zugleich kontroversieller Indikator des Wohlfahrtsstaates – bereichert werden. Die aktualisierte Kindertagesheimstatistik wies neben dem Standardprogamm wieder eine Sonderauswertung über die Staatsangehörigkeit der Kinder auf, ferner wurden die Integrationskindergärten erstmals als neuer Kindertagesheimtyp erfaßt sowie Kinder, die in Teilfamilien aufwachsen. Die Ergebnisse der umfangreichen Nacherhebungen über öffentliche und private Wiener Pflege- und Seniorenheime wurden in den entsprechenden Publikationen des Amtes veröffentlicht.

Die Arbeit im Bereich der „Arbeitsmarktstatistik" wurde 1996 im wesentlichen durch die Folgen des Beitritts Österreichs zur EU geprägt. Bei der Darstellung der unselbständig Beschäftigten erfolgte die Umstellung der bisher angewendeten „Betriebssystematik 1968" auf die „Systematik der Wirtschaftstätigkeiten" (ÖNACE 1995), wobei von den insgesamt sechs Gliederungsebenen drei zum Tragen kommen. Bei den Vorarbeiten zu einer Studie

über diese beiden Wirtschaftsklassifikationen mußte man erkennen, daß zwar Kodierungsregeln des ÖSTAT vorliegen, aber eine konkrete Umsetzung dieser Korrespondenztabellen mit Zahlen nicht möglich ist. Das heißt für die Statistik, daß mit der ÖNACE-Klassifikation eine völlig neue Systematisierung der Wirtschaftstätigkeiten vorliegt, die nicht auf die Daten der früheren Jahre angewendet werden kann. Weiters zeigte sich, daß der Arbeitsmarktservice bei der Darstellung der Arbeitslosendaten weiterhin die alte Betriebssystematik verwendet, die Gliederung der Daten also nicht einheitlich ist. Eine wichtige Ergänzung der Arbeitsmarktstatistik ist die Mikrozensus-Arbeitslosenquote (= Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen), die internationalen Standards entspricht. Sie scheint nun parallel zur bisher verwendeten Register-Quote (= Anteil der vorgemerkten Arbeitslosen am Arbeitskräftepotential) in den Publikationen der Abteilung auf.

Durch die oftmalige und kurzfristige Änderung der Zuständigkeitsbereiche zahlreicher Bundesinstitutionen im „Kulturbereich" ergaben sich längerfristig Verzögerungen bzw. administrative Schwierigkeiten, vor allem in der Museumsstatistik und in der in Umstrukturierung befindlichen Bibliotheksstatistik. Im Zuge der erstmaligen Verwendung des gekürzten Fragebogens für die Bibliotheken wurden die Datenbestände nach der neuen jeweiligen Normeinheit erfaßt.

Im Bereich „Verwaltung und Rechtspflege" bemühte sich die Abteilung, die Personalstatistik der Stadt Wien auf eine neue Grundlage zu stellen. Für die angestrebte Gliederung des Personals nach Geschlecht gibt es zwei Varianten: Daten der Personalstelle und Daten nach dem Dienstpostenplan. Entsprechende Konzepte werden die beteiligten Abteilungen im Frühjahr 1997 vorlegen.

Im Hinblick auf das Projekt „Statistisches Informationssystem" wurden auch 1996 die Sitzungen und Workshops des Arbeitskreises WUIS – „Wiener Umweltinformationssystem" frequentiert. Dabei zeigten sich diverse Schwierigkeiten für jene Benutzer, die keine Grundkenntnisse über die einzelnen Programmteile haben. An einer Erleichterung des Einstieges und des Suchvorganges von öfter gebrauchten Funktionen wird noch gearbeitet.

Der Bücherbestand in der „statistischen Fachbibliothek" betrug Ende des Jahre 6.202 Bände, wobei während des Jahres 1996 allein 316 Bücher und Zeitschriften katalogisiert wurden. Nur ein geringer Teil dieser Neuerwerbungen gelangte durch Kauf, der überwiegende Teil durch Tausch in den Besitz der Abteilung. Mit 150 Stellen des In- und Auslandes wurde regelmäßig ein Tauschverkehr unterhalten, der zur Aktualisierung der Bestände noch weiter beitrug.

Im „statistischen Archiv" wurden die Unterlagen für die Publikationen der Abteilung sowie zur Information öffentlicher Dienststellen, Mandatare und privater Personen gesammelt, geordnet und abgelegt. Erste Initiativen zur EDV-mäßigen Übernahme des Kataloges und Archives wurden eingeleitet.

Die Weiterbildung von Bediensteten und die Entsendung zu Seminaren, insbesondere zu EU-relevanten Themen, wurde fortgeführt. An den Sitzungen der statistischen Beratungsgremien des ÖSTAT, der Verbindungsstelle der Bundesländer und des Österreichischen Städtebundes, nahm der Abteilungsleiter oder dessen Vertreter teil. Bedienstete der Abteilung nahmen im Jahr 1996 an zwei Koordinierungsbesprechungen von Bundes- und Landesstatistikern am 16. April in Wien und am 21. Oktober in Bad Ischl, an der 90. und 91. Sitzung des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes am 10. und 11. April in Wolfsberg und am 21. Oktober in Bad Ischl, an der Statistischen Woche 1996 vom 23. bis 27. September in Karlsruhe sowie am 14. Tag der Amtlichen Statistik am 22. und 23. Oktober in Bad Ischl teil.

Am 2. Dezember fand die 7. Sitzung des „Statistischen Beirats" für Wien statt. Als Tagesordnungspunkte wurden behandelt: Ergebnisse der Großstudie „Leben in Wien", „Tätigkeitsbericht über die vergangenen und künftigen Aktivitäten der Abteilung" sowie Ausblick auf die Großzählung 2001.